

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit Illust., Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einchl. Bringerlohn 2.— für Selbstabholer 1.80 Mk. — Durch die Post bezogen 2.— Mk. ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72208. **Verkaufspreis:** Leipziger Buchdruckerei H. G., Leipzig Nr. 534 77

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 72208. — **Verlag in Leipzig:**
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 72208

Inseratenpreise: Die Wagnisart. Kolonelle 35 Pf., bei Wagnisart. 40 Pf., Stellenangebote 10 Gelp. Kolonelle 25 Pf., Familiennachrichten von Privatpersonen 10 Gelp. Kolonelle mit 50 Pf. Nachsch. Reklameweile 2 Mk. Inserate u. a. ausm.: die Wagnisart. Kolonelle 40 Pf., bei Wagnisart. 50 Pf., Reklameweile 2.25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Anzeigebüros und alle Postämter entgegen

Aufstand und Krieg

Afghanistan

SPD London, 18. Dezember.

Die afghanische Gesandtschaft in London teilt mit, daß die Berichte über die Flucht von Amanullah und seiner Gattin in ein Fort den Tatsachen nicht entsprechen. Amanullah befindet sich nach wie vor in seinem Palast in Kabul in absoluter Sicherheit. Ebenso werden die Berichte, daß die Armeen teilweise zu den Aufständischen übergegangen sei, als unrichtig bezeichnet. Trotz dieser Beweismittelversuche ist man in London wegen der Sicherheit der britischen Staatsangehörigen sehr beunruhigt. Die letzten direkten Berichte aus Kabul trafen hier am Sonntagabend ein. Ihnen zufolge hatten die Aufständischen zwei Befestigungsanlagen in der Nähe Kabuls eingenommen. Reisende, die inzwischen in Peshawa eingetroffen sind, berichten, daß bereits in der vorigen Woche das Stadtrecht über Kabul verhängt wurde und Ansammlungen verboten wurden.

Aus Neu-Delhi wird berichtet, daß das Kommando der britischen Luftstreitkräfte an der afghanischen Grenze den Befehl erhalten hatte, Flugzeuge bereitzustellen, um im Notfall die in Kabul lebenden britischen Staatsangehörigen zu retten.

Kabul von den Aufständischen besetzt?

III Konstantinopel, 18. Dezember.

Wie aus Teheran gemeldet wird, hat sich die Lage des Königs von Afghanistan erneut verschlechtert. Kabul ist rückgängig von den Aufständischen besetzt, die in der Stadt einen militärischen Schutz eingerichtet haben, um die Stadt vor Plünderungen zu bewahren. Das in einem Vorort ausgebrochene Feuer wurde von den Einwohnern gelöscht. Das ausländische diplomatische Korps hat beschlossen, alle ausländischen Bürger eindringlich zu ermahnen, die Gebäude der ausländischen Vertretungen nicht zu verlassen, weil in der Stadt noch keine neue Regierung vorhanden ist.

III Konstantinopel, 18. Dezember.

Nach Meldungen aus Teheran, die bei der persischen Regierung eingelaufen sind, hat sich die Lage Amanullahs wieder verschlechtert. Die Verluste, neue Truppen zu sammeln, sind ergebnislos verlaufen. Amanullah besitzt nicht genügend Gewalt, die Forts von Kabul von den aufständischen Truppen zurückzuerobern. Am Montag haben die Aufständischen das Fort, in dem sich König Amanullah und die Königin aufhalten, in der Nähe von Kabul,

durch Flugzeuge beschossen. Die Regierung hat einen Aufruf an das Volk erlassen, in dem sie verlangt, daß sich alle Männer zu den Waffen melden und die Aufstandsbewegung bekämpfen sollen

Bereitschaft zum Frieden?

SPD London, 18. Dezember.

Eine friedliche Beilegung der Auseinandersetzungen zwischen Bolivien und Paraguay scheint bevorzuzuliegen. Auch die bolivianische Regierung hat die Vermittlung der panamerikanischen Konferenz angenommen. In einem in La Paz veröffentlichten Kommuniqué wird mitgeteilt, daß die bolivianische Regierung sich in einem Telegramm an Kellogg bereit erklärt hat, das Angebot der panamerikanischen Konferenz zur Schlichtung des Streites mit Paraguay anzunehmen. Außerdem hat die bolivianische Regierung dem Völkerbund in einer neuen Note mitgeteilt, daß sie seinem Ratsschlag nachkommen und weitere Zusammenstöße vermeiden werde. Sie versichert ferner, daß sie den Befehlshabern ihrer Grenztruppen die Anweisung erteilt habe, sich jedes Angriffs zu enthalten und sich auf rein defensive Maßnahmen zu beschränken. Abschließend wird in der Note darauf hingewiesen, daß Paraguay zehn Jahrgänge mobilisiert habe, während Bolivien sich auf Vorsichtsmaßnahmen zur Sicherung seiner Grenzen beschränke.

In London hofft man, daß ein direktes Eingreifen des Völkerbundesrates sich vermeiden lassen wird.

Reparationskonferenz im Februar?

SPD Paris, 18. Dezember.

Im Anschluß an den am Dienstag stattgefundenen Ministerrat wurde ein Kommuniqué herausgegeben, in dem es heißt, daß in Bezug auf die Vorbereitung der Reparationskonferenz ein „allgemeines Einvernehmen unmitteibar bevorstehe“. Auf Grund der deutschen Einwände gegen die in der letzten Woche beschlossene Formulierung des Uebereinkommens sind inzwischen einige reaktive Veränderungen vorgenommen worden, die jedoch praktisch an dem Gesamtkontext nichts Wesentliches ändern. Jetzt sollen die Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten über deren Teilnahme an der Sachverständigenkonferenz „aufgenommen werden. Sie dürften mehrere Wochen in Anspruch nehmen, so daß die Reparationskonferenz kaum vor Februar zusammentreten dürfte.

Brotmangel in Moskau

Nach einer Meldung, die das Berliner Tageblatt von seinem Moskauer Berichterstatter erhielt, macht sich in Moskau ein Mangel an verfügbarem Brot bemerkbar, obwohl nach den mitgeteilten Ziffern sowohl die in Moskau während der letzten Monate angeführte Menge Getreide wie auch die Ziffer des Einkaufs auf den Kopf der Bevölkerung gestiegen ist. Die Behörden erklären den Brotmangel mit Schwierigkeiten und Fehlern des Verkaufsapparats, vor allem mit dem Versagen der Leitung der staatlichen Genossenschaften. Die Folge ist eine teilweise Nichtbelieferung der Bevölkerung mit Brot. „Daraus entstanden sehr unliebsame Szenen in verschiedenen Stadtteilen Moskaus.“ Das Reibstecken, nicht nur für Brot, ist eine chronisch wachsende Erscheinung geworden. Die Anrufer der Hausfrauen wird noch verstärkt durch den Mangel an anderen notwendigen Bedarfsartikeln, so Tee, Butter, Grütze, Reis, Sonnenblumenöl usw.

Dozu meldet Tel.-Union:

„Wie aus Moskau gemeldet wird, hat die Sowjetregierung im Zusammenhang mit dem in der letzten Zeit besonders stark hervorgetretenen Mangel an Brot in Moskau eine Kommission gegründet, an deren Spitze die OGPU steht, zu dem Zweck, die Spekulationen von privater Seite zu bekämpfen. Am Montag wurde in Moskau eine große Razzia gegen die Spekulanten veranstaltet. Ueber 120 Personen sind verhaftet worden. Die Untersuchung hat ergeben, daß die Privatspekulanten mit den Leitern verschiedener staatlicher Magazine in Beziehungen standen, die ihnen das Brot verkauft haben. Auch in Leningrad wurde eine Razzia unternommen. Auch dort wurden mehrere Personen verhaftet. Alle verhafteten Privatspekulanten werden nach Sibirien verbannt.“

Nach einer Mitteilung der Telegraphen-Agentur der Sowjet-Union erklärte der stellvertretende Vorsitzende des Moskauer Sowjets, Wolkoff, in einer Sitzung des Sowjets, daß Moskau ein Monatsvorrat von 66 000 Tonnen Mehl zur Verfügung habe, und daß die weitere normale und ungehinderte Zufuhr durch die Getreide-Einkaufsorganisationen garantiert sei. Zur Beseitigung eines gewissen Brotmangels, der sich in den letzten Tagen in einzelnen Stadtteilen infolge ungleicher Verteilung bemerkbar gemacht habe, seien Maßnahmen getroffen, die eine Steigerung der Brot-

produktion und eine regelmäßige Brotverteilung bezwecken. Die vorhandenen ausreichenden Mehlvorräte in Moskau stellten die Erhöhung der Brotproduktion vollkommen sicher und garantierten eine ungehinderte Brotversorgung der Bevölkerung.

Doch einen Schritt vorwärts?

Zu den Warschauer Verhandlungen

SPD Warschau, 18. Dezember.

Eine offizielle polnische Presstimme bezeichnet am Dienstag das Ergebnis der Besprechungen Herms-Ewardowski vom Montag als einen Schritt vorwärts auf dem Verhandlungswege. Tatsächlich ist es gelungen, eine Annäherung beider Standpunkte in den wichtigsten Fragen — auf polnischer Seite in der Frage des Viehports unter Benutzung der Syndikate, auf deutscher Seite in den Fragen der Zollermäßigung, der Kontingente und der Interessen des deutschen Zwischenhandels — zu erzielen. Ferner kam man im Verlauf der letzten Verhandlungen überein, die von beiden Seiten aufgestellten Konzessionen als Grundlage für den Zollvertrag zu benutzen. Vor wenigen Tagen vertrat Polen noch den entgegengesetzten Standpunkt.

Proletarische Abwehr

SPD Wien, 18. Dezember.

Eine Heimweherversammlung im Wiener Proletarierbezirk Ottakring wurde am Dienstag von Arbeitern gepöngt, wobei es zu Prügeleien kam. Ein Arbeiter wurde verletzt.

Abgeblüht

SPD Wien, 18. Dezember.

Der Verfassungsgerichtshof lehnte am Dienstag den Antrag der Landesregierungen von Borarlberg und Steiermark, den in Oesterreich bestehenden Ministerium als verfassungswidrig zu erklären, ab. Der Antrag war auf Wunsch der Hausbesitzerorganisationen gestellt worden. Als das ablehnende Urteil bekanntgegeben wurde, leisteten sich die zahlreich anwesenden Hausbesitzer fürmliche Zwischenrufe und einen großen Krawall. Der Vorsitzende des Gerichts sah sich schließlich gezwungen, die Herren Hausbesitzer an die richtige Luft zu setzen.

Querverbindungen

Die Verfassungsanträge der Deutschen Volkspartei

Die Verschärfung der Klassengegensätze sprengen nachgerade alle Fesseln, mit denen bisher die Parteien des Bürgertums zusammengehalten worden sind. Keine bürgerliche Partei hat sich vor diesem Gährungsprozess zu bewahren vermocht. Das Zentrum trägt das Gift der Ferkelung schon jahrelang im Leibe, aber der Gegensatz zwischen Arbeiterklasse und Unternehmertum ist auch an den Deutschnationalen nicht spurlos vorübergegangen. Dort war es Lambach, der Führer der deutschnationalen Handlungsgehilfen, der die Fahne der Rebellion erhob, und im Verlaufe der zahllosen Kämpfe, die sich im Lager der Schwarzweißrotten abgespielt haben, wurde die bisherige Führergarnitur um Westarp und Genossen durch die hypertraditionale Hugenberg-Dynastie ersetzt.

Den Zentrumspolitikern hat der letzte Kölner Parteitag gezeigt, daß die Ideologie des Katholizismus die Klassengegensätze nicht mehr zu überbrücken vermag. Die Wahl des Prälaten Dr. Raas dürfte nicht geeignet sein, irgendeinen Ausgleich herbeizuführen. Das zeigte sich durch die diversen Vorschläge, die das Stegerwald-Organ Der Deutsche unternahm, der den Gegensatz der Klassen, wenn auch mit dem Mantel des Christentums verhüllt, mit aller nur wünschenswerten Schärfe zum Ausdruck brachte. Die offizielle Zentrumsburokratie hat sich gegen die Sonntagsgestaltung der christlichen Gewerkschaften in Essen ausgesprochen, was aber die Stegerwald, Giesberts und Imbusch nicht verhindert hat, ihrem Willen zur Macht allen Nachdruck zu verleihen. In der Essener Entscheidung ist auf die Tatsache verwiesen worden, daß zwar der katholische Arbeiter das Gros der Zentrumswähler stellt, daß aber auf dem Kölner Parteitag kaum 45 Arbeitervertreter anwesend gewesen seien. Die Resolution zieht daraus ihre Schlüsse, sie verlangt, daß Mittel und Wege gefunden werden, um auch unbemittelten Vertretern die Teilnahme an den maßgebenden Tagungen der Partei zu ermöglichen.

Wenn die Finanzierung für diesen Zweck aus allgemeinen Vorleistungsmitteln nicht erreicht werden kann, dann muß die Zentrumsarbeitserschaft aus ihren eigenen Reichen die notwendigen Mittel für ihre Vertretung beschaffen. Nur bei Beachtung dieser Wege ist eine bessere Vertretung der Körperchaften in der Gesamtpartei und vor allem auch im Reichsparteiausschuß möglich zu machen.

Manche Kreise haben aus diesen Sätzen den Schluß gezogen, als wenn wir bereits vor der Gründung einer neuen selbständigen christlich-nationalen Arbeiterpartei stehen würden. Diese Prophezeiungen sind zweifellos den Ereignissen weit vorangeeilt. Von besonderer Bedeutung aber ist das Verhalten des Herrn Joos gegenüber den Bestrebungen der christlichen Gewerkschaftsführer, die in Essen zum Ausdruck kamen. Joos ist der Führer des katholischen Volksvereins, der durch religiöse Einwirkungen das Aufsteigen des Klassenbewusstseins zu unterbinden versucht. Und mit Herrn Joos haben bezeichnenderweise die katholischen Gesellschaften eine Beteiligung an der Essener Demonstration abgelehnt. Daraus ergibt sich von selbst, daß der proletarische Charakter der Stegerwald-Opposition immer schärfer in Erscheinung tritt und selbst bei der Deutschen Volkspartei, der geschlossenen politischen Interessenvertretung des Unternehmertums, treuen Schüchtern, jedoch nicht weniger bestimmt, derartige Bestrebungen hervor.

Schon vor einigen Wochen wiesen bezeichnenderweise die Leipziger Neuesten Nachrichten auf gewisse Vorstöße hin, die der Leipziger Abgeordnete der Volkspartei, der Angestelltenvertreter Thiel, im Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei, unternommen habe. In der Nummer vom 19. Dezember schreibt das Leipziger Herfurth-Organ, das gewiß keiner Vorliebe für die Klassenbestrebungen der arbeitenden Schichten verdächtigt werden darf, auf die Hemmnisse hin, die Herrn Thiel im Lager der Volkspartei entstanden sind. Zweifellos sind diese Feststellungen nicht erfolgt, ohne daß die Reaktion von Herrn Thiel inspiriert worden ist. Der Aufsatz, betitelt „Krisis der Parteien“, weist auf die letzten Vorgänge im Reichstage hin. Es handelt sich dabei im wesentlichen um die Eingliederung der oberen Angestelltenkreise in die Unfallsversicherung, gegen die, in ebem Wettstreit miteinander, Volkspartei und Deutschnationale Sturm gelaufen sind. Herr Thiel hatte folgende Alternative gestellt: „Entweder die Deutsche Volkspartei macht ernsthafte Anstrengungen, den Weg zum Ziel einer wirklichen Volkspartei zu gehen, oder aber der Ehrentitel einer Volkspartei wird durch den allmählichen Aufmarsch der Arbeitermassen, insbesondere der Angestellten- und Beamtenerschaft, langsam in Frage gestellt.“ Die Leipziger Neuesten Nachrichten beschränken jedoch, daß die von Thiel vorgelegte Entschließung „nur Naturfaktum“ habe, womit sie den Naegel auf den Kopf getroffen haben dürfte, und resigniert stellt dann die Redaktion die folgenden unwiderlegbaren Tatsachen fest:

„Denn wer in den letzten Tagen beobachtet hat, wie gewisse sozialpolitische Fragen im Reichstage im Gegensatz zu dem Abgeordneten Thiel behandelt wurden, der hat nicht den Eindruck, daß gewisse Kreise Verständnis dafür haben, daß aus reinen klassenpolitischen Erwägungen und aus härtestem Willen zur Volksgemeinschaft der Damm gehalten werden muß, der immer wieder einzubrechen droht.“

Aus alledem ergibt sich positiv, daß in den Lagern der großen bürgerlichen Parteien gleichgerichtete Bestrebungen der

wenigen noch vorhandenen Arbeiter- und Angestelltenvertreter vorhanden sind. Das sind die „Querverbindungen“, die die Fraktionsführer zeitweise in helles Licht brachten. Sie drohen den Rahmen aller Parteien zu sprengen, und um gegen die Folgen einer solchen Revolution gesichert zu sein, ging die Volkspartei einen eigenen Weg. Sie legte dem Reichstag einen Antrag auf Verfassungsänderungen vor, mit dem sie gleichzeitig auch dem Stahlhelm den Wind aus den Segeln zu nehmen dachte. Die Volkspartei fordert eine Stabilisierung der Regierungsverhältnisse und verlangt, daß der Reichstag nur bei Beginn der Amtsführung und jeder Wahlperiode das Vertrauen des Reichstages durch einfache Mehrheit beschließen soll. Sollen in der Zwischenzeit dem Reichstag, einem Minister oder dem gesamten Kabinett das Vertrauen entzogen werden, dann soll eine Zweidrittelmehrheit des Reichstages erforderlich sein. Nur einmal im Jahre soll dem Reichstag das Recht zugesprochen werden, der Regierung durch einfache Mehrheit das Vertrauen zu entziehen, und das in Verbindung mit der Schlußabstimmung über den Etat.

Das wäre die verhängte Diktatur eines Reichskabinetts, das dann wenigstens für die Dauer eines Jahres ungehindert allerlei Verordnungen und dergleichen ergehen lassen könnte, ohne daß das Parlament das Recht besäße, ein derartiges Treiben zu unterbinden. Am Ende aber sind diese Bestrebungen eine Rückendeckung der führenden Schichten in den bürgerlichen Fraktionen gegen Revolutionen in den eigenen Reihen, die durch die Querverbindungen ausgelöst werden könnten. Herr Scholz, der seinen Verfassungsanträgen in der Nationalen Korrespondenz eine eingehendere Begründung folgen ließ, wäre dann im Bunde mit den übrigen Führern durchaus in die Lage versetzt, die Vorzüge der Arbeiter- und Angestelltenvertreter zu unterbinden, die wie sich oft gezeigt, bei entscheidenden Abstimmungen die Fraktionsdisziplin gebrochen und wenigstens umgangen haben.

Man denke auch an die Auswirkungen derartiger Anträge etwa auf die jetzige Situation. Ein begeisterter Anhänger der Großen Koalition ist Dr. Scholz gewißlich nicht. Aber wenn der bestehende Zustand erhalten wird, wo die Kabinettsfrage immer nur von der Volkspartei gestellt worden ist, dann würde sich die Volkspartei mit einer derartigen Koalition durchaus abfinden können. Das geht mit aller Klarheit aus einem Rundschreiben hervor, das die Gesamtvereinigung der „Weiß- und Schwarzbüchler verarbeitenden Industrie“, wie die APD-Presse berichtet, an ihre Mitglieder versandte. Dieses verweist auf das Verhalten des Kanzlers in der Panzerkreuzerfrage. Es liege eine vertrauliche Erklärung des Reichskanzlers vor, wonach er bei einer Erneuerung des abgelehnten sozialdemokratischen Antrages — etwa bei den nächsten Wahlen für den Panzerkreuzer — seinen Rücktritt erklären wird.

Danach wird von bürgerlicher Seite am besten die Taktik verfolgt, den Streit um den Panzerkreuzer nicht wieder aufflammen zu lassen, andernfalls würde die Stellung der gemäßigten und vernünftigen Sozialdemokratenführer gegenüber den Radikalen bis zur Unhaltbarkeit geschwächt werden, was das Bürgerum gar kein Interesse hat, am wenigsten die Wirtschaft.

Herrn Dr. Scholz und seinen Freunden ist natürlich hinderlich bekannt, daß durch die jetzigen Methoden der Koalitionspolitik weite Kreise der Sozialdemokratischen Partei lebhaften Unwillen äußern und daß die Opposition gegen das Kabinett der Röpfe immer stärker wird. Durch die Verfassungsänderungen der Deutschen Volkspartei würde auch in dieser Hinsicht eine gewisse Stabilisierung herbeigeführt. Der Haken ist nur eben der, daß die Volkspartei mit ihren Vorschlägen so nahezu isoliert geblieben ist. Daß die sozialdemokratische Fraktion jede ernsthafte Behandlung der Anträge verneint, versteht sich nebenher. Auch in demokratischen Kreisen dürfte nicht allzu große Vorliebe dafür vorhanden sein, obwohl der Trennungskrieg zwischen den beiden Parteien immer dünner wird. Das Zentrum lehnt, wenigstens soweit Äußerungen der Presse und des offiziellen Pressedienstes in Frage kommen, die Anträge ebenso ab. Sie werden als der „Ausbund von schlechter Regie“ abgetan. Der offiziöse Pressedienst der Zentrumspartei betont, daß hier „agitativer Motive“ eine Rolle spielen mit dem Ziel, das Volksbegehren des Stahlhelms abzufangen. Selbst in deutschnationalen Kreisen werden die Anträge der Volkspartei abgelehnt. Die Deutsche Tageszeitung erklärt, daß die jetzt die Regierung stützenden Parteien einen unüberwindlichen Horror vor neuen Koalitionsverhandlungen hätten, da sie genau wüßten, daß diese wenigstens in der gegenwärtigen Form zu keinem Ziele führen würden.

Damit wären die Anträge der Volkspartei abgewehrt. Aber sie kennzeichnen das innere Wesen der führenden Gruppen der Volkspartei, und wichtiger als ihre Form sind die Motive, die zur Ausarbeitung führten. Dies um so mehr, als im zweiten Teil des Initiativrecht des Reichstages in der Veränderung der Haushaltspositionen fast völlig unterbunden wird.

Jedenfalls kennzeichnen die Anträge der Volkspartei das eigentliche Wesen dieser Koalitionspartnerin. Insofern sind sie ein wichtiger Beitrag zur Gesamtbeurteilung der gegenwärtigen politischen Situation.

Die Sonderfürsorge für Saisonarbeiter

Eine Ergänzung

Wir stellen im vorigen Leitartikel Vergleiche über die Auswirkungen der Regierungsvorlage und des sozial erörterten Kompromisses an. Ueber die finanziellen Auswirkungen schreiben wir den folgenden Satz:

„Ein Saisonarbeitslofer mit Frau und zwei Kindern bekäme danach während der sechs Wochen, die die Regierungsvorlage vorsieht, den Betrag von 118,80 Mark, nach dem Kompromiß erhielt er in etwa 13 Wochen rund 128 Mark.“

Um eine Vergleichsmöglichkeit herbeizuführen, bezogen wir uns auf die Unterhaltungsgröße nach Lohnklasse 6. Das wurde nicht besonders vermerkt. Die Bezüge steigen entsprechend der höheren Beitragsklasse. Demgegenüber erhielt nach dem Kompromiß der Arbeitslofer im Zeitraum von 13 Wochen rund 128 Mark, sofern der betreffende in der Stadt bezugsberechtigt gewesen wäre. Wir stellen fest, daß nach dem Kompromiß für das Land ein Drittel die Lohnklasse 4 gelten sollte, so daß sich entsprechend auch die Bezüge der Arbeitslosen in den ländlichen Gebieten verringert hätten.

Der Senatsauschuß für den Kellogg-Pakt

SPD Berlin, 19. Dezember. (Radio.)

Im Außenaußschuß des Senats der Vereinigten Staaten von Amerika wurde der Kellogg-Pakt zur Abstimmung gebracht. 14 Mitglieder des Ausschusses stimmten für und 2 gegen die beschlossene Berichtserstattung des Paktes an das Plenum.

Die Republik läßt sich mißbrauchen

Liebesdienste für den Schah

Der Sen. Pressedienst verbreitet einen Artikel des Genossen Breitscheid, in dem auf einen fast ungläublichen Stand aufmerksam gemacht wird.

„Die persische Regierung entsendet jedes Jahr junge Studenten zu ihrer Ausbildung auf europäische Universitäten. Eine Anzahl von ihnen kommt nach Deutschland, und der Schah von Persien verfehlt nicht, gerade sie in seiner Abschiedsansprache darauf hinzuweisen, daß ihnen die Möglichkeit gegeben werde, eine Republik kennenzulernen, damit sie die Vorzüge der Monarchie erst richtig zu würdigen instande seien. Allerdings hat es den Anschein, als ob vielen von diesen jungen Studenten der monarchistische Gedanke noch nicht so sehr in Fleisch und Blut übergegangen sei, daß sie wunschgemäß bei ihren vergleichenden Studien zwischen Monarchie und Republik die überragenden Vorzüge des monarchischen Systems erkennen. Einige von ihnen sind jedenfalls zu einer Ueberzeugung gekommen, die zu der in Persien maßgebenden und genehmten in Widerspruch steht, und der eine oder andere versucht auch in diesem Sinne propagandistisch zu wirken.“

Da der persischen Regierung eine solche Betätigung ihrer Studenten nicht sehr angenehm ist, versucht sie über ihre Berliner Vertreter das deutsche Auswärtige Amt zu veranlassen, persischen Studenten, die sich durch Wort und Schrift gegen das absolutistische persische System wenden, nicht länger das Gastrecht zu gewähren, und leider vertritt sich das Auswärtige Amt diesem Gesuchen nicht. Uns ist ein Fall bekanntgeworden, in dem auf Antrag des Auswärtigen Amtes ein persischer Student aus Deutschland ausgewiesen wurde, weil er während der Anwesenheit des persischen Botsministers in Berlin Pamphlete gegen diesen Herrn in der persischen Kolonie verbreitet und sich auch sonst wohl abfällig über die Lehren der Regierungsmethoden geäußert hat. In einem zweiten Fall ist die Ausweisung eines Studenten vom Auswärtigen Amt beim persischen Innenministerium beantragt mit der Begründung, daß der Betreffende mit dem zuerst Ausgewiesenen zusammengehandelt habe. Bemerkenswert zu werden verdient auch, daß die politische Abteilung der Polizei — anscheinend auch auf Veranlassung des Auswärtigen Amtes — bei in Berlin studierenden

Persern Ermittlungen über ihre Gesinnung anstellt, wobei die Polizei sich besonders dafür interessiert, ob die jungen Leute etwa den Vorwärts oder Die rote Fahne lesen.

Das Auswärtige Amt begründet die Ausweisung damit, daß nur so eine ungehinderte Fortentwicklung der deutsch-persischen Handelsbeziehungen — auch im Hinblick auf den demnächst abzuschließenden deutsch-persischen Handelsvertrag — zu erwarten sei. Auch führt es an, daß sonst die persische Regierung keinen Studenten mehr auf deutsche Universitäten senden würde. Im übrigen spricht es von einem Verleß gegen die deutschen Gesetze. Er besteht in Wirklichkeit in der Weglassung der Angabe des Druckers auf den erwähnten Flugblättern.“

Wir nennen die hier mitgeteilten Tatsachen einen Skandal. Die demokratische Republik — und das soll Deutschland doch sein! — läßt sich durch das Auswärtige Amt und die preussische Polizei zu Hausknechts- und Spitzeldiensten für den Schah von Persien mißbrauchen! Vielleicht auch noch von anderen — wer kann es wissen? Genosse Breitscheid stellt fest, daß es sich nicht mit der „Würde Deutschlands“ verträgt, daß man sich zum Blütel fremder Regierungen macht. Wir meinen, daß uns Sozialdemokraten die Würde Deutschlands nicht so sehr viel Sorgen machen sollte. Viel näher muß uns gehen, daß diese Bütteldienste von Regierungen geleistet werden, die unter sozialdemokratischem Einfluß stehen. Das gilt für diese Regierung, die die Ausweisungsanträge stellt, und ebenso für die preussische Regierung, die sich angeblich gezwungen sieht, diese Anträge durchzuführen. So müssen Sozialdemokraten wohl den wichtigsten Grundlag der sozialistischen Bewegung, den des Kampfes gegen jegliche Unterdrückung und für die Freiheit der Meinungsäußerung, mit Füßen treten und einem Despoten Handlangerdienste leisten. Das scheint uns, müßte für Sozialdemokraten viel eher unerträglich sein und müßte die sozialdemokratischen Minister zwingen, bei einem solchen Skandal einfach nicht mitzutun.

Daß sich die demokratische Republik Deutschland mit diesem Spitzeldiensten und den Ausweisungen zu einem Werkzeug für despotische Interessen degradiert, das läßt die republikanischen Behörden und ihre Republik nicht an.

Parlamentarischer Konflikt in Polen

SPD Warschau, 19. Dezember.

Das Verhältnis der Regierung zum Sejm und die eigenartige parlamentarische Lage, in der sie sich befindet, ist in der am Dienstag stattgefundenen Sejmung wieder einmal besonders stark zum Vorschein gekommen. Auf der Tagesordnung stand die dritte Lesung des Dekrets des Staatspräsidenten, das eine Neuordnung des Gerichtswesens ab 1. Januar 1929 vorsieht, die u. a. in der Aufhebung der Unabsetzbarkeit der Richter bestehen soll. Damit beabsichtigt die Regierung, wie aus der Sitzung ersichtlich, ein Mittel in die Hand zu bekommen, um die Richter je nach ihrer Einstellung zu der Regierung, genauer gesagt zu Piłsudski, auf ihrem Posten zu belassen oder kaltzustellen. Der Sejm hatte in den ersten beiden Sitzungen den Ausschub des Dekrets um ein Jahr beschloßen.

In der am Dienstag stattgefundenen Sitzung, in der die dritte Lesung vorgenommen werden sollte, suchten die Abgeordneten des Regierungsblochs diesen Beschluß dadurch zu verhindern, daß sie eine Obstruktion veranstalteten und einen Redner nach dem anderen vorlasen. Sie wurden dabei von den anwesenden Regierungsvertretern unterstützt, die jedesmal, wenn die Diskussion auf Antrag der Mehrheit des Hauses geschlossen wurde, das Wort ergriffen und damit die Diskussion wieder eröffneten. Dieses Spiel wiederholte sich viermal, bis schließlich der Ministerpräsident Bartels, der im Gegensatz zum größten Unwillen des sozialistischen und antiparlamentarisch eingestellten Regierungsblochs, diesem eigenartigen Spiel Einhalt gebot. Darauf wurde die Verschiebung der Rechtsfähigkeit des Dekrets bis zum Jahre 1930 in dritter Lesung angenommen. Einen praktischen Wert dürfte dieser Beschluß kaum haben, da er, um Rechtsfähigkeit zu erlangen, erst vom Senat bestätigt und vom Staatspräsidenten im Gesetzblatt veröffentlicht werden muß. Da dies aber vor dem 1. Januar 1929 nicht geschehen kann, so wird das Dekret an diesem Tage entgegen dem Beschluß des Sejms zu geltendem Recht werden.

Polnische Pressefreiheit

SPD Warschau, 19. Dezember.

In der Stadt Lodz sind am Dienstag sämtliche Zeitungen ohne Rücksicht auf ihre Richtung von den Behörden beschlagnahmt worden, weil sie Einzelheiten über die Untersuchung in einer Kriminalaffäre veröffentlichten. Selbst das offiziöse Blatt des Regierungspräsidenten unterlag der Konfiskation.

Der neue Danziger Senat

SPD Danzig, 18. Dezember.

Der Volkstag vollzog am Dienstag die Neuwahl für die mit Ablauf des Jahres aus dem Senat auscheidenden hauptamtlichen Senatoren. Entsprechend der seit mehreren Jahren bestehenden Koalition (Sozialdemokraten, Zentrum, Liberale) wurden u. a. drei Mitglieder der bloßer nur im parlamentarischen Senat vertretenen Sozialdemokratie gewählt, und zwar Landgerichtsrat Dr. Kamnitzer (Finanzen), Geschäftsführer Fritz Grünhagen (Inneres) und Gewerkschaftssekretär Franz Arczynski (Arbeit und Betriebe). Als Präsident des Senats wurde Dr. Heinrich Schum wiedergewählt.

Von den vier anderen Senatoren stellt das Zentrum den bisherigen Senator Bierckhoff (Soziales) und den jetzigen Breslauer Stadtbaurat Dr. Althoff (Bauwesen). Für die liberale Gruppe kandidierten mit Erfolg der bisherige Senator Dr. Strunk (Kultur) und Dr. Gwert (Justiz). Unter den nicht wiedergewählten Hauptsenatoren befindet sich Dr. Volkmann, dessen Amtsführung oft zu scharfer Kritik Anlaß gegeben hat. Mit ihm sind die Anhänger der deutschnationalen Opposition aus der Regierung entfernt.

Weitere Verhaftungen im besetzten Gebiet. In der Mainzer Spionageaffäre sind wie Haras aus Mainz berichtet, in Koblenz zwei weitere Deutsche, die der gleichen Verwaltung angehören wie die übrigen Verhafteten, festgenommen worden.

Nach einer Meldung aus Athen sind im Kammerbureau Gesetzesvorstöße gegen die Pressefreiheit, gegen die Vereinsfreiheit und Versammlungsfreiheit vom Innenministerium niedergelegt worden.

Reichskonferenz zum Steuervereinfachungsgesetz

SPD Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hat für den 21. und 22. Januar eine Reichskonferenz einberufen, die sich mit den Fragen des Steuervereinfachungsgesetzes und des Finanzausgleichs befassen soll. Die Konferenz findet im Reichstag statt und beginnt am Montag, dem 21. Januar, 10 Uhr. Teilnahmeberechtigt sind die Mitglieder der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Vertreter der sozialdemokratischen Landtagsfraktionen und die Mitglieder des kommunalpolitischen Beirats und des kommunalpolitischen Reichsausschusses. Das Referat hat der Abg. Reil übernommen.

Einführungsgesetz zum neuen Strafgesetz

SPD Das Einführungsgesetz zum neuen Strafgesetz wird voraussichtlich zu Beginn des kommenden Jahres fertiggestellt sein. Durch das neue Strafrecht ergibt sich die Notwendigkeit, die strafrechtlichen Nebengesetze darauf zu prüfen, ob deren Bestimmungen mit dem neuen Strafrecht vereinbar sind. Auch die Strafprozessordnung erfordert notwendigerweise verschiedene Änderungen. Das Reichsjustizministerium geht jedoch über diesen engen Rahmen hinaus und verwirklicht Reformgedanken, die das Rechtsbewußtsein des deutschen Volkes schon seit längerer Zeit erfüllen.

Die wichtigste Neuerung, die sich im Entwurf des Reichsjustizministeriums befindet, ist die Neugestaltung des Wiedererfassungsvorgangs im Strafprozess. Gegenüber dem geltenden Recht sind wesentliche Erleichterungen im Wiedererfassungsvorgang vorgesehen.

Erwerbslosendemonstration in Kassel

Montagabend versuchte eine große Anzahl demonstrierender Erwerbsloser in geschloßenem Zuge vor und in das Rathaus einzudringen. Sie wurden aber von der Schutzpolizei daran gehindert. Zur Sicherung des Verkehrs erludte die Polizei die Demonstranten, weiterzugehen. Als diese Widerstand leisteten und die Beamten mit Schneckenhäfen warfen, ging die Polizei mit Gummiknüppeln vor. Auch berittene Polizei wurde eingesetzt. Unmäßig gelang es, die Menge zu zerstreuen, wobei einige Demonstranten leichte Verletzungen erlitten.

Die Beilegung des Chorzow-Streitiges

RTB Haag, 18. Dezember.

Der Präsident des Ständigen Internationalen Gerichtshofes hat im Hinblick auf die kürzlich zwischen Deutschland und Polen in der Chorzow-Angelegenheit zustandegekommene Einigung durch eine vom 15. d. M. datierte Verfügung die Einstellung der in diesem Streitfall einberufenen Sachverständigen-Untersuchung angeordnet.

Eva Mehring gestorben

Erst jetzt kommt die Kunde, daß am Sonntagabend die Frau Franz Mehrings nach langem und schwerem Leiden gestorben ist. Der Name Franz Mehring ist in der Geschichte der Leipziger Volkszeitung und der Leipziger Arbeiterbewegung mit scharfen Zügen eingegraben. Franz Mehring führte die Redaktion der Leipziger Volkszeitung von seinem Berliner Wohnort aus, so daß seine Gemahlin nur wenigen Leipziger Genossen bekannt geworden ist. Auch in Berlin ist sie in der Öffentlichkeit nicht hervorgetreten. Diese Zurückhaltung teilte sie mit der Frau August Bebel, die sich in erster Linie zur Aufgabe stellte, ihrem Mann, dem Führer des deutschen Proletariats, dienbar zu sein. In diesem Sinne war auch Eva Mehring eine treue Kampfgefährtin ihres Mannes, der durch seine historischen Schriften und durch seine politischen Aufsätze in der Neuen Zeit, in der Leipziger Volkszeitung und anderwärts der deutschen Arbeiterbewegung große Dienste geleistet hat. Wir kommen auf die Persönlichkeit Eva Mehrings noch im einzelnen zurück.

Rechtsopposition und Industrialisierung in Rußland

Von Olga Domanewskaja.

In der soeben abgeschlossenen Plenartagung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, die im Zeichen des Kampfes mit der Rechtsopposition stand, bezeichnete Stalin den stellvertretenden Volkskommissar für Finanzen, Frumkin, als den prominentesten Vertreter der Rechtsströmung in der Partei. Dieser Vorstoß Stalins hatte offensichtlich den Zweck, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit von den Auseinandersetzungen innerhalb des Volksbureaus der kommunistischen Zentrale abzuwenden. „Im Volksbureau sind wir alle einig bis zuletzt und werden auch weiter einig sein“, behauptete Stalin, obgleich die oppositionelle Stellung zum mindesten dreier Mitglieder des Volksbureaus, Krolows, Kollins und Tomstis, allgemein bekannt ist. Und doch ist es kein Zufall, daß der Finanzkommissar Frumkin zu einer für den „Rechtskurs“ symbolischen Gestalt erhoben worden ist, und seine Briefe an das Zentralkomitee, die in der Tagung verlesen wurden, sind bis jetzt die einzigen Dokumente, in denen das Programm der kommunistischen Rechtsopposition zum Ausdruck kommt.

Frumkin ist der tatsächliche Leiter des Finanzressorts der Regierung, von diesem exponierten Posten aus kann er wohl übersehen, wohin die Wirtschaftspolitik der Sowjetregierung führt. Von der Forderung der Rechtsopposition, daß das Tempo der Industrialisierung verlangsamt werde, behaupten die Stalin-Leute, darin komme gerade das kleinbürgerliche Wesen der „Rechten“, ihre Ablehnung gegen eine Befestigung der Position der Arbeiterklasse gegenüber dem Bauerntum zum Ausdruck. Und sicherlich sind solche staatsfeindlichen, antiproletarischen Schemen in der „Rechtsströmung“ zum mindesten in der Anlage vorhanden. Daneben kommt aber in den Äußerungen der Rechtsopposition auch eine realistischere Beurteilung der allgemeinen Lage zur Geltung. Unzweifelhaft ist Rußland auf ein beschleunigtes Tempo der Industrialisierung angewiesen: nur in dieser Richtung läßt sich ein allgemeiner wirtschaftlicher Aufschwung des Landes erzielen, die soziale und wirtschaftliche Bedeutung des Proletariats erhöhen, die Landwirtschaft intensiver und fortschrittlicher gestalten, die staatliche Getreideaufbringung vermehren. Auf welche Weise soll aber die Industrialisierung beschleunigt werden, wo soll man die Mittel hernehmen, um die Industrialisierung durchzuführen zu können?

Im Gegensatz zu den anderen im Kriege zerstörten und ruinierten Ländern hat Rußland seinen Wiederaufbau nicht mit Hilfe ausländischen Kapitals bewerkstelligen können, und fast die gesamten für den Wiederaufbau benötigten Mittel mußten aus den inländischen Ressourcen aufgebracht werden. Aber der Umfang der Kapitalbildung in Rußland ist sehr eng begrenzt. Und weil reale Einnahmen in ausreichender Höhe nicht vorhanden sind, greift der Staat zu dem ebenso bequemen wie gefährlichen Mittel der Papiergeldemission, die zwar als offizieller Einnahmeposten im Staatshaushalt nicht mehr erscheint, als Finanzierungsquelle der Volkswirtschaft aber weiterhin bestehen bleibt. Und dies ist eben der wunde Punkt der ganzen Industrialisierung, der fehlerhafte Kreis, aus dem die Sowjetregierung sich nicht herausfinden vermag. Das Finanzkommissariat und sein Vetter Frumkin, denen die Verteilung der Staatsgelder obliegt, können nicht umhin, den Ursprung der vielen hundert Millionen Rubel, die für die Finanzierung der Industrie verwendet werden, sehr deutlich zu beobachten; sie müssen sehr wohl die Gefahren erkennen, die mit der Notenemission verknüpft sind. Die bald offene, bald geheime Inflation, wie sie in den letzten Jahren stets zu verzeichnen gewesen ist, ruht an der Wurzel der Währungsstabilität, und dem Finanzkommissariat gelingt es nur mit Mühe und Not, den Zusammenbruch der Währung zu verhindern. Die Erkenntnis dieser Gefahren der forcierten Industrialisierung, die Angst vor der Inflation: das ist das Geheimnis der „rechten Abweichungen“ des stellvertretenden Volkskommissars für Finanzen.

Als Vertreter des Finanzkommissariats protestierte Frumkin sehr energisch gegen den vom Obersten Volkswirtschaftsrat aufgestellten Plan des industriellen Aufbaus für das Wirtschaftsjahr 1928/29. „Der vom Präsidium (des Obersten Volkswirtschaftsrates) vorgelegte Plan“, schrieb er in der Zeitschrift „Finanzen und Volkswirtschaft“, dem Organ des Finanzkommissariats, am 30. September, „ist sowohl aus allgemein-volkswirtschaftlichen, als auch insbesondere aus finanziellen Erwägungen unannehmbar“. Daß der Plan nicht einmal eine solche Erweiterung der industriellen Produktion vorsteht, die die Deckung des Bedarfes des Landes ermöglichen würde, gibt auch Frumkin zu, doch erklärt er anschließend: „Aber wir glauben, daß die Aufstellung eines solchen Planes einzuwirken auch gar nicht möglich ist. In den Sowjetverhältnissen ist der Maßstab des „Bedarfes“ unannehmbar“. Der Oberste Volkswirtschaftsrat verlangte für den industriellen Neubau aus dem Staatsetat die Bewilligung von 825 Millionen Rubel, während das Finanzkommissariat nur eine Bewilligung von 650 Millionen für tragbar hielt, und Frumkin schrieb in seinem von Stalin in der Plenartagung des Zentralkomitees verlesenen Brief: „Wir werden die Lage unserer Wirtschaft bestimmt verschlechtern, wenn wir dem Obersten Volkswirtschaftsrat mehr als 650 Millionen Rubel für den industriellen Neubau bewilligen.“ Das Zentralkomitee ist indes über die Einwände des Finanzkommissariats hinweggegangen und hat den Betrag von 800 Millionen Rubel bewilligt.

Mit aller Entschiedenheit sprach sich Stalin gegen Frumkins „feindschändliche Theorie der Möglichkeiten“ aus. Auf welcher finanziellen Basis als der der Inflation die ihm mehr zuzugende „Theorie der Bedürfnisse“ aufgebaut werden soll, das verrät aber auch Stalin, der derzeitige Leiter der kommunistischen Politik, nicht. In der Plenartagung des kommunistischen Zentralkomitees mußte er bei der Verteilung eines beschleunigten Industrialisierungstempos sogar erklären: „Was bedeutet ein beschleunigtes Entwicklungstempo der Industrie? Das bedeutet mehr Kapitalinvestitionen in der Industrie. Das aber führt zu einer gespannten Lage mit all unseren budgetären und außerbudgetären Plänen.“ Und diese gespannte Lage findet ihren Ausdruck in einem riesenhaften Answachen des Geldumlaufs, das alle Entwürfe des Planes mit weitem überschreitet. Für 1928/29 sah das Finanzkommissariat eine Notenemission in Höhe von 100 Millionen Rubel vor, der Staatliche Planauschuß erhöhte diesen Betrag bis auf 150 Millionen, und tatsächlich wurden 337 Millionen Rubel in Umlauf gebracht. Ebenso wollte das Finanzkommissariat die Notenausgabe im Jahre 1927/28 auf 100 Millionen Rubel beschränken, der Staatliche Planauschuß sah in seinen „Kontrollplänen“ eine Emission von 200 Millionen vor, und die tatsächliche Emission erreichte 343 Millionen Rubel. Dazu sind im neuen Wirtschaftsjahr — im Laufe des Monats Oktober und der ersten 10 Tage des November — erneut 123 Millionen Rubel in den Umlauf gebracht worden.

Der Versuch, alle Lächer der wirtschaftlichen Bilanz mit Hilfe der Notenpresse zuzustopfen, verflücht die wirtschaftliche Konjunktur, verwischt die Grenze zwischen dem Wünschenswerten und dem wirtschaftlich Möglichen und treibt die Wirtschaft des Landes in ein allgemeines Chaos hinein. „Anhänger einer umfassenden Ausnützung der Emission“, schreibt das Organ des Finanzkommissariats am 21. Oktober, „gibt es bei uns nicht wenig. Kommt mir es hier zu tun haben, ob mit dem geheimen Wunsch, die Inflation als eine Methode der Kapitalbildung zu benutzen, oder mit einer

Demokratisch-deutschnationales Geschäft

Eine neue Filmfront

Hugenberg - Jakob Goldschmidt - Ulstein

Im Reichsfinanzministerium ist vor nicht allzu langer Zeit der Plan erwogen worden, die Deutsche Bank auf Reichsaktien von der allzu drückenden Last ihres großen Bestandes an Ufa-Aktien zu befreien. Dieser Plan dürfte nach dem Ausfall der vor einigen Tagen stattgefundenen Ufa-Generalsammlung endgültig fallen gelassen worden sein. Es zeigte sich nämlich, daß Hugenberg nicht nur über eine mögliche Beteiligung, sondern auch über eine sichere Mehrheit von Ufa-Aktien verfügt. Das war bisher nicht der Fall. Auch bisher war Hugenberg allerdings schon bei der Abstimmung in der Generalversammlung nicht auf seinen eigenen Aktienbesitz beschränkt. Er war in der glücklichen Lage, seine Stimmenmacht durch die zweier mächtiger Großaktionäre verstärken zu können, die in allen Fragen mit Hugenberg gingen. Es ist die J. G. Farbenindustrie und Otto Wolff, der den Vereinigten Stahlwerken nahe steht. Die beiden mächtigsten Gebilde des deutschen Kapitalismus, der Stahlkonzern und der Stahlkonzern, unterstützen also die Beherrschung der deutschen Filmindustrie durch Deutschlands radikalsten Nationalisten und Monarchisten. Aber auch durch die Unterstützung der J. G. und Otto Wolffs war Hugenberg die absolute Mehrheit in der Ufa-Generalsammlung noch nicht gesichert. Von den insgesamt 45 Millionen Mark Aktien entfielen auf die Hugenberg-Gruppe bisher nur 10,5 Millionen Mark, also nicht die Hälfte. Die Gruppe der Deutschen Bank vertrat 21 Millionen Mark. Bei den Verhandlungen zwischen Deutscher Bank und Reichswirtschaftsministerium über den Verkauf der Ufa-Aktien soll die Bedingung gestellt worden sein, daß die Deutsche Bank dem Reiche die Verfügung über mindestens 23 Millionen Mark Aktien, also über die Aktienmehrheit, verschafft. Zur größten Heberfahung der Teilnehmer an der letzten Generalversammlung konnte Hugenberg mit der absoluten Mehrheit aufwarten, um die das Reichswirtschaftsministerium sich bisher vergeblich bemüht hatte. Hugenberg hatte also einen neuen Bundesgenossen erhalten aus der Anwesenheitsliste, die außer den Namen der Generalversammlungsteilnehmer auch die Anzahl der von ihnen vertretenen

Aktien enthalten muß, war zu erleben, daß das niemand anders sein konnte, als die Darmstädter und Nationalbank. Sie konnte mit ihren 8 Millionen Mark Aktien das Jünglein an der Waage bilden und dieses Jünglein hat sich eben anstatt auf die Seite des Reichs auf die Seite von Hugenberg geneigt. Der Beherrschter der Darmstädter und Nationalbank ist der Demokrat Jakob Goldschmidt. Wir sehen ihn Arm in Arm mit dem deutschnationalen Hugenberg. In der Zeit wachsender Kapitalkonzentration wird das Reich der Interessengruppen immer dichter. Seine Reihen verknüpfen die verschiedensten Kapitalistengruppen zu einer Einheit, die fester ist als politische Bindungen.

Nachdem Hugenberg die Aktienverfügung über die Ufa gesichert war, konnte er daran gehen, seinen Filmkonzern durch Angliederung zu erweitern. Das ist auch, wie die folgende Meldung des Sozialdemokratischen Pressedienstes zeigt, prompt geschehen:

„Nach jetzt bestätigten Nachrichten wird der Ulsteinverleih seinen Aktienbesitz an Terrafilm an die J. G. Farbenindustrie verkaufen. Die Terra war bis zum Jahre 1927 fast in der Hand der Ulsteingruppe. Danach erfolgte mit Hilfe der J. G. Farbenindustrie eine Erhöhung des Terrafilmkapitals von 1 auf 3 Millionen Mark. Dadurch kam Geheimrat Dr. Leberer von der Länderbank, die zum Kreis der J. G. Farbenindustrie gehört, auch in den Aufsichtsrat des Terrafilms. Leberer ist vor einigen Tagen in den Hugenberg'schen Ufa-Konzern gewechselt worden, an dem die J. G. Farbenindustrie (durch die Ufa) interessiert ist. So besteht bereits eine Verbindung zwischen Terra und Ufa über die Person des Geheimrats Dr. Leberer. Es ist anzunehmen, daß noch ein engerer Zusammenschluß erfolgt, wenn der Ulstein'sche Aktienbesitz an der Terra an die J. G. Farbenindustrie übergegangen ist.“

Die J. G. Farbenindustrie ist als Herstellerin von Rohfilmen (Ufa) daran interessiert, Einfluß auf die Filmindustrie zu gewinnen. Sie hat also wohl die Macht, die demokratische Firma Ulstein, deren Direktor der demokratische Abgeordnete Georg Bernhardt ist, mit mehr oder weniger sanftem Druck zum Verkauf ihrer Terra-Aktien an Hugenberg zu veranlassen. Geld sinkt nicht, deutschnationales ebensoviele wie anderes.

bloßen Sorglosigkeit in bezug auf die Geldzirkulation, läßt sich schwer sagen.“

Die wirtschaftliche Vorherrschaft des Staates, die staatliche Beherrschung der Industrie- und Getreideaufkaufspreise, das Monopol des Außenhandels, das Ein- und Ausfuhr reguliert, das Verbot der Ein- und Ausfuhr des Uherwonez; dies alles gibt dem Sowjetstaat die Möglichkeit, den Zinsfuß der Währung radikal zu beeinflussen, als das irgendein anderer Staat bei dem gleichen Tempo der Notenemission tun könnte. Trotz dem gewaltigen Answachen der Geldmenge, die den Bedarf der Warenzirkulation bei weitem überschreitet, steigen die Preise langsamer, als es der Zunahme des Geldumlaufs entsprechen würde. Aber die durch die Notenemission verursachten inflationistischen Erscheinungen äußern sich in anderen, nicht minder traktanten und für die Wirtschaft nicht minder schmerzlichen Formen: in den Formen der Verschärfung der Warenknappheit. Eine potenziell große Nachfrage nach Industrieprodukten bei geringem Umfang der industriellen Produktion ist freilich für Rußland nichts Neues; aber die Steigerung der zahlungsträchtigen Nachfrage, die sich von Zeit zu Zeit mit besonderer Gewalt geltend macht, ist ein offensichtlich Produkt der Inflation. Das Papiergeld, das in den neu zu bauenden Betrieben investiert wird, kann sich erst binnen 3 bis 4 Jahren in neue Ware verwandeln, während das Geld inzwischen durch mannigfache Kanäle der Bevölkerung zugeströmt ist und ihre Nachfrage nach Waren, der kein entsprechendes Angebot gegenübersteht, erhöht hat. Der Geldwert sinkt, der Bauer weigert sich, seinen er nicht unbedingt dazu gezwungen ist, sein Getreide zu verkaufen. Die Getreideausfuhr wird unmöglich. Für die Bezahlung der Einfuhr muß die Goldreserve des Staates angegriffen werden. Es fehlt an Industrierohstoffen, die Städte bleiben ohne Lebensmittel. Die Notenemission und die Inflation, in Bewegung gesetzt, um die ungenutzte Arbeit des industriellen Arbeiters zu sichern, führen schließlich, auf den Widerstand der Bauernmasse stoßend, in die Sackgasse.

Die Bauernfrage, die im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen zwischen der Richtung Stalin und der Rechtsopposition steht, ist also ein Glied mit den Problemen der Industrialisierung und der Inflation verbunden. Stalins Sieg über Frumkin und die Rechtsopposition in der Plenartagung des Zentralkomitees der K.P.D.S.U. hat keine dieser Schicksalsfragen zu lösen vermocht.

Deutsche in einem Pariser Skandal

SWD Paris, 10. Dezember.

Im Skandal der Gazette du France brachte heute die Action Française sensationelle Enthüllungen. Das Blatt behauptet, daß der deutsche Industrielle Arnold Rechsberg sich an der Gazette du France finanziell interessiert habe. Er sei es gewesen, der die ersten Fonds zur Finanzierung des Unternehmens zur Verfügung gestellt habe. Er sei es gewesen, der ihr den Chefredakteur Audibert verschafft habe. Rechsberg habe auch den Verbindungswege zwischen der Gazette du France und dem deutschen Zentrum hergestellt. Auf diese Beziehungen sei es zurückzuführen, daß auch der Erzbischof von Paris, Kardinal Dubois, der Gazette du France ohne Schwierigkeiten mehrere Interviews gewährt habe.

Populaire berichtet, daß in Chambéry ein 59 Jahre alter Rentner, der einen ziemlich großen Teil seiner Ersparnisse bei der Gazette du France eingekauft hatte, aus Gram über den Verlust dieses Vermögens sich und seine bei ihm lebende 57jährige Schwester getötet hat.

Regierung bleibt — trotz Wahlniederlage

Wärmigen im Proger Abgeordnetenklaus

WIB Prag, 18. Dezember.

Als in der heutigen Parlamentsitzung der stellvertretende Ministerpräsident Konstantin Schramel das Wort ergreifen wollte, um den Standpunkt der Regierung zu dem Ergebnis der Landes- und Bezirksvertretungswahlen darzulegen, begannen die Kommunisten zu lärmern. Der Vorsitzende Malypetr bemühte sich, die Ruhe wiederherzustellen. Aber jedesmal, wenn Schramel zu sprechen begann, legten die Kommunisten in verstärktem Maße mit Lärm ein. Schließlich verließ der stellvertretende Ministerpräsident eine Erklärung, die im Lärm vollkommen unterging. Diese Erklärung besagt, die Regierung vertraue auf die streng parlamentarische Verfassung und sehe keinen Grund zu einem Abweichen von der bisherigen Politik, solange die parlamentarische Mehrheit zugunsten der Regierung erhalte. Die Erklärung wurde von den Reichsparteien mit großem Beifall aufgenommen, während die Kommunisten ihre Wärmigen fortsetzten.

Die Berliner Funktionäre zur politischen Situation

Eine stark besuchte Funktionärskonferenz der Groß-Berliner Parteiorganisation beschloß sich am Dienstagabend mit der gegenwärtigen politischen Situation. Das Referat hatte Grasse Aufhäuser übernommen. In der Diskussion sprachen die Genossen Feinig, Tornow, Künzler, Liske, Loewenstein und Toni Senber. Zum Schluß wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die Funktionäre der Sozialdemokratischen Partei von Groß-Berlin haben im Juni d. J. in Uebereinstimmung mit dem Reichs-Parteivorstand eine Beteiligung der Sozialdemokratie an der Reichsregierung unter der Voraussetzung gebilligt, daß bestimmte im Interesse der Arbeiterbewegung gelegene Ziele erreicht oder realisiert werden können.

Die Funktionärskonferenz vom 18. Dezember 1928 verlangt auf Grund der Erfahrungen der letzten Monate vor der beschleunigten Umwidmung der jetzigen Regierung Sicherungen für eine Arbeiterklasse fürderliche Sozial-, Wirtschafts- und Finanzpolitik. Sicherungen gegen politische Bindungen, die das Proletariat in seiner Kraftentfaltung hemmen.

Inbesondere ist bei weiteren Verhandlungen über die Regierungsbildung volle Klarheit über die in nächster Zeit zu lösenden Fragen zu schaffen. Dazu gehören: gesetzliche Festlegung des Arbeitsvertrages im Arbeitschutzgesetz, Ratifizierung des Washingtoner Abkommens, soziale Gestaltung des Reichshaushaltsplanes durch wesentliche Verminderung des Wehretats und Bereitstellung von ausreichenden Mitteln für soziale Zwecke. Deckung des Defizits des Reiches durch stärkere Steuerbelastung der Besitzenden, Abkündigung einer Erhöhung der Umsatzsteuer und jede anderen den notwendigen Verbrauch der Massen verteuerten Steuern, Beteiligung der großkapitalistischen Preisbildung durch Kontrolle der Kartelle.

Eine Koalition mit bürgerlichen Parteien, durch die eine Beteiligung der notwendigen Arbeiterinteressen nicht gewährleistet wird oder nicht gewährleistet werden kann, lehnen die Funktionäre von Groß-Berlin ab.

Politischer Mord bei den Sowjetwahlen

D. G. Moskau, 17. Dezember.

Im Bezirk Komarow in Zentralrußland ist der Leiter der Wahlkommission Wandilow ermordet worden. Es ist bisher nicht gelungen, die Schuldigen zu ermitteln, doch vermuten die Sowjetbehörden, daß die Mörder entweder selbst Großbauern sind oder wenigstens in deren Auftrag und Geld gehandelt haben. Die Neuwahlen der Sowjets senken den Rufaktentor gegen diejenigen Leiter und Mitglieder der Wahlkommission, die mit besonderem Eifer den Einfluß des Großbauentums auf die Wahlen bekämpfen.

Notizen

Die Deutsche Liga für Völkerverständnis feierte am Montag ihr zehnjähriges Bestehen. Aus diesem Anlaß sind ihr Glückwunschtelegramme von führenden Persönlichkeiten des politischen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Lebens zugegangen.

II Aus Dslo wird gemeldet: In einem Keller im Zentrum der Stadt wurde eine Riste mit 800—1000 Dum-Dum-Geschossen gefunden, die bereits vor längerer Zeit dort untergebracht sein muß. Die Herkunft dieser Munition ist Gegenstand einer eingehenden polizeilichen Untersuchung.

Im russischen Außerkommisariat in Moskau ist die Meldung einetroffen, daß Tischtscherin am 28. Dezember nach Moskau zurückkehrte. Sein Gesundheitszustand ist vollkommen zufriedenstellend. Auf der Rückfahrt wird sich Tischtscherin zwei Tage in Berlin aufhalten, wo er mit Stresemann konferieren wird.

Verantwortlich für den reaktionären Teil Kurt Günther in Leipzig. Verantwortlich für den proletarischen Teil Hugo Bergmann in Leipzig. Druck und Verlag Leipziger Volksdruckerei Aktien-Gesellschaft, Leipzig.



Diese Nummer umfaßt 14 Seiten.

Lohnender Weg



Dieser Sprechapparat mit Doppelfeder- & Schneckenwerk (eventl. mit pass. Unterteil) beste Tischlerarbeit verkauft. weil Selbstanfertigung, für **65,-** nur Teilzahl gestattet. Besichtigung auch Sonntag und abends bis 8 Uhr **Freil. Kirchstr. 31, Hof, Tel. 60877.**

Weihnachts-Geschenke



**Kauft beim Friseur!
Sein Rat ist gut!**

Seifen, Parfümerien und Toilette-Artikel

kaufen Sie bei Ihrem **FRISEUR** zu Originalpreisen

Sonntag, den 23. Dezember, sind die Friseurgeschäfte von 9-13 Uhr, den 1. Feiertag von 8-12 Uhr für Bedienung geöffnet Verkauf wie alle anderen Geschäfte geöffnet

UHREN

Praktisches Weihnachts-Geschenk für Damen und Herren in jeder Ausführung in Qualität

Armband- und Taschenuhren Schweizer Werke, Wecker Küchen-, Wand- u. Standuhren

Günstige Zahlungsweise 3 00 Mx. wöchentlich

Sonntag geöffnet!

Uhrenhandlung Wernicke
Hainstr. 19C, Fahrstuhl, UT.-Passage

Panorama-Wirtschaft

Täglich **Große Künstler-Konzerte** ausgeführt von ersten Kapellen

Jeden Sonntag **Frühshoppen-, Nachmittags- u. Abend-Konzerte**
O. Schlinke.

Wirkliche Ausnahme-Angebote

Nr. 15 (für Bowlen)	Nr. 16
10 l Fl. Moselapfelwein (mit Weinhefen vergoren)	4 l Fl. 12er Doldesheimer Neuberg
10 l Fl. 22er Cansener Sonnenberg	3 l Fl. 22er Johannisberger Kratzenbringer
1/1 Fl. Traubenschauwein „Kinose Privat“ Fischschärgung oder	4 l Fl. 24er Brüdler Herzchen
2/1 Fl. Fruchtbaumwein „Carlo“ 4°O	4 l Fl. 1. griechischer S&Swein

zum Ausnahmepre. v. RM. 22,- ohne Glas und Verpackung, frei Haus Leipzig, gegen netto Kasse, solange Vorrat reicht.

Hugo Krause, Weingroßhandlung
Tel. 24111 Burgstraße 14 Tel. 42111

Frühzeitige Bestellung erbeten. Man fordere Preisliste.

Wassende Weihnachtsgeschenke

Toska-Iris-Perlen den echten Perlen täuschend ähnlich, als **Kaiserketten** mit echten Silber-, Gold- und Brillantschließen, von Mk. 10,- an

Junoperlen als Halsketten von Mk. 2,- an

Größte Auswahl von 150 cm langen **Perlketten**

Franz Stagl
Juwel- u. Gold- und Silberwaren
Grimmische Str. 17, Ecke Nicolaistr.

Herren-Artikel

die beliebtesten **Geschenke zum Fest**

Größte Auswahl!
Billigste Preise!

Nur letzte Neuheiten

Unsere Warenhäuser sind Sonntag, den 23. Dez., von 12-6 Uhr geöffnet

Konsumverein Leipzig-Plagw. und Umgegend, e. G. m. b. H.

Plagwitz-Pl., Josephstraße 44-46 / Reudnitz, Dresdner Straße 55
Gonnwitz, Südstraße 109 / Gohlitz, Hallische Straße 114

Abgabe nur an Mitglieder
Aufnahme in allen Verteilungsstellen

Preiswert und gut **Tauchtabak**

(Blattware) *
Fein- und Kräftigschnitt 1/2 Pfd. 75
Paket nur 10,- Pfd. 7,50
franko.
Grossversand:
Paul Pfeiffer, Leipzig
Sophienstr. 39a

Die Frauenwelt

ist eine unentbehrliche Helferin und Beraterin jeder Arbeiterfrau, der Frauen des Angestellten- und mittleren Beamtenstandes. Alle Frauen u. jungen Mädchen, die sich mit der Frauenwelt bekannt gemacht, die ihren hohen praktischen und idealen Wert für sich erkannt haben, wollen sie nicht mehr in ihrem Hause missen und näheln zu dem großen treuen Helferlein, der von Fest zu Fest um viele Hunderte wächst.

Die Frauenwelt erscheint monatlich. Jedes Fest schließt die vierseitige **Modenschau** Selbst ist die Frau ein, jedes zweite Fest enthält außerdem eine vierseitige, reich illustrierte Sonderbeilage **Kinderland**

Preis pro Fest mit Schnittmusterbogen 50 Pfennig. Alle Austräger und Filialen der Volkszeitung nehmen Bestellungen entgegen.

Leipziger Buchdruckerei u. G.
Abt. Buchhandlung
Tauscher Str. 19/21

Markthallenstraße 6

Die Weihnachtsgans Der Weihnachtsschinken

zu äußerst niedrigen Preisen für jedermann erschwinglich.

Prima Fleisch-Mastgänse	1.00	1.05	1.10
im Gewicht von ca. 8 Pfund an			
Pol. schinken, Nußschinken, Blasen schinken			
Zerweilwurst nach Thüringer Art, Salami			Pfund 2.00
Zerweilwurst in Fettdarm, Braunschweiger Art			Pfund 2.20

Prima argentin. Gefrier-Ochsenfleisch
Pfund 1.-, ohne Knochen ohne Zut. 1.10, Roastbeef Pfd. 1.-

Pfefferschwein ... Pfd. 95	Kaiserscheule u. Niere Pfd. 1.25
Hammelfleisch ... Pfd. 80 85	Hammelfleisch ... Pfd. 1.25

Unser schmecker **Bierwurst** Pfd. 1.60

Beschreiben Sie bitte unsere reich. Weihnachtsausstellung. Sie werden staunen über die Auswahl, Billigkeit u. Güte un. Waren

Bestellen Sie bitte Ihre Einkäufe möglichst vormittags

Groß-Fleischer Richter & Fischer Wurst-Fabrik

Sonabenddurchgangsgeldneri

Möbelhaus Hermann Fontius

Leipzig-Gohlitz
Hallische Straße 106

Reiche Auswahl Niedrige Preise
Langjährige Garantie

20% Rabatt

auf alle **Uhren u. Goldwaren** wegen Abbruch des Ladens

Uhrenhandlung Carl Schumann
Otto-Schliß-Str. 10

Schallplatten

die neuesten Schläger Marke Gramophon, Decca, Vega, Columbia, usw. samt. anal. Apparate, auch auf Teilzahl.

Musikhaus Franke, Rabat 44

Sprechmaschinen Schallplatten

nur von **Arno Kunstmann**

Am Bayerischen Platz - Ecke Nürnberger Str.

Große Auswahl / Billige Preise
Sehr bequeme Teilzahlung

Gute Bücher kaufen Sie in der Volksbuchhandlung!

Kriminalität im Kapitalismus

„Krankheit“ oder Wesensbestandteil

11. Wenn wir die Zeitungen in den letzten Jahren mit Aufmerksamkeit verfolgen, wenn wir insbesondere die Gerichtsberichte genau studieren, merken wir — ganz von Einzelfällen abgesehen —, daß sich die Standaflären häufen, daß kaum eine Woche vergeht, in der nicht Persönlichkeiten aus der „besten Gesellschaft“, „aus der höchsten Diplomatie“ oder vom „ehrbärdigsten Kaufmannstand“ in Verbindung gebracht werden mit schmutzigen Dingen, mit Geschichten, die an das Strafgeseß heranreichen. Es ist heute so, daß ehemalige Minister, wie der Franzose Klotz, Fürsten der Industrie, wie Stinnes, Rechtsanwälte von renommierten Namen, ehemalige Offiziere mit almonarchistischer Tradition, Staatsanwälte aus orthodox-evangelischer Professorenfamilie, führende bürgerliche Politiker Dinge begehen, für die der Staatsanwalt zuständig ist.

Ob es die Sittenverderbnis einzelner, der Sündenfall bei mehreren Personen ist? Ob es sich hier um individuell zu wertende Einzelfälle, um „Fehlurteile“ handelt? Ob sie alle nur Ausnahmefälle sind, die zwar bedauerlich und zu verwerfen sind, aber nicht charakteristisch sind für „die Zeit“, in der wir leben?

Man fragt und die bürgerlichen Zeitungen, die kapitalistischen Moraltheologen aller drei Konfessionen stimmen begeistert darin überein, indem sie sagen: Natürlich, alle diese Prominenten, die geirrt und gefehlt haben, sie sind Auserwählte, Abtrünnige, Verführte, Verirrte, „krankhaft Veranlagte“, in einem augenblicklichen „Kampf“ handelnde Menschen, die wir bedauern müssen, wenn sie verführt, „gefehlt“ haben, und bestrafen müssen, wenn sie nicht mehr das nötige Kleingeld aufbringen, um sich ein ärztliches Zeugnis verschaffen zu können.

Hier steht die reine, unabhärr, unberührte, streng moralische, gottgewollte und gottgefällige bürgerliche Welt! Was sie fordert, predigt und verlangt, ist Recht und Ordnung. Die bürgerliche Welt ist heilig, dreimal heilig. Ihre Grundzüge, ihre „sittlichen Postulate“ garantieren den Sieg des Guten und Schönen, sie erzähren die Menschheit im Sinne der Veredelung und Läuterung. So sprechen diese kapitalistischen Heuchler und sie sagen weiter: Die Standaflären unter den Herrschenden sind nur Ueberbleibsel, Restbestände, im Augenblick noch unvermeidbare Missetaten. Es ist der Lektor der Kriminalität, der außerhalb der kapitalistischen Welt steht, ihr feindlich gesinnt ist, weil ihr wesensfremd. Und wenn die kapitalistischen Moraltheologen das Wort „Kriminalität“ in den Mund nehmen, so sind sie stolz auf ihre eigene Unschuld, auf die lautere und kristallhelle Reinheit der „gesunden“ Menschen. Sie wollen die Kriminalität und ihre Erscheinungen als etwas Pathologisches, Krankhaftes, Fremdes hinstellen als etwas, was bei den „niederen Schichten“ als „Verworfenheit“, bei der „guten Gesellschaft“ als eine augenblickliche „Gelttesverwirrung“ zu gelten hat.

Sie kommen zu dieser Ansicht, weil sie mit allen Mitteln die wahre Erkenntnis vom Wesen dieser „Krankheit“ verhindern wollen, verhindern müssen, weil die Erkenntnis von den Ursachen dieser Kriminalität auch die Frage aufwerfen müßte, ob man die „Krankheit“ nicht aus der Welt schaffen könnte, indem man den Krankheitsherd beseitigt. Die Kriminalität in den „unteren Schichten“ ist nämlich wirklich eine Krankheit, sie ist nur von besonderer Art; der Wille sich satt zu essen, dieser Wille, der, wenn es ihm nicht gelingt, es durch „rebellische Arbeit“ zu ermöglichen, oft „kriminal“ wird, weil der Mensch nicht gerne verhungert.

Die Kapitalisten wissen, warum sie die Kriminalität unter den Armen als Einzelfälle angesehen wissen wollen, weil man sonst auf den Gedanken kommen könnte, durch Beseitigung des wirtschaftlichen Grundes auch die Ursachen dieser Art von Kriminalität aus der Welt zu schaffen.

Wie ist es aber mit der zunehmenden Kriminalität in den „besten Kreisen“ der kapitalistischen Gesellschaft? Da könnten doch die bürgerlichen Moraltheologen meinen, daß wir uns mit der Ausführung dieser Tatsache selbst widersetzen haben? Sie werden uns sagen: Gerade die Zunahme von strafbaren Handlungen unter den Reichen beweist doch, daß es sich hier um eine „Krankheit“ handelt. Die reichen Menschen haben es doch gar nicht notwendig, zu schwindeln, zu stehlen, zu rauben, zu unterschlagen und zu morden! Also ist es doch nur eine „Krankheit“, sind es doch nur Ausnahmefälle individueller Verderbtheit. — Wir haben darauf zu erwidern:

Tausende der kapitalistischen Prominenten werden die Strafgeseße, kommen deswegen in die Zeitung, werden in einer sensationellen Gerichtsverhandlung — nach einer noch sensationelleren Voruntersuchung — angeklagt, manchmal auch verurteilt, bekommen Strafaufsatz und Bewährungsfrist, erhalten Strafmaßstab oder

ein ärztliches Zeugnis, das sie vor dem Zuchthaus rettet und in ein molliges Sanatorium befördert. Es sind Tausende, Zehntausende alljährlich! Wer kümmert sich darum? Wer empfindet das noch als Makel oder Schande? Niemand! „Konnten Sie das nicht mit Geld abmachen?“ fragt man misseidig mitfühlend und erleidet es sich.

Warum? Wie ist diese Unempfindlichkeit? Aus welchem Grunde wundert sich der Zeitungsleser nicht mehr über die zahllosen Standaflären? Zuerst Herr Stinnes, Sohn von Stinnes & Co., Mählheim-Kuhr, dann Herr Staatsanwalt Jakob, kein Vater protestantischer Theologieprofessor in Königsberg, jetzt Herr Klotz, Finanzminister a. D. Man wundert sich gar nicht mehr, fragt nur, wer der nächste sein wird!

Wie ist das möglich? Wie erklärt sich diese Apathie? Ist die Welt von einem augenblicklichen „Taumel“ befallen, wie die Heilarmee-Besessenen behaupten?

Nein, die Sache verhält sich anders: Der Kapitalismus ist aufgebaut auf dem „Erwerbssinn“, dem Zwang der Kapitalisten, immer mehr zu verdienen. Es gibt im Kapitalismus nur ein „sittliches Gebot“ und das lautet: Ueber allem steht der

Profit! Dieses Profitstreben hat nicht an irgendwelchen Gesetzen der Moral und des Staates haltgemacht, konnte auch nicht haltmachen, da es allmächtig ist. Um zu verdienen, um Profite zu machen, läßt man Millionen hungern und darben, um Geld zu verdienen führt man Kriege, um reich und immer reicher zu werden, um sich im kapitalistischen Konkurrenz- und Existenzkampf halten zu können, schenkt man kein Mittel. Der ganze Kapitalismus ist kriminell, weil er die Menschen zum Verbrechen anhält, zum Verbrecher macht. Kapitalist sein, heißt Hunger und Elend schaffen, Kapitalist sein, heißt um Geld und für Geld alles zu machen, auch Verbrechen.

Die Kriminalität unter den Herrschenden ist also nur ein Beweis für die Verhärtung des kapitalistischen Konkurrenzkampfes, daß die Kapitalisten — vor allem die kleineren unter ihnen! — gezwungen sind, die Methoden, die sie insofern alle anwenden, offener und brutaler durchzuführen und dabei auch einmal in den — für die Reichen ja nur dazu weiten und schmeißen — Maßstab der Gesetzesparagrafen hängen zu bleiben. Der Kapitalismus ist heute so räuberlich und kriminell, daß die Standaflären gar nicht mehr auffallen!

Die Kriminalität eine Krankheit? Sowohl eine „Krankheit“, deren Ursache der Kapitalismus ist, des Kapitalismus, dessen Existenz man noch immer mit „moralischen“ Mitteln verteidigen will! Eine unabhärr Aufgabe? Ja, aber auch auf die Dauer eine aussichtslos!

Brandkatastrophe in Berlin

Eine Radiofabrik in Flammen

31 Tote, zwei Tote

SPD Berlin, 18. Dezember.

Ein furchtbares Brandunglück hat sich am Dienstag in der Schönleinstraße im Süden Berlins in der Nähe des Rotenbusch-Dammes ereignet. Dort brach in den im ersten Stockwerk eines fünfstöckigen Fabrikgebäudes gelegenen Räumen der Radiobehälterfabrik von Dr. Baedeker & Co., veranlaßt durch die Explosion von Zelluloidstoffen, ein Riesenseuer aus, das in kurzer Zeit das gesamte Gebäude in Rauch und Flammen hüllte. 31 Personen, in der Hauptsache Arbeiter und Arbeiterinnen der Radiofabrik, wurden mit schweren Brandwunden und Verletzungen ins Krankenhaus geschafft. Der Inhaber einer in dem Unglücksgebäude untergebracht gewesenen Tischlerei, der Kaufmann Sawilski, der aus dem zweiten Stockwerk sprang, ist inzwischen seinen Verletzungen erlegen. Zehn der im Krankenhaus befindlichen Arbeiterinnen dürften kaum mit dem Leben davontommen.

Die Explosion ereignete sich gegen 10,30 Uhr. Plötzlich ertönte eine furchtbare Detonation; eine riesige Stachlamme schoß innerhalb weniger Augenblicke von dem Zelluloidlager der Radiofabrik empor. Die Zelluloid- und Azetonvorräte fingen Feuer, eine Explosion folgte der anderen. Die in der Fabrik beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, 45 an der Zahl, liefen schreiend davon und versuchten ins Freie zu entkommen. Aber die Flammen, die bereits das ganze Treppenhäuser erfüllt hatten, versperrten ihnen den Weg. Mehrere der Bedrängten zwängten sich durch kleine Löcher hindurch; sie wurden dabei von ihren Kollegen so gedrängt, daß einige kopfüber auf den Hof stürzten, wo sie Luflüchtlöcher liegenblieben. Andere sprangen freiwillig in die Tiefe und erlitten meist schwere Verletzungen. Inzwischen war es einigen andern der Abgeschlossenen gelungen, die Tür eines Privatbüros einzubrühen und von dort aus über die perquamalte Treppe auf den Hof zu gelangen. Verschiedene Frauen, deren Kleider Feuer gefangen hatten, warfen sich auf die Erde und wälzten sich, um die Flammen zu erlösen. Sie wurden sofort durch Autobroschen und Krankenwagen ins Krankenhaus geschafft. Zehn junge Mädchen, die sich währenddessen an die eisernen Fenstergitter angeklammert hatten und in höchster Lebensgefahr schwebten, wurden von der inzwischen herbeigeeilten Feuerwehr in zwei Sprungtischen aufgefangen. Mehrere andere Leute konnten über eine aufgestellte Feuerwehrtreppe gerettet werden. Ein Teil der Belegschaft einer im dritten

Stock befindlichen Planinzfabrik hatte sich über der Dächer in Sicherheit bringen können.

Die Feuerwehr, die aus 18 Schlauchleitungen ununterbrochen Wasser gegeben hatte, konnte nach mehrstündiger Arbeit die umliegenden Häuser vor einem Uebergreifen des Feuers schützen. Das Fabrikgebäude selbst konnte nicht mehr gerettet werden. Die Deden sämtlicher Stotwerke stürzten nach und nach mit großem Krachen zusammen, so daß schließlich das Feuer eine einzige riesige Säule bildete. Der angerichtete außerordentlich hohe Schaden ist durch Versicherung gedeckt.

SPD Berlin, 19. Dezember (Radio).

Der Brand in der Schönleinstraße in Berlin hat ein weiteres Todesopfer gefordert. Die Arbeiterin Elfriede Krause ist ihren Verletzungen erlegen. Die Arbeiterin Erna Spielberg und der Arbeiter Paul Stöhr, die im Urbahnkrankenhaus liegen, schweben in Lebensgefahr. Der Zustand der anderen Schwerverletzten ist nach wie vor ernst, aber nicht hoffnungslos. Die Anzahl der Verletzten ist nach den letzten Feststellungen noch größer, als zuerst angenommen wurde. Im Krankenhaus am Urbahn liegen noch 31 Personen, darunter 11 Schwerverletzte. Außerdem wurden dort etwa 20 Personen mit leicheren Verletzungen behandelt und nach ihren Wohnungen gebracht. Einige Verletzte wurden auf der Rettungswache und bei Ärzten in der Nähe der Brandstelle behandelt, so daß sich die Zahl der Verletzten auf über 50 erhöht.

Nach den bisherigen Feststellungen ist das Feuer durch Fahrlässigkeit entstanden: In der Radiofabrik war an einer brennenden Gaslampe ein Zelluloidstreifen in Brand geraten. Eine Arbeiterin, die das Feuer bemerkte, riß den Streifen ab und warf ihn auf einen Haufen von Abfällen, der im nächsten Augenblick lichterloh brannte.

Arbeiter-Wohlfahrts-Lotterie. Am Dienstagvormittag wurde die Ziehung der Weihnachtslotterie der Arbeiterwohlfahrt beendet. Die Hauptgewinne in Höhe von je 25 000 Mark fielen auf die Nummer 633 953 in Gruppe A und B. Die beiden 15 000-Mark-Gewinne fielen auf die beiden Gruppen der Nr. 1414 384. Die beiden Prämien in Höhe von je 10 000 Mark wurden auf die Nr. 1257 448 gezogen. Ein Gewinn über 1000 Mark fiel auf die Nummer 1288 456. 500-Mark-Gewinne erzielten die Nummern 1278 538, 348 553, 1489 384, 488 691, 1474 632. Jedes 25. Los, von der Nummer des Hauptgewinnes aufwärts und abwärts, erhält einen Trostpreis.

Gründige Frau!

ES IST DIE ALLERHÖCHSTE ZEIT! VERTRAUEN SIE MEINEM RAT!

Ihre Wahl für das Ihrer Persönlichkeit entsprechende WEIHNACHTS-GESCHENK kann nur auf die

KURMARK-PRIVAT-PACKUNG fallen.

Dieses ist der Ausdruck vornehmer Kultur, feinsten Geschmacks und Beweis deutscher Qualitäts-Höchstleistung.

SIE BEGLÜCKEN JEDEN KENNER MIT DIESER GABE.

DIE KURMARK-PRIVAT-PACKUNG, INHALT 100 KURMARK-CIGARETTEN, SPEZIAL-MACEDONEN-MISCHUNG IST OHNE PREISAUFSCHLAG IN JEDEM GUTEN GESCHÄFT ERHÄLTICH

KUR MARK CIGARETTEN

Die Unterstüfung der Saisonarbeiter

Aus den Kreisen der Bauarbeiter unseres Verbreitungsbezirk gehen uns häufig Protestresolutionen zu gegen die Neuregelung der Arbeitslosenunterstüfung durch den Reichstag. Wir sind wegen Raummanget nicht in der Lage, diese Resolutionen zum Abdruck zu bringen. Wir können darauf aber auch verzichten, da die durch die Neuregelung benachteiligten Arbeiter ja die Möglichkeit haben — und diese in erster Linie ausüben müssen —, durch ihre Gewerkschaften entsprechenden Einfluß auszuüben. Dort ist die Stelle, wo die Proteste zweckentsprechend anzubringen sind.

Die vom Reichstage zum Gesetz erhabene Regierungsvorlage entspricht lediglich den Beschlüssen der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung. Diese Beschlüsse sind mit den Stimmen der Gewerkschaftsvertreter gestimmt worden. Als auf der Sachkonferenz des ADGB, die sich in Leipzig stattfand, der Gewerkschafter Paulus als Vertreter der Bauarbeiter Protest gegen die beschlossene Schlechterstellung der Saisonarbeiter erhob, erwiderte bereits der Bezirkssekretär Krauß des ADGB, Gewerkschaftsvertreter bei der Reichsanstalt, daß er nicht anders können werde, als für die Sonderregelung für Saisonarbeiter zu stimmen.

Die Gewerkschaften, deren Mitglieder hauptsächlich durch die Sonderregelung benachteiligt werden, hatten die Möglichkeit, innerhalb des ADGB für ihre Auffassung sich einzusetzen. Sie haben das auch getan. Noch in seiner neuesten Nummer schreibt der Grundstein, das Wochenblatt des Deutschen Bauwerksbundes, daß man durch die Ausnahmebestimmungen dem Gesetz über Arbeitslosenversicherung „seinen sozialen Sinn der Hilfe auf Gegenseitigkeit“ nehme. Rund 1 1/2 Millionen Arbeiter der verschiedensten Berufsweige, vor allem des Baugewerbes, würden unter ein Ausnahmefgesetz gestellt.

Der Grundstein wendet sich aber in dieser Nummer weniger gegen den Regierungsentwurf — den inzwischen der Reichstag verabschiedete und der „eine sehr starke Herabsetzung des bisherigen Unterstüfungsbezuges“ bringt —, als vielmehr gegen den neuen Entwurf des Sozialpolitischen Ausschusses des Reichstages, der als „untragbar“ bezeichnet wird und der ja inzwischen in der Verfertigung verschwunden ist. Diese Erledigung des Ausschussentwurfes gibt dem Grundstein Veranlassung, zu bemerken: „Damit sind die allergrößten Schädigungen von den Saisonarbeitern abgewendet worden.“ Auf sozialdemokratischen Antrag ist übrigens die Sonderregelung kurz befristet worden. Der Grundstein stellt dies besonders als günstig hervor.

Wenn wir recht unterrichtet sind, wollen die am stärksten an dieser Frage interessierten Gewerkschaften die Frist bis zum Ablauf der jetzt Gesetz gewordenen Sonderregelung für die Saisonarbeiter dazu benutzen, um ihre Verlängerung unmöglich zu machen. Es wird Aufgabe der Bauarbeiter sein, in Verbindung mit den übrigen benachteiligten Gewerkschaftsmitgliedern dafür zu sorgen, daß die Gesamtheit der Gewerkschafter das Unrecht, das den Saisonarbeitern getan wurde, erkannt und daß dafür gesorgt wird, daß zukünftig derartige Abmachungen nicht wieder erfolgen können.

Die Christen zum Konflikt

Das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands nimmt in seiner Nummer 24 Stellung zum „Diktatfrieden in der Schwerindustrie“. Wie zu erwarten war, benutzt das Blatt der christlichen Gewerkschaften die Gelegenheit dazu, die Auswirkungen der vom Reichstagsabstimm beschlossenen Methode zur „Erledigung“ des Kampfes auf die Sozialdemokratie abzuwägen. Das Blatt schreibt:

„Für die einzelnen Regierungsmänner ist die Situation heute alles andere als angenehm. Der Reichstagler desanoriert nicht nur den Kölner Schlichter, sondern auch seinen Ministerkollegen Wisell. Und Severing — übrigens nicht nur Minister, sondern auch Gewerkschaftskollege Wisells — korrigiert nun die Maßnahmen des Reichsarbeitsministers. Die den Unternehmern vor Augen gestellte Staatsautorität bedeutet so sicherlich nicht eine Steigerung der Autorität der sozialistischen Minister.“

Ueber den „Paragrafentwurf“ der Unternehmer um die Freiheit der Wirtschaft hat das christliche Gewerkschaftsblatt eine für die Gewerkschaften nicht gerade optimistische Auffassung. Das Zentralblatt erklärt zu dem Duisburger Landesarbeitsgerichtsurteil, es gebe zwar den Unternehmern „formell Unrecht“, sei aber „mit sozial knifflischer Dingen besetzt, daß den Unternehmern die starke Hoffnung auf Sieg beim Reichsarbeitsgericht verbleibt“. Das Blatt fügt hinzu: „Entscheidet aber das Reichsarbeitsgericht gegen die Arbeiter, so wird die ungesäumte Abänderung der Schlichtungsverordnung bzw. der zweiten Ausführungsverordnung die notwendige Folge sein müssen.“

„Die notwendige Folge“ in diesem Sinne wäre, daß kein Schlichter je wieder würde einen Schiedspruch fällen können, ohne der Zustimmung einer der beiden Parteienvertretungen sicher zu sein. Die „Staatshöflichkeit“, die in der Person des Schlichters bisher „durch Hofeitelkeit“ Wöhne und Arbeitsbedingungen diktieren konnte, wäre damit auf die sehr bescheidene Rolle des guten Mittlers herabgedrückt. Ob das gut oder schlecht wäre für die Arbeiterklasse, steht jetzt nicht in Frage. Es würde aber den vollen Sieg der Unternehmer über das Schlichtungswesen bedeuten.

Reichstagung der Studierenden technischen Jugend

In Sondershausen i. Thür. fanden sich am letzten Sonntag in dem Erholungsheim des Bundes der technischen Angestellten und Beamten Vertreter der Studierenden fast aller technischen Hoch- und Mittelschulen Deutschlands zu einer bedeutsamen Tagung zusammen.

Nach Referaten von drei seit Jahren im Berufsleben stehenden Ingenieuren über Fragen der Berufsausbildung und des Berufslebens der technischen Angestellten und Beamten fand eine lebhaft ausgeführte Diskussion der Studierenden und der bereits im Berufsleben stehenden Ingenieure und Techniker statt. Dabei zeigte sich, daß unser Berufsstandswesen noch mancher Reformen bedarf. Vor allem klagten technische Mittelschüler über die Rechtslosigkeit, zu der sie die bestehenden Schulordnungen vielfach verdammen. So wird beispielsweise an der Königsberger Bauerschule den Studierenden — darunter Männern von über 30 Jahren — die Anrede „Herr“ verlegt. Das mutet fast mittelalterlich an, wenn man bedenkt, daß die Besucher der Bauerschulen durchweg eine mehrjährige praktische Tätigkeit als Bauhandwerker absolviert haben müssen. Weiter wurde geklagt über die Zurücksetzung der mittelschulmäßig vorgebildeten Ingenieure bei Behörden, die erkennen läßt, daß der Grundsatz „Freie Bahn dem Tüchtigen“ sich auch in der Republik noch nicht durchgesetzt hat. Die anwesenden Stu-

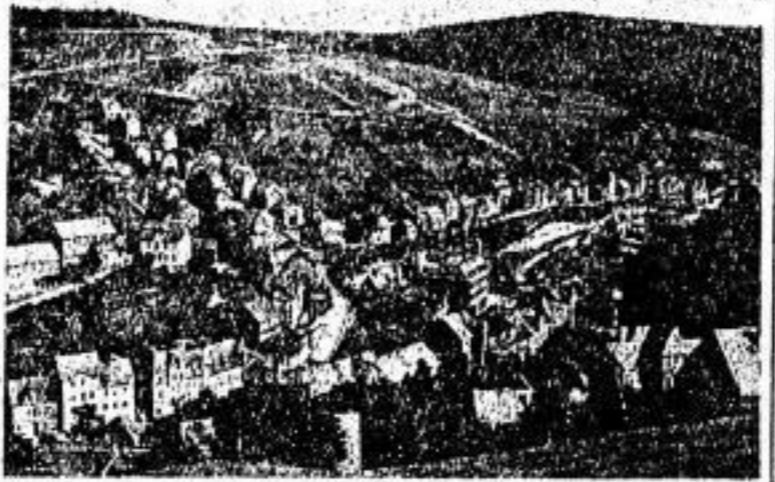
Bei den Christbaum schmuckmachern im Thüringer Wald

Von Erich Grijar.

Am Bahnhof der Stadt Lauscha, deren Häuserreihen wie eine blante Kette sich um den Hals eines dunklen Gebirges legen, stehen zwei Galometer, die größer sind als man sie in einer Stadt, die keine 6000 Einwohner hat, erwartet. Diese mächtigen Kessel sind die Lungen einer Stadt, in der Gas der Betriebsstoff ist für einige tausend Menschen, die in den engen Stuben ihrer dunklen Häuser hinter heißen Strichfächern hocken, um aus sprödem Glas all die hauchzarten Wunder entstehen zu lassen, die den Namen der Glasbläserstadt Lauscha in aller Welt bekanntgemacht haben.

Heimarbeit ist es, von der die Menschen dieses Ortes leben. Arbeit, die das Heim zur gehobenen Werkstatt und die Werkstatt zum gehobenen Heim macht. Arbeit, die im Zeitalter der Maschinen und der von Menschen entworfenen Schalthräume als eine unwürdige Quälerei der an sie geketteten Menschen erscheint.

Eng sind die Räume, in denen die Heimarbeiter leben, und in denen alle Hausarbeit von überarbeiteten und unterernährten Frauen als Nebenarbeit gemacht wird. Geruch verbrannten Gases ist in diesen Räumen. Spiritusdunst, der von den zur Bemalung der Glasgelenke verwandten Farben herrührt. In der Ecke einer Stube, in die ich nach kurzem Anklopfen eintrat, saßen an einem schmalen Tisch zwei Männer bei ihrer Arbeit. Der eine der beiden dreht sich kurz um und entschuldigt sich, daß er auf mein Klopfen nicht geantwortet habe, und heugt sich wieder über sein zitterndes Nimmchen. So ein Dutzend Kugeln sind schnell veräußert, sagt er noch und dreht mit finlen Händen ein zollbides Glasrohr, das am Ende verjüngt ist, über der Flamme, die unter dem Druck eines mit den Händen betriebenen Blasebalgs zur Stichflamme wird, um es, eine Handbreite vom Ende, bis auf Reißfäden auszuziehen. Mit einem leichten Knacken trennt er das so bearbeitete Stück von dem etwa meterlangen Rohr und schmilzt es an einem Ende zu, um es nach weiterer Erwärmung wie eine Selbstblase auszublasen. Die Dicke der entstehenden Kugel kontrolliert er in einer an den Tisch genagelten Leere. Dann stellt er sie mit dem noch daran haftenden Mundstück auf ein mit herausstehenden Spizen versehenes Brett, deren eine ganze Anzahl mit halbfertigen Kugeln bestanden



in diesem Räume und selbst im Schlafzimmer, zu dem eine offene Tür den Blick frei gibt, herumliegen. Und wo sie nicht liegen, nehmen weiße Kartons den Raum ein. Alle Schränke, die Fensterbänke, jeder Winkel neben und unter den Betten sind mit Stapeln weißer Kartons bestanden.

Um zu zeigen, was alles aus dem Wundermaterial Glas gemacht werden kann, legt der eine der Männer, während die eine Hand schon das Material erhitzt, sich mit der anderen eine Form zurecht, die groß genug ist, um ein erwärmtes Rohstück, wie das vorher bearbeitete, aufzunehmen. Noch im Zuklappen der Form läßt der Mann in das draußen gebliebene Mundstück und als er die Form öffnet, hat das unter dem Druck der Luft sich ausdehnende Glas alle Falten und Ausbuchtungen der Form ausfüllend, die Gestalt einer Erdbeere angenommen. Duzende solcher aus Gips gegossener Formen gibt es bei jedem Glasbläser. Sie bringen Abwechslung in die immer gleiche überkommene Art des Christbaum schmuckes.

Die von den Männern geblasenen Kugeln werden von den Frauen mit einer Silberlösung ausgespült und in einem mit warmem Wasser gefüllten Becken getrocknet. So bekommt das durchsichtige Glas jenen herrlichen Silberglanz, der am Weihnachtsabend die diesen hellen Lichter und frohen Gesichter widerspiegelt. Ein Teil der so verfertigten Kugeln wird von den Kindern mit giftfreien Farben ausgemalt.

Die Kinder sind es auch, die die fertigen Kugeln, nachdem die Mundstücke abgeschnitten und durch Defen erloscht sind, in die Kartons packen.

Ich frage, was diese Arbeit, an der, wie ich sehe, die ganze Familie beteiligt ist und die nicht nur durch den ewigen Gasduft, sondern auch durch den Lärm und vor allem durch das gefährliche Silber sehr ungesund ist, einbringt.

Was soll man da sagen? Das ist halt verschieden. Es gibt 50 Pfennig für das Duzend, es gibt auch 80 Pfennig. Aber der Karton fürs Duzend kostet mich einen Groschen. Das Gas ist teuer. Das Glas kostet 25 Pfennig das Pfund. Farben brauche ich. Das Silber ist kaum zu bezahlen. So gehen zwei Drittel von dem, was ich einnehme, für Unkosten fort.

Und wieviel Duzend macht man am Tag?

60. Aber wir sind vier Mann. Es ist halt eben etwas Arbeit da. Den ganzen Sommer hab ich allein kaum zu schaffen gehabt.

Ich rechne kurz nach. 60 mal 18 oder 23. Das macht 11 bis 15 Mark für den Tag, der dreizehn bis vierzehn Stunden dauert und vier Personen, ungerichtet die Hilfe der Kinder, an der Arbeit hält.

Dem Augenmacher, der im gleichen Hause wohnt, geht es nicht besser. Auch er arbeitet gemeinsam mit seiner Frau, die neben ihm sitzend, kleine Drahtlöten an weiße oder grüne Glasstäben

schmilzt. An diese wieder schmilzt sie winzige Linien aus dunklem Glas. Die so vorbereiteten Glasstäbe reicht sie ihrem Manne, der auf die Linien, die Augen werden sollen, eine Iris und, als sollte er sie auf den Untergrund, auf diese eine Pupille aufschmilzt. Das Ganze wird, noch warm, in eine kleine runde Form gedrückt und zur Seite gelegt. Erkalte fällt das fertige Auge von den nur der besseren Handhabung wegen angeschmolzenen Glasstäben durch leicht



tes Anschlag ab. Grobweise werden die Augen zu den Fabriken geschickt, wo sie an Lederbären, Pferdchen, Känen und in größeren Exemplaren an Tiger und Bärenjelle angehängt werden.

Der Vorgang bei der Herstellung von Menschenaugen ist ähnlich. Allerdings viel sorgfältiger und unter genauer Nachbildung des vorliegenden Modells. Dagegen werden Puppenaugen, die nicht aufgenäht, sondern eingeseht werden, und Perlen, die mit Flüssigkeit von innen versetzt und dann mit Wachs gefüllt werden, geblasen.

Vom Augenmacher bin ich dann zu einer Glashütte gegangen und habe den Männern zugehört, die, von den Flammen der Schmelzöfen grell bestrahlt, im Schmelze ihres Angesichts aus der gelben Masse, die in feuerfesten Tiegeln brodelt, die langen Glasrohre ziehen, die in meterlange Stücke zerhackt, das Rohmaterial für die Heimarbeiter abgeben.

Nachdem ich noch den Würbelmachern bei ihrer einförmigen Arbeit zugehört und den Glaspinnern, besuchte ich das kleine Museum des Ortes, in dem die Lauschaer alles, was sie und ihre Väter und Großväter aus dem spröden Glas gemacht haben, aufbewahrt haben. Da sieht man schöne Karaffen und Gläser, kunstvolle Figuren und alte Menschenaugen, die noch so unbeholfen sind, wie die Vergangenheit, aus der sie stammen. Daneben liegen die neuen Augen, die so natürlich aussehen mit ihren Lederhosen und der kunstvoll eingeschnittenen Iris. Auch optisches Glas liegt da, neben ersten unbeholfenen Ferngläsern und kunstvoll gesponnener Seide, der niemand ansieht, daß es ausgezogenes Glas ist.

Alle diese bunten und glänzenden Gläser, diese nützlichen und unnützen Dinge sind Zeugen einer schönen Kunst, die nur das eine angeht, daß die Menschen, die sie ausüben, alles andere als das Leben eines Künstlers führen, ja, daß ihre Lebenshaltung tief unter der Linie liegt, die den Durchschnitt der Lebenshaltung des deutschen Arbeiters bezeichnet.

Und doch, halten die Lauschaer ihrem Gewerbe und ihrer Heimat die Treue. Selten nur verläßt ein Lauschaer seine Heimat, um irgendwo in der Ferne ein fremdes, aber auch ungewisses Brot zu essen. Und weil die Fremden schon gar keine Luft haben,



sich in Lauscha anständig zu machen, so blieb den Lauschaer Mädchen seit Generationen keine Wahl, als einen Lauschaer Ruben zum Manne zu nehmen. So ist es denn kein Wunder, daß heute in Lauscha neben dem Herrn Greiner der Greiner-Herr wohnt. Und im nächsten Hause hat der Greiner-Glass seinen Laden und im übernächsten der Greiner-Glasshahn oder gar der Greiner-Sohn-Glasshahn. Und der Greiner-Kleiner wohnt neben dem Greiner-Maus und wundert sich gar nicht darüber, daß die Fremden, die in den Ort kommen, seinen Namen zum Anlaß nehmen; dünne Wiße zu machen, um die er sich so wenig kümmert, wie alle andern Lauschaer sich um die Welt kümmern, deren Glanz sie mit ihrer Arbeit vermehren helfen. So sitzen sie jahraus, jahrein an ihrem Nimmchen und blasen sich ihre eigene Welt, die so wirklich und so unwirklich ist wie eine Selbstblase, und überlassen die Fremde an ihren Eisenblasen den großen und kleinen Kindern in der weiten Welt.

dierenden erkannten, wie notwendig es ist, sich schon während der Studienzeit mit den bereits im Berufsleben stehenden Ingenieuren und Technikern zu verbinden.

Der Bund der technischen Angestellten und Beamten (Bund) ist bemüht, den Absolventen der technischen Lehranstalten den Eintritt in die Berufspraxis zu erleichtern, er will ihnen Berater und Führer sein, er nimmt deshalb die Studierenden als Hospitanten auf. Die Reichstagung der Studierenden technischen Jugend bezeichnete den Anschluß aller Studierenden der Technik an den Bund als dringend notwendig.

Wuppertaler Textilindustrie

WVB Ebersfeld, 18. Dezember.

Die für gestern anberaumten Verhandlungen zwischen den Arbeitgebern der Wuppertaler Textilindustrie und den beiden Organisationen der Arbeitnehmer in der Lohn- und Arbeitszeitfrage sind gescheitert. Heute finden Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß statt. Führen auch diese zu keinem Ergebnis, so wird voraussichtlich am Donnerstag der Schlichter einen Spruch fällen.

Eingelaufene Schriften

- Haußlerhandb. Herausgegeben vom Verband sozialer Baubetriebe, 6. u. 5. J., Berlin. Verlagsgesellschaft des H. D. S. B., Berlin.
- Konstantin Jelin, Die Weiber. Roman. Deutsch von Erwin König. Neuer Deutscher Verlag, Berlin.
- Waldm. Henn, Krieg. Roman. Deutsch von Erwin König. Neuer Deutscher Verlag, Berlin.
- G. S. Biers und F. Stelbige, Meine ersten 2000 Jahre. Antiquarische des Göttinger Landes. Buch-Verlag, Leipzig.
- Walter von Goltz, Schicksale gebildet. Ein Menschenpanorama von heute. Verlag Weyhe, Berlin.
- Geschichte eines um Hinderburg. Führende Köpfe der Republik und die Best ihrer Schicksale von heute. Verlag Karl Reimer, Dresden.
- Megel Kemmler, Kugel-Tanzel. Die Geschichte zweier Mäuslein. Märchen von Wäldchen. Verlagsgesellschaft, Berlin-Grünwald.
- Reiß, Welfe. Das Kistenvertrauensbüch. Wanderschaft zum Mond. Verlag Baumayer, Dresden und Verlagsgesellschaft, G. o. Co., Hamburg.
- Edward Spranger, Psychologie des Jugendalters. Verlag Quelle & Meyer, Leipzig.
- Alfred Reer, Wälder irdisch nach Wälder. Ausflug nach Afrika. S. Fischer-Verlag, Berlin.
- Lehrbuch 1923. Neue Deutscher Verlag, Berlin W. 8.
- Emile Jola, Mein Kampf um Wahrheit und Recht. Weiß anerkennendste Seite aus dem Kampf. Karl-Neubauer-Verlag, Dresden.
- Als Obermann, Die Seele im Hochschuljahr. Roman. Buch-Verlag, Leipzig.
- Karl Otten, Prüfung zur Reife. Roman. Buch-Verlag, Leipzig.
- Otto Schell, Das Haus Erich Roman. Buch-Verlag, Leipzig.
- F. Schell, Orange-Lien. Bei den Urwäldern Malaya und Sumatra. Verlag F. W. Brodhans, Leipzig.
- Reichlich W. Reichlich, Die französische Revolution 1789-1799. Volkswortband der Bücherfreunde, Wegweiser-Verlag G. o. S. B., Berlin.

Der Fall Halsmann

SPD Wien, 18. Dezember.

Der Verteidiger des vom Innsbrucker Schwurgericht des Vatermordes schuldig gesprochen und zu zehn Jahren schweren Kerker verurteilten Studenten Philipp Halsmann, Rechtsanwalt Dr. Preßburger, hat jetzt einige aufsehenerregende Mitteilungen über die Zusammenhänge gemacht, die nach seiner Ansicht zu dem Indizienurteil des Gerichts geführt haben. Der Hauptschuldige an dem Urteil sei der Inhaber der Dominikus-Hütte, der Gastwirt Eder, der es verstanden habe, seine persönlich interessierten Wahrnehmungen den Geschworenen, fast ausnahmslos Landsleuten, als tatsächliche Vorgänge einzupumpfen. Eder habe aber als Begehrpeter ein Interesse an einer Feststellung gehabt, daß der Vater Halsmanns auf der von ihm, Eder, zu bewachenden Strafe nicht habe abhelfen können. Aus diesem Grunde habe er auch sofort nach Auffindung der Leiche den jungen Halsmann als Vatermörder bezeichnet; Eder sei es auch gewesen, der den mit Blut besetzten Stein herbeigebracht habe. Die Vorurteilung sei dazu rein inquisitorisch geführt worden. Der Untersuchungsrichter habe das Verlangen des Verteidigers abgelehnt, ihn mit dem Angeklagten zusammenzubringen, da das den Angeklagten moralisch nur habe stützen können. Rechtsanwalt Dr. Preßburger weist zum Schluß seiner Erklärungen darauf hin, daß der gerichtliche Kollateralters ohne ihn und ohne den Angeklagten abgehalten worden sei und daß nur der in der Atmosphäre des Gerichtssaales zum Ausdruck gekommene Antisemitismus das Urteil erst verständlich mache.

Der „Bund“ blamiert sich Unfähigkeit und Sozialreaktion

sg. Vor dem Arbeitsgericht Leipzig fand am 6. Dezember eine Verhandlung statt, in der der ehemalige Köfner Sekretär des Bundes der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten gegen die Hauptverwaltung dieser christlichen Gewerkschaften wegen seiner fristlosen Entlassung Klage erhob. Für die Öffentlichkeit waren hier nicht die finanziellen Hintergründe dieser Angelegenheit, nicht die Frage, ob der Köfner Bekandengelder unterschlagen habe oder nicht, maßgebend, sondern die Tatsache, daß der Köfner Sekretär des „Bundes“, der mehr als ein halbes Jahr an diesem wichtigen Posten für die Christlichen als Arbeitsgerichtsvertreter tätig war, von arbeitsgerichtlichen Fragen überhaupt keine Ahnung hat.

Sein Auftreten vor dem Leipziger Arbeitsgericht erregte bei den Zuhörern wegen seiner Unkenntnis und seiner naiven Unachtsamkeit, wegen seiner Unvorsichtigkeit, Heisterkeit und Mitteltätigkeit, wegen seiner Unfähigkeit, die ihm entgegenstehenden Tatsachen zu verstehen, die Hauptverwaltung anvertraut hatte. Dabei erfolgte keine Klärung nicht wegen seiner „Qualitäten“, sondern nur wegen seiner angeblichen Unzuverlässigkeit in Geldangelegenheiten.

Er schickte den Tatbestand seiner Einstellung folgendermaßen: Er sei am 1. Mai mit einer dreimonatigen Probezeit eingestellt worden, da der Köfner Sekretär des „Bundes“ nach Düsseldorf verlegt worden war. Nach Ablauf seiner Probezeit kam für ihn — laut Anstellungsvertrag — nur eine quartalsmäßige Kündigung, die jedes Woche vor Quartalschluß zu erfolgen hatte, in Frage. Trotzdem wurde ihm mit einmonatiger Kündigungsfrist zum 1. Oktober gekündigt, obwohl er das Kündigungs Schreiben erst am 3. Oktober erhielt.

Der Vertreter der Hauptverwaltung des Bundes der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten, dessen 2. Vorsitzender Gierßen, stellte den Sachverhalt anders dar: Der Kläger sei zwar mit dreimonatiger Probezeit eingestellt worden. Am 7. August hätte man ihm aber von der Hauptverwaltung die Mitteilung zukommen lassen, daß man seine Probezeit um zwei Monate zu verlängern gedenke. Der Kläger bestritt nun energisch, eine derartige Mitteilung erhalten zu haben.

Nach längerer Beratung teilte Arbeitsgerichtsrat Dr. Schmidt den Standpunkt der Kammer zu dieser Angelegenheit mit: Er beehrte den Gewerkschaftsvorsitzenden Gierßen, daß es nicht darauf ankomme, ob der Kläger die fragliche Mitteilung erhalten habe oder nicht, entscheidend sei, daß eine Verlängerung der Probezeit ohne das ausdrückliche Einverständnis beider Parteien nicht möglich sei. Nachdem sich Gierßen's Verstoß über diese Behauptung, daß ein einseitiger Unternehmensstandpunkt nicht immer und auf jeden Fall Recht bedeute, etwas gesagt hatte, war er auch geistig weberum in der Lage, zu formulieren, daß jetzt die Frage der fristlosen Entlassung von entscheidender Bedeutung geworden sei. Nachdem die einmonatige Kündigung rechtsunzulässig war, konnte ihn nur der Nachweis retten, daß der Kläger aus triftigen Gründen fristlos entlassen worden sei. Es scheint das aber nicht der Fall gewesen zu sein. Als nämlich Gierßen nach Köln kam, war der Kläger trotz seiner Kündigung noch nach dem 1. Oktober in der Geschäftsstelle. Gierßen forderte ihn nun wohl auf, den Raum zu verlassen und seine Geschäfte zu übergeben. Das geschah aber nicht wegen angeblicher finanzieller Verfehlungen (deswegen war dem Kläger gekündigt worden), sondern weil des Klägers Kündigungsfrist — nach Gierßen's Auffassung — bereits abgelaufen war.

Der Ausgang des Rechtsstreits ist aber an sich gar nicht weiter interessant. Entscheidend ist nur, daß der Bund keine Köfner Mitglieder — gerade in der Zeit der Welta — jemandem ausliefern, der von arbeitsrechtlichen Fragen kaum einen Schimmer hatte. Wichtig ist es auch, daß die Christen versuchten — nach echter Unternehmermethode —, die Probezeit des Angeklagten ohne sein Einverständnis zu verlängern. Es ist kennzeichnend:

Das nicht übermäßig große Interesse an der Betreuung ihrer Mitglieder (sonst hätte der Mann nicht sechs Monate Gewerkschaftsangehöriger sein können) und die sozialreaktionäre Maßnahme der einseitigen Verlängerung der Probezeit. Kennzeichnend, aber nicht verwunderlich!

Polizeinachtichten

Eindbruch in eine Konsum-Gilde. In der Nacht zum 16. d. M. wurde in die Verkaufsräume des Konsumvereins Leipzig-Blagwitz, Filiale Südstraße 100, ein Eindbruch verübt. Der Täter ist vor der Gustav-Freytag-Straße aus nach Uebersteigen mehrerer Gartenzäune in das Grundstück gelangt und ist nach Einschlagen von Fensterscheiben in die Räume eingedrungen. Gestohlen wurden: Zigaretten, Zigaretten, Schokoladen (Premier-Praline) und 10 Mark in Silbergeld. Auf demselben Wege hat der Täter den Tatort wieder verlassen. Angaben, die zu seiner Ermittlung dienlich sein können, werden an das Kriminalamt erbeten.

Leipziger Bilanzen

Leipziger Wollkammerei

Im Geschäftsbericht der Leipziger Wollkammerei für das am 30. September abgelaufene Geschäftsjahr wird eine geharnischte Attacke gegen Lohn- und Schlichtungswesen geritten. Es heißt darin wörtlich:

„Wie im letzten Geschäftsbericht bereits angedeutet, hat die fortgesetzte Steigerung der Gestehungskosten, die insbesondere durch die Erhöhung der Löhne entstanden ist, die deutschen Wollkammereien schließlich genötigt, ihre Tarife, die seit 1921 unverändert geblieben waren, ab 1. Oktober n. e. etwas heraufzusetzen, um nicht mit Verlusten arbeiten zu müssen. Leider hat diese Erhöhung unsere Wettbewerbsfähigkeit gegenüber dem Auslande nicht unmerklich beeinträchtigt.“

Sollte mit dem bisherigen Schlichtungswesen und der dadurch bedingten fortgesetzten Steigerung der Löhne in Deutschland nicht aufgeräumt werden, so würden sich damit auf die Dauer die größten Schwierigkeiten für die Aufrechterhaltung unseres Betriebes, für den die Arbeit für das Ausland eine Notwendigkeit bedeutet, ergeben.“

Damit soll der Eindruck erweckt werden, als ob durch Lohn-erhöhungen, die sonst untragbar gewesen wären, Preissteigerungen erzwungen worden seien. Tatsächlich sind aber während des ganzen Geschäftsjahres 1927/28 die Löhne unverändert geblieben. An diesem Beispiel kann man erkennen, in welcher verantwortungsloser Weise die Unternehmer mit ihren für die Öffentlichkeit bestimmten Äußerungen diese zugunsten der Arbeiter zu beeinflussen suchen. Die Leipziger Wollkammerei hat eine Preissteigerung bereits mit Wirkung vom 1. Oktober eintreten lassen, obwohl die gänzlich unzureichende Lohnsteigerung des jetzt verbindlich erklärten Schlichtungsprotokolls erst am 1. Dezember in Kraft tritt. Die Preissteigerung hat also mit der Lohnsteigerung gar nichts zu tun. Die Leipziger Wollkammerei gehört dem Stöhr-Konzern an. Sie verzichtet für die Firma Stöhr gewissermaßen Lohnarbeit; sie kauft die Wolle aus, die ihr von Stöhr überlassen und von Stöhr versponnen wird. Die Marktstellung, über die Stöhr verfügt, ermöglicht es dieser Gesellschaft, ohne weiteres höhere Preise der Tochtergesellschaft für den weiterverarbeitenden Webereibetrieb bezahlen zu lassen, die von Stöhr abhängig sind, weil sie ohne die von Stöhr hergestellten Buntgarne (Melangefarben) nicht auskommen können. Stöhr ist also in der Lage, die Preise für sein Monopolprodukt zu diktiert und infolgedessen auch seiner Tochtergesellschaft höhere Preise zuzubilligen. Sollte etwa der Reichsarbeitsminister auf „Feststellungen“ hin, wie sie im Geschäftsbericht der Leipziger Wollkammerei enthalten sind, die Verbindlichkeitsklärung ausgesprochen haben?

Eine Untersuchung der Bilanzfiguren der Leipziger Wollkammerei hat einer nur sehr weiselhaften Wert, weil in diesem Falle noch weniger als sonst Schlüsse auf die wirkliche Rentabilität gezogen werden können. Die Leipziger Wollkammerei tritt zwar nach außen hin als selbständiges Unternehmen auf, tatsächlich ist sie aber nur ein Teil des Stöhr-Konzerns, der in sich eine Einheit bildet. Durch Preisverrechnung können leicht Gewinne, die in der Leipziger Wollkammerei erarbeitet worden sind, auf Stöhr übertragen werden und in der Stöhr-Bilanz erscheinen — natürlich auch umgekehrt. Um die Bilanzfiguren beurteilen zu können, müßte man also über die Methode der Verrechnung zwischen Mutter- und Tochtergesellschaft unterrichtet sein. Die Gewinnfiguren sind also mit größter Vorsicht zu genießen.

Der Rohgewinn hat sich von 6716 000 Mark auf 8222 000 Mark erhöht, der Reingewinn ist ungefähr gleich geblieben. Er betrug im Vorjahr 354 403, diesmal nur 349 024 Mark. Anstrebend liegt das daran, daß ein Teil der Neuanlagen als Betriebsausgaben verbucht, also sofort vollständig abgeschrieben worden ist. Bemerkenswert ist, daß trotz der zweifellos höheren Umsätze die Ausgaben für Steuern und soziale Lasten sehr erheblich gesunken sind, und zwar von 741 513 auf 580 855 Mark.

Die Verwaltung berichtet, die Erneuerung und Verbesserung der Fabrikanlagen habe erfreuliche Fortschritte gemacht. Für die Verarbeitung von Kunstseide sei eine besondere Abteilung eingerichtet worden, die sich bereits in Betrieb befindet und glänzende Aussichten für die Zukunft eröffnet. Im neuen Geschäftsjahr wird die bereits begonnene Umstellung des Werkes auf elektrische Gruppen und Einzelantriebe beendet und die Kraft- und Dampfmaschine neu achaltet.

Bleichert

Auch die Verwaltung der Adolf Bleichert & Co. Aktiengesellschaft verläßt nicht, in ihrem Geschäftsbericht gegen den Reichsarbeitsminister zu Felde zu ziehen. Sie behauptet, die Lohn- und Sozialpolitik des Reichsarbeitsministeriums in Verbindung mit Unzulänglichkeiten der Industrie stelle die Industrie hinsichtlich ihrer Leistungsfähigkeit vor immer größere Schwierigkeiten. „Am auf dem Weltmarkt der ungünstigen Preisentwicklung nach Möglichkeit mit Erfolg zu begegnen, haben auch wir in unseren Werken alle Rationalisierungsmöglichkeiten durchgeführt, die eine Herabsetzung der Geldkosten zulassen und die fortgesetzten Lohn-erhöhungen sowie Materialsteigerungen zum Teil ausgleichen.“ Damit wird also zugegeben, daß es gelungen ist, die menschliche Arbeitskraft durch mechanische zu ersetzen und dadurch den Anteil des Lohnes an den Selbstkosten herabzudrücken. Nach den Angaben der Verwaltung sind die Lohnsteigerungen damit „zum Teil“ ausgeglichen worden. Es gibt aber Teile, die fast so groß sind wie das Ganze. Es wird zweitens zugegeben, daß die Gesellschaft ihre Rationalisierungsmöglichkeiten nicht in Angriff genommen haben würde, wenn sie nicht durch Lohnsteigerungen dazu gezwungen worden wäre. Es ist deshalb im Interesse der Leistungsfähigkeit des Betriebes zu begrüßen, daß das Organisationsverhältnis bei Bleichert stark genug gewesen ist, um Lohnsteigerungen durchzusetzen und jeden Versuch, gegen die Arbeiter vorzugehen, von vornherein zum Scheitern zu verurteilen.

Die Bilanzfiguren rechtfertigen die Klagen der Verwaltung keineswegs. Die Gesellschaft konnte ihre Rationalisierungsmöglichkeiten ohne Jubiläum von Krediten, also aus eigenen Mitteln, bestreiten und gleichzeitig so große Abschreibungen vornehmen, daß trotz des Wertwachses durch Neuanlagen der Bilanzwert der Anlagen nicht größer, sondern kleiner geworden ist. Der Wert der

Anlagen betrug am 30. Juni 1927 rund 3 390 000 Mark und am 30. Juni 1928 nur 3 283 000. Trotz des Wertwachses von 260 565 Mark ist der Bilanzwert also um rund 100 000 Mark niedriger als im Vorjahr. Der Reingewinn liegt von 2 047 000 auf 2 311 000 Mark, der Reingewinn von 121 000 auf 302 000 Mark. Die Dividende beträgt wie im Vorjahr 10 Prozent.

Den Umfang der Betätigung der Firma Bleichert kann man daraus erkennen, daß von ihr folgende bereits in Betrieb genommene Personen-Seilbahnbahnen errichtet worden sind: Zugspitzbahn, Karabahn, Vindlerbahn, Feuerkogelbahn, Schmittenhöhebahn, Kandelbahn, Pailshertelbahn, Nordkettenbahn, Kreuzebahn, Predingstuhlbahn, Trübsbachbahn bei Engelberg (Schweiz), Rjukanbahn (Norwegen). Im Bau befinden sich folgende Bahnen: Burgbergbahn bei Pöhl Harzburg, Wankebahn bei Partenstein, Tafelbergbahn bei Rappstadt (Sachsen), Medikonbahn (Schweiz).

Aus der Zusammenziehung des Aufsichtsrates ergibt sich, daß Bleichert dem rheinisch-westfälischen Stahltrust nahesteht. Dem Aufsichtsrat gehört Generaldirektor Reuter von der Demag an, die zum Konzern der Vereinigten Stahlwerke (Löhnen) gehört, ferner der vor kurzem verstorbene Präsident der Internationalen Stahltrustgemeinschaft, Mantel, und der bekannte Konzernjurist Professor Flechtheim, der im Aufsichtsrat einer Reihe von Gesellschaften sitzt, die dem Stahl-Trust nahesteht.

Richter & Co.

Die Firma Richter & Co. Aktiengesellschaft, Leipzig-Zellerröhren, klagt in ihrem Geschäftsbericht darüber, daß das Geschäftsergebn hinter ihren Erwartungen zurückgeblieben sei, weil die im Frühjahr 1928 eingetretene Lohnsteigerung in der Verkaufsspielerei nicht immer ihren Ausgleich gefunden hat. Es wird also wenigstens zugegeben, daß das, wenn auch nicht immer, so doch meistens der Fall gewesen ist. Alle neuen Anlagen, deren Wert auf rund 215 000 Mark angegeben wird, sind voll abgeschrieben und darüber hinaus noch Abschreibungen von rund 70 000 Mark gemacht worden. Außerdem sind auf die Forderungen Abschreibungen gemacht worden, z. B. sogar auf Wechsel in Höhe von zehn Prozent, die zweifellos weit über die möglichen Verluste hinausgehen, also Ueberabschreibungen darstellen. Die Neuanlagen konnten ohne Heranziehung fremden Kapitals finanziert werden. Trotz der Betriebserweiterungen und der Umfaherhöhung sind die Schulden kleiner und die Forderungen größer geworden. Die Schulden sanken von 1 404 000 auf 1 219 000 Mark, die Forderungen stiegen von 2 070 000 auf 2 113 000 Mark. Der Betriebsgewinn liegt von 2 600 000 auf 2 953 000 Mark, der Reingewinn ist infolge der hohen Abschreibungen ein wenig kleiner: Er sank von 658 373 auf 637 212 Mark. Die Dividende beträgt wie im Vorjahr 6 Prozent auf die Stamm- und Vorzugsaktien.

Gute Aussichten für Hupfeld-Simmermann

In der am Montag stattgefundenen Generalversammlung der Leipziger Pianoforte- und Phonografenfabriken Hupfeld-Gebr. Simmermann & Co. wurden neu in den Aufsichtsrat gewählt: der aus dem Vorstand ausgeschiedene Direktor Richard Simmermann, an dessen Stelle sein Sohn in den Vorstand eingetreten ist und der ehemalige Reichsfinanzminister Dr. Peter Reinhold, der schon früher dem Aufsichtsrat angehört hatte.

Die Verwaltung mitteilt, ist die Gesellschaft gut beschäftigt. Die vorliegenden Aufträge reichen für einige Zeit aus. Von dem im vorigen Herbst herausgegebenen Jazz-Instrument, das sich gut eingeführt hat, wurden bereits einige hundert Stück abgeliefert. Auch die Nachfrage nach dem Phonofon-Instrument hat sich gebessert. Mit der Rationalisierung und Konzentration der Betriebe, die im laufenden Jahre weiter fortgesetzt werden soll, hofft die Verwaltung recht günstige Erfolge zu erzielen.

50 000 Tonnen Kauffisch vom Himmel gefallen

„Im den Ansehen einer gewissen Wirtschaftsführung zu geben, wird in den Berichten über den Gummimarkt fast täglich die Quantität der vorhandenen Vorräte angegeben. Wieso es trotzdem zu den größten Kurschwankungen und Störungen des Marktes kommen kann, zeigt ein dieser Tage von einem kapitalistischen Blatt veröffentlichter Bericht über den Gummimarkt in London, in dem wir lesen:

„Am 31. Oktober beliefen sich die Vorräte auf den malayischen Inseln „offiziell“ auf 74 554 Tonnen. Die Verschiffungen für November betragen 70 494 Tonnen. Für Verschiffung auf Grund von Vorräten bei normaler Monatsproduktion verbleiben demnach 4000 Tonnen. Die normale Monatsproduktion beträgt 25 000 Tonnen, so daß mit obigen 4000 Tonnen für den Dezember Verschiffungen von circa 30 000 Tonnen verbleiben. Die heutigen Ankündigungen melden jedoch nicht weniger als 80 000 Tonnen. Mit anderen Worten: 50 000 Tonnen sind sozusagen plötzlich aus dem Himmel gefallen.“

Das Blatt stellt dann verschiedene Betrachtungen an, wo diese Quantität herkommen „könnte“. Es muß zugegeben, daß in den offiziellen Marktberechnungen zahlreiche sehr wichtige Faktoren überhaupt nicht berücksichtigt werden!

Zusammenhang in der sächsischen Gardinenindustrie. Die Firma Oskar Falkenstein, Gardinenfabrik in Wauen, und Vereinigte Gardinenfabriken Gustav Langer & Co., G. m. b. H. in Wauen, haben sich zu einer Kartellgemeinschaft vereinigt. Sie haben die Firma Falkenstein, Langer & Co., Gardinenfabrikation Wauen i. Vogtl., gegründet, die diese beiden Stammfirmen ab 1. Januar 1929 gemeinsam betreiben und Ein- und Verkauf bewirken soll.

Reicht Dir das Geld nicht aus, geh ins Central-Kaufhaus!

Sie kaufen dort zu genau denselben Preisen wie in jedem anderen Waren- oder Kaufhaus und erhalten

Kredit bis zu 6 Monaten!

Central-Kaufhaus G. m. b. H., Brühl 25 im Neubau Goldene Eule

Leipziger Rundfunkprogramm

Donnerstag, 20. Dezember.
 14,15 Uhr: Bücherbesprechung der Sächsischen Landesbibliothek Dresden. Dr. Jakob Jachnow: „Sächsische Sagen und Heimatkunde.“
 15,00 Uhr: Frostmeldungen.
 Anschließend: Schallplattenkonzert.
 16,30 Uhr: Konzert. Leipziger Rundfunkorchester. Dirigent: Wilhelm Metlich.
 18,05 Uhr: Steuerrundfunk.
 18,20 Uhr: Weiterverausgabe, Zeitangabe und Arbeitsnachweis.
 18,30—18,55 Uhr: G. van Eyleren, C. M. Alfieri: Spanisch für Fortgeschrittene. (Deutsche Welle, Berlin)

18,00 Uhr: Otto Jensen, Gera: „Vom Handarbeiter zum Fordarbeiter.“ III.
 19,00 Uhr: Prof. Dr. Schmidt-Henner, Leipzig: „Das Britische Weltreich.“ (Der Lebensraum, eine geographische Betrachtung.)
 20,00 Uhr: Aus Wiener Operetten. Die Dresdner Philharmonie Leitung: Ewald Mörike. 1. Suppé: Ouvertüre „Die schöne Galathée“. 2. Strauß: „Mazurka-Walzer aus „Eine Nacht in Venedig“. 3. Suppé: „Fantasie aus „Bocaccio“. 4. Strauß: Ouvertüre „Karnaval in Rom“. 5. Millöder: „Walzer aus „Der arme Jonathan“. 6. Suppé: „Fantasie aus „Fattiha“. 7. Strauß: Ouvertüre „Fledermaus“.
 21,30 Uhr: Weichbild von Magdeburg. Aus ihrem Werk: „Das fliegende Licht der Gottheit.“ Vortrag: Frau Susanne Tie-mann, Leipzig.

22,15 Uhr: Funkpranger.
 22,20 Uhr: Pressebericht und Sportfunk. 22,45 Uhr: Funkstille.
Eingelaufene Schriften.
 Hermann Gester, Der historische Materialismus, Buchhandlung für Arbeiterliteratur, Berlin.
 Josef Brelinski, Kol gegen Kol. Erzählungen. Deutsche Verlags-Anstalt Stuttgart, Berlin, Leipzig.
 Charmin Gordon, Jof London. Sein Leben. Sein Werk. Mit einem Nachwort von Artur Hellinger. Buchverlag Gustavberg, Berlin.
 Harold Dana, Dichtungskunst, Vebertiger der Erde. Vau-Lit-Verlag, Leipzig.
 Manfred Schuler, Durch Dalmatien. Als zu den schwarzen Bergen. Mit 68 Bildern. Walter-Verlag, Leipzig.
 Sophie Hansenfeld, Taktik der Erziehung Ein Leitfaden für Eltern und Lehrer. Verlag von G. Hirzel, Leipzig.

Leutack
 Brotschneidemaschine mit Rundmesser weiß lackiert M 1000
 mit 2 Meter Zuleitung 2 Jahre Garantie komplett M 800

weiß lackiert
 geeicht 5 10 kg M 1500 1700
 weiß lackiert, nicht geeicht 5 oder 0 kg M 900

verzinkt
 5 8 10 M 500 625 750

mit 2 Aufsätzen Mk. 70.-
 reibt rohe Kartoffeln, schnitzelt jedes Gemüse

Ein fortgeschrittenes Werkzeug
 5 Jahre Garantie 39cm Walzenbreite Mk. 165.-

Sedor Groß Eisenhandlung
 L.L. Josephstraße 47 Tel. 43374 x Linie 2

Schultaschen und Ranzen



In Rindleder von Mk. 5.75 an
 Frühstückstaschen
 Schreibetuis
 in großer Auswahl

Aktenmappen



In Rindleder, 40 cm, mit Griff von Mk. 4.75 an

F. A. Winterstein
 Gegr. 1828 Hainstr. 2

Paul Baumann Fischwaren-Groß-Handlung
 Tel. 14222 Windmühlenstr. 42 und Nürnberger Str. 3

Drei große Schellfisch-Spezial-Tage

Prachtvoller blutfrischer **Schellfisch 3 Pfund** im Anschnitt **95**
 Fischgewürz gratis
Grüne Heringe 1 Pfund 25 - 4 Pfund **75**
 — Bratfertige Fischfilets und Koteletten — Die beliebtesten

Voll-Fett-Heringe für Heringsalat besonders fein
10 Stück 48 und **10 Stück 75**
 Heringsmilch oder Kapern gratis

Achten Sie auf mein **Weihnachts-Angebot** am Freitag, dem 21. Dezember 1928

Neue Fett-, Schotten-, Maljesheringe, Fischmarinaden, Räucherwaren zu billigsten Preisen

Achten Sie bitte auf **Nürnberger Straße 3**

Besonders preiswerte Apparate

Fortuna-Schatulle
 wie nebenstehend abgebildet, Gehäuse 35 x 24 x 32 cm mit Doppellederwerk, Tonarm mit Klappbügel, für **Mk. 50.-** gegen Barzahlung oder Mk. 12.- Anzahlung u. 4 Monatsraten à Mk. 10.-

Polyphon-Schatulle
 wie nebenstehend abgebildet, Gehäuse 40 x 40 x 29 cm. Doppellederwerk, Electric-Schalllöse für **Mk. 65.-** gegen Barzahlung oder Mk. 18.- Anzahlung u. 4 Monatsraten à Mk. 12.50

Fortuna-Schrank
 wie nebenstehend abgebildet, Doppellederwerk, Schlangentonarm, II. Ausführung, für **Mk. 90.-** gegen Barzahlung od. 5 Monatsraten à Mk. 19.-

Besichtigung und Vorführung jederzeit unverbindlich.
Jul. Heinr. Zimmermann
 Leipzig, Goethestraße 1 (am Augustusplatz)



Weihnachts-Angebote

in: Oberhemden Spitze, Wopelme **6.25 8.75 9.90**
 Gesellschaftshemden **4.90 7.50 10.75**
 Kravatten reine Seide **1.95 3.75 4.90**

Größte Auswahl / Beste Qualität!

H. Hans Zollner
 Zeltzer Straße, Ecke Sophienstraße



Schenkt Serenola
 SPRECHAPPARATE schon von 25 M Barpreis an. Und

Mifa
 KINDERRÄDER

Preise bedeutend herabgesetzt
 Knabenräder 68 M - Mädchenräder 71 M bar

TEILZAHLUNG VON 2 M AN
FABRIK-VERKAUFSSTELLEN:
 Leipzig, Nürnberger Straße 54, Enke Liebigstr., Lellner Hermann Sohnharz, L.-Schulze, Sietlinger Str. 91, Lellner Bruno Weber Leipzig C, Reitzenhainer Str. 1, Am Ostplatz, Lellner Hanka & Keller

Otto Blockhaus
 Uhren und Goldwaren
 Optische Artikel
 Lieferant der Krankenkassen
 Gegründet 1901
Wurzner Straße 17

Familien-Nachrichten

Nachruf.
 Am Sonnabend, dem 15. Dezember verschied nach kurzem Krankenlager die Genossin

Margarete Winter

Wir verlieren in ihr ein langjähriges, treues Mitglied, dessen Andenken wir stolz in Ehren halten werden.

SPD.-Ortsgruppe Papitz.

Es ist mir ein Bedürfnis, für die zahlreichen Beileidsbeweise aus Anlaß des Todes meiner teuren, unvergeßlichen Frau

Margarete Winter

sowie allen Teilnehmern an der Trauerfeierlichkeit aufrichtigsten Dank zu sagen. Vielen Dank auch dem Redner der Freidenker, Genossen Grundmann, für seine trefflichen Worte und den werten Sängern der Leipziger Volkszeitung für den Gesang Papitz bei Schkeuditz, am 19. Dezember 1928

ANTON WINTER im Namen der Hinterbliebenen

Infolge eines Unfalles verschied am 16. Dezember 1928 nach schwerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden, unser lieber Sohn

Kurt Friedel

im blühenden Alter von 25 Jahren
 Dies zeigt tiefbetrübt an

Leipzig W 32, den 19. Dezember 1928, Würzburger Str. 2

Familie Hugo Friedel nebst Angehörigen
Irma Kubik als Braut
Familie G. Kubik.

Einschierung findet Donnerstag, den 20. Dezember, 14 Uhr, von Kapelle des Südfriedhofes, aus statt.

Für die wohlthuenden Beweise herzlicher Anteilnahme beim Heimgange unserer lieben Entschlafenen

Fräulein Erna Nürnberger

sprechen wir allen unsern innigsten Dank aus. Besonders Dank Herrn Theo Mayer für sein großzügiges Wort, den Hausbewohnern sowie der Firma Michaelis & Co. u. den Arbeitskollegen.

Leipzig, Margaretenstr., im Dez. 1928.

Familie Otto Nürnberger
 im Namen sämtlich. Hinterbliebenen.
 Für aber, liebe Erna, ruhen wir ein Ruhe sein in dein allzeitiges Grab nach

Abonnenten berücksichtigt bei Guren Einkäufen die Interenten der Leipziger Volkszeitung



Weihnachtszauber

Weihnachten, das sogenannte Fest der Liebe, ist im Anzuge. Alt und jung, groß und klein, Arm und Bein machen sich bereit, die Welt des Alltags mit ihren kleinen, unbedeutenden Mühen und Berdrücklichkeiten zu vergessen und so zu tun, als ob dieses Leben eines der schönsten sei.

Die Heilsarmee ist auch wieder emsig dabei, an dem wärmenden Feuer der Liebe ein Stüppchen für sich und teilweise auch für andere zu kochen. Die Geschäfte machen mehr oder minder gute Geschäfte und die dürfen — auch deswegen die ganze Sonntage vor Weihnachten sich mit dem Publikum abärgern; gibt es doch Ueberstunden bezahlt. Weihnachtsstimmung! — Sola.

Jede Stadt- und Dorfgemeinde, die auch nur ein bißchen auf sich hält, zeigt, daß sie's ebenso gut mit der Liebe kann wie die privaten diesbezüglichen Unternehmer. „Jedem Deutschen, gleichviel welchen Glaubens und welcher Weltanschauung, seinen Weihnachtsbaum!“ Dies ist das Zeichen, in dem die Liebe aggressiv wird; und dann gehen sie hin und pflanzen öffentlich den Weihnachtsbaum für alle und stecken elektrische Kerzen daran.

Postdienst während der Weihnachtszeit

Am Sonntag, dem 23. Dezember, können bei den Postämtern in Leipzig von 8 bis 9,30, 11 bis 12,30 und 15 bis 18 Uhr Pakete jeder Art ohne Erhebung der besonderen Einlieferungsgebühr, so wie Büchsen ausgeliefert werden. Die Postausgabestellen sind an diesem Tage von 8 bis 18 Uhr geöffnet.

Am Montag, dem 24. Dezember, werden die Postkassen in Leipzig, wie in den Vorjahren, im allgemeinen um 16 Uhr geschlossen. Der Briefzustellendienst wird um die gleiche Zeit zu Ende geführt sein. Die Briefkastenentleerungen werden so geregelt, daß die letzte Leerung gegen 19 Uhr beendet ist.

Die Möglichkeit, Pakete jeder Art ohne Erhebung der besonderen Einlieferungsgebühr beim Postamt Leipzig N 18 (Postbahnhof, Kohleischstraße) zu jeder Stunde einzuliefern, besteht für Sonntag, den 23. Dezember, bis abends 18 Uhr, für Montag, den 24. Dezember, den ganzen Tag und auch in der Nacht vom 24. zum 25. Dezember.

Am 1. Weihnachtsfeiertag wird in Leipzig außergewöhnliche Paketzustellung ausgeführt. Die Paketausgabestellen sind am 25. Dezember von 8 bis 12 Uhr, am 26. Dezember von 8 bis 9,30 Uhr geöffnet. Am 2. Weihnachtsfeiertage ruht der gesamte Zustellendienst.

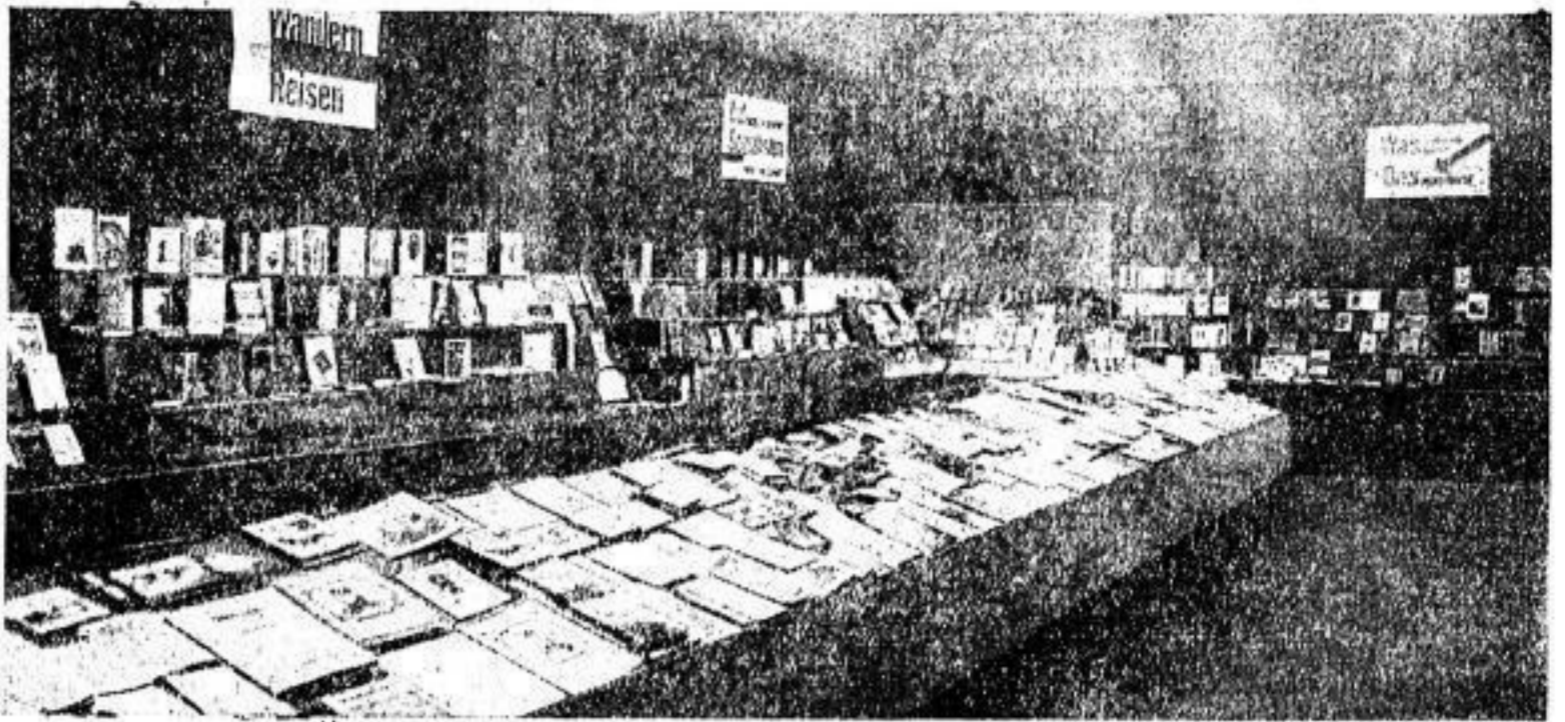
Explosion eines Dieselmotors

Statt Brechluft wurde Sauerstoff geliefert

In der Pelzveredlungsanstalt Dr. Karl Wille, Leipzig-Blumenau, Angerstraße 23, ist gestern um 12,15 Uhr ein Dieselmotor explodiert.

Zum Antrieb des Dieselmotors wurde ständig Brechluft verwendet, die in Flaschen lagerte. Zur Speisung des Motors öffnete ein Schloffer gestern eine Flasche, worauf plötzlich die Explosion erfolgte. Hinterher stellte sich heraus, daß die Flasche gar nicht mit Brechluft, sondern mit Sauerstoff gefüllt war. Die Verwechslung ist augenscheinlich bei der Lieferung erfolgt. Durch die Explosion wurde die Decke im Maschinenhaus durchgerissen, sowie fast sämtliche Fensterstößen zertrümmert.

Weihnachtsmesse der Arbeiterunternehmen



Die Ausstellung der Buchhandlung der Leipziger Volkszeitung

Zwölf Ausstellungen sind es, die gegenwärtig das Volkshaus beherbergt. Ausstellungen von Unternehmungen der Arbeiterchaft. Der große Saal des Volkshauses samt Nebengalerien und Galerien ist in eine Ausstellungshalle mit vielen Nischen umgewandelt. Vom Hauptingang aus rechts befindet sich die Ausstellung der Buchhandlung der Leipziger Volkszeitung.



Die Vindcar-Ausstellung

schöngeistige sowohl als auch Kampfliteratur, gewerkschaftliche wie politische. Auch Kinderliteratur ist gut vertreten, sowie Märchen-, Bilder- und Malbücher aller Art.

Im Mittelraum hat der Konsumverein Platz genommen. Auf zwei gut ausgestatteten Tischen zeigt er Kolonial- und Fleischwaren. Dazwischen auf hohem Podium eine Kleiderschau, bei der eine stattliche Zahl von Vorführerinnen Ausstellung, Schnitt und Sitz der vorgeführten Kleidung besonders hervorheben.

Von dem Ausstellungsraum des Konsumvereins gelangt man zur Ausstellung der Vindcar-Fahrradwerke, dem von den Gemeindefahrrädern erhaltenen und unterhaltenen Unternehmen, in dem täglich 800 Fahrräder fertiggestellt werden. Von der Vindcar-Kasse tritt man in den Ausstellungsraum der Bädergilde und des Ortsausschusses des DGB.

Auch die geräumige Galerie des Volkshauses ist ganz zu Ausstellungszwecken in Anspruch genommen. Wir finden da den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, der in musterhafter Schau die äußerst interessante Geschichte seines Werdens und Aufstieges gibt.

Ein echter Revolver

Die Brandler-Gruppe hat aus alten Jahrgängen des reaktionären Dresdner Anzeigers ein Inzerat des kommunistischen Landtagsabgeordneten Renner herausgelacht, das sie jetzt durch einen Handzettel in folgender hübschen Aufmachung in den Leipziger Betrieben verbreitet:

„Dresdner Anzeiger“

Bestes Inzerationsorgan für kommunistische Chefredakteure und Kommissare

Die Geburt eines gesunden Jungen zeigen an

Rudolf Renner und Frau geb. Gerhards

Dresden, Privatklinik Kathar St. 29; Prof. Dr. Kühjamen

Obige Anzeige befindet sich in Nummer 233 des „Dresdner Anzeigers“ vom 13. Mai 1927

Der „Dresdner Anzeiger“ ist genau so ein nationalitätstisches und kapitalistisches Kriegsheftungsblatt wie die „Leipziger Neuesten Nachrichten“

„Arbeiterstimme!“

Kommentar überflüssig!

nosenschaftens ins Leben gerufene Volksfürsorge Ausstellung genommen. Besonders Interesse erweckt ein von der Dewog ausgeführter Siedlungsbau in Krimmitschau, das im Modell vorgeführt wird.

Man sieht, es ist gar mancherlei, das von den Unternehmungen der Arbeiter gegenwärtig im Volkshause ausgestellt wird. Aber die Ausstellung hat schließlich den Zweck, zum Kaufen anzuregen. Der Arbeiter, der sich davon überzeugt hat, daß die von seinen



Aus der Geschichte des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Organisationen geschaffenen Produktions- und Vertriebsunternehmen bei sozial besten ausgestatteten Arbeitsbedingungen ebenso preiswert liefert, als die nur durch heftige Lohnkämpfe zu Zustandigkeiten zu bewegenden Privatunternehmen, wird nicht einen Augenblick im Zweifel sein, daß er keinen Klasseninteressen und sich selber dient, wenn er dort kauft, wo er selber Unternehmer ist.

Der nationale Geist der Hochschule

Die Studentenschaft der Universität Leipzig entschied sich, wie bereits kurz mitgeteilt, in einer Urabstimmung gegen den Austritt aus der Deutschen Studentenschaft. Das Ergebnis ist keine Ueberraschung, wenn man weiß, wie liebevoll und ausdauernd die höheren Schulen und Universitäten den nationalen Geist pflegen.

Der Langemarck-Brief und die Haltung der D. St. auf der Tagung in Danzig waren die letzte Veranlassung, daß der Allgemeine Studentenausschuß in Leipzig nach jahrelangem Zögern endlich den Mut fand, den Austritt aus der D. St. zu beschließen. Am 12. Dezember fand darauf in der Universität eine Studentensammlung statt, in der beschlossen wurde, die Frage des Austritts durch eine namentliche Abstimmung zu entscheiden.

Das Resultat dokumentiert die überwiegend völkisch-nationale Gesinnung auch der Leipziger Studentenschaft.

Schon die Haltung der Studenten in der Versammlung ließ erkennen, welches Ergebnis die Abstimmung bringen würde. Die Redner, die für den Austritt aus der D. St. sprachen, suchte man durch Husten und Hin- und Herlaufen zu stören und ihre Reden unverständlich zu machen. Nur der energischen Versammlungsleitung war es zu danken, daß dieses kindische Treiben die Versammlung nicht unmöglich machte.

Durch die ganze Debatte zieht sich wie ein roter Faden die Phrase von der grundsätzlichen politischen Neutralität der Hochschule.

Die Universität, die Wissenschaft ist nach der Meinung der meisten Studenten so eine Dase in der Wüste der Parteierirrung, wobei sie die parteipolitische „Berührung“ der Arbeiterchaft und der beiden Studentengruppen, die sich mit den Arbeitern verbündet fühlen, ganz besonders verabscheuen. Dagegen zeigen die Reden einzelner Studenten schlaglichtartig, daß diese politisch neutrale Hochschule und die unpolitische Wissenschaft nur in ihrer Gehirnen, in ihren nebelhaften Gedanken, nicht in der Wirklichkeit vorhanden sind.

Wo ruft die Pflicht?

Funktionäre.
 Heute Mittwoch, 20 Uhr, im Sanssouci, Elsterstraße,
 Politische Lage von Genossen N. Wipinski.
 Gem. d. K. Kinderfreunde.
 Stütz. Morgen Donnerstag, 18 Uhr, feiern wir Winterferien-
 wende in der Schule. Alle Eltern sind eingeladen.

betonte er mindestens einmal seine Mäßigkeit, obgleich niemand
 daran zweifelte.

Ein anderer Student zitierte Prof. Krüger, der in einer
 Vorlesung (1) etwa folgendes gesagt hat: „Die Studenten müssen
 politisch sein, unsere Zeit verlangt es, aber politisch in einem
 weiteren Sinn. Politisch denken, heißt aus Vaterland denken, sich
 fürs Vaterland einsetzen, so wie es die Studenten 1914 getan
 haben, die freiwillig zur Verteidigung des Vaterlandes eilten und
 ihr Leben dafür opferten.“

In der Vorlesung wird also Kesselfarbe für nationalpolitisch und
 völkische Politik gemacht, das ist die geprüfte Neutralität und
 die Freiheit der Wissenschaft!

Derartige Gefinnungsäußerungen von Dozenten sind nicht etwa
 Seitenhiebe. Vor dem 9. November z. B. konnten es sich viele
 Dozenten nicht versagen, ihre ablehnende Stellung zu diesem Feiertag
 irgendwie zum Ausdruck zu bringen, wenn es auch meist sehr
 vorsichtig geschah.

Die Arbeiterkraft muß Einfluß auf die höheren Schulen und
 Universitäten bekommen, damit der reaktionäre Geist, der Jahr um
 Jahr die jungen Menschen vergiftet, zurückgedrängt wird. Die Uni-
 versitäten sind jetzt die wirksamsten Stützen der Reaktion. Es ge-
 nügt nicht, die Lehrstühle mit fortschrittlich denkenden Dozenten zu
 besetzen, was gegenwärtig selten möglich sein wird,

vor allem muß den unteren Volksschichten das Studium in
 größerem Umfang ermöglicht werden.

Augenblicklich ist es aber so, daß man alle Einrichtungen, die
 nach der Revolution unter dem Schlagwort „Freie Bahn dem Tüch-
 tigen“ geschaffen wurden, wieder abbaut, wobei die Regierungen
 tapfer mithelfen. Erst kürzlich hat das sächsische Ministerium ver-
 klagt, daß die rationmäßige Zahlung der Gebühren und Kostgelder, die
 für alle minderbemittelten Studierenden eine große Erleichterung
 war, abgeschafft werden soll. Unter den vielen Beteiligten löste
 das größte Empörung aus, aber ein bürgerlicher Vertreter der
 Studenten meinte darauf nur: „Studieren kostet Geld, das muß
 jeder schon vor der Immatrikulation wissen.“ Protest ist an dem
 Fall, daß der betreffende Student das Geld zum Studium aus der
 Studienstiftung bekommt. Jedenfalls hat man schon in diesem Sa-
 mester damit begonnen, die Zahlung auf drei Raten zu beschränken,
 und im nächsten sind nur zwei Raten zulässig. Im darauffolgenden
 kommt wahrscheinlich nur eine Zahlung in Betracht. Die Tendenz:
 zur Erschwerung und Verlängerung des Studiums verläuft sich
 andauernd. Die Gebühren sind für den einzelnen mittellosen Stu-
 denten, der schon große Schwierigkeiten bei der Beschaffung des
 dritteljährigen Lebensunterhaltes hat, eine große Belastung. Dabei
 tragen die Einnahmen, die der Universität auf diese Weise zu-
 fließen, nur 3% Prozent des Gesamtsummes!

Daraus wird klar, daß diese Gebühren nur zur Fernhaltung
 der Arbeiterkraft von den Hochschulen geschaffen sind. Sie sind ein
 wirksamer Schutz des Bildungsprivilegs der Besthenden.

Weil aber die Arbeiterkraft das größte Interesse daran haben
 muß, ihren Kindern den Weg zu den sogenannten „höheren“ Be-
 zufen freizumachen und dieser Weg bei der jetzigen Gesellschafts-
 ordnung in der Regel über die Hochschulen führt, deshalb muß sie
 mehr als bisher ihr Interesse den Hochschulen zuwenden. Je größer
 die Macht der Arbeiter in den Gemeinden, im Land und in der
 Stadt, desto öfter kommen sie in die Lage, wichtige Posten, für die
 die Volkshochschulbildung nicht hinreicht, mit Deuten aus ihrer eigenen
 Klasse besetzen zu können. Jetzt studieren etwa 500 Söhne und
 Töchter von Arbeitern an den deutschen Universitäten, das ist ver-
 schwindend wenig, da die Gesamtzahl der Studierenden circa 100.000
 beträgt. Es gilt die bereits vom Bismarckerrungenen Anstands-
 nisse zu behaupten und die Schranken völlig niederzureißen, die
 vielen Arbeitern den Weg zur Hochschule versperrten.

Anfälle in Leipzig

Gestern um 15,45 Uhr kam die neun Jahre alte Schülerin
 Elfrida Engelmann in der Wohnung ihrer Eltern in der West-
 felder Straße dadurch zu Schaden, daß sie Petroleum in eine offene
 Flamme goß und die Ranne zur Explosion brachte. Das Kind ist
 erheblich verletzt worden und mußte nach dem Diakonissenhaus ge-
 bracht werden.

Von einem Bangerüst in der Kantstraße 28 kürzte gestern
 gegen 17 Uhr der 49 Jahre alte Maler Hermann Bösch. Mit
 schweren inneren Verletzungen mußte er nach dem Krankenhaus
 St. Jakob gebracht werden.

Planetarium. Mit dem 1. Weihnachtstfesttage beginnen
 wiederum die Vorführungen im Planetarium, die infolge Repara-
 turen an der Kuppelspannung für kurze Zeit unterbrochen werden
 mußten. — Gleichzeitig soll aber von jetzt ab in der spielfreien
 Zeit das Planetarium für Kinovorführungen Verwendung finden,

da es die besten Einrichtungen für Kinovorführungen besitzt. Ver-
 eins und Korporationen weisen wir hiermit besonders darauf hin.
 Das Volkshaus teilt mit, daß am 24. und 31. Dezember
 die Diensträume aus Gründen der Heiligkeit, parnis geschlossen
 bleiben. Die Anzeigenaufnahme bei der Kriminalabteilung bleibt
 an diesen Tagen nach wie vor Tag und Nacht geöffnet.
 32. Volkshaus. Weihnachtsfeier. Mittwoch, den
 19. und Donnerstag, den 20. Dezember, 16, 17,30 und 19,30 Uhr,
 im S-Bühnenaal.
 33. Kunststelle. Berichtung. Das Weihnachtsmärchen
 Die Zauberfische findet nicht am 30. Dezember, sondern erst am
 Sonntag, 18. Januar, 10,30 Uhr, im Alten Theater statt.
 Städtische Museen. Am 24. Dezember (Weihnachtsabend) und
 am 31. Dezember (Silvester) d. J. sind das Museum der bildenden

Der Weihnachtsmann bei den Spielzeugmachern



„Dies Jahr wird es mit dem Mantel wieder nichts, Annerl.
 Er bezahlt 5 Mark weniger diesmal.“

Künste, das Stadtgeschichtliche Museum und die Afrika-Ausstellung
 im Grassimuseum von 10-18 Uhr für das Publikum geöffnet. Ein-
 trittsgeld wird an diesen Tagen nicht erhoben.

Versorgungsamt. Auf Anordnung des Reichsarbeitsmit-
 telers bleibt das Versorgungsamt Leipzig am 24. und 31. De-
 zember 1928 geschlossen.

Aufnahmeprüfung an höheren Schulen. Die Aufnahmeprü-
 fungen für die städtischen und staatlichen höheren Schulen finden
 am Mittwoch, dem 16., und Donnerstag, dem 17. Januar 1929,
 statt. Siehe Inserat.

Rentner, Fürsorgeempfänger, Erwerbslose, Kurzarbeiter,
 Kriegsbeschädigte. Ausgabe von frischem Schweinefleisch, gute
 Qualität, Freitag, den 21. Dezember, von 8-15 Uhr, und Sonn-
 abend, den 22. Dezember, von 8-14 Uhr, im Städtischen Schlachthof.
 Einheitspreis das Pfund 1,05 Mark. Der Verkauf verbliebiger
 Lebensmittel findet täglich von 8-13 Uhr, Gerberstraße 3, Glas-
 solonnade, statt. Ausgabe erfolgt nur gegen Ausweis.

Aus der Geschäftswelt

„Kauf Schirme nur im Spezialgeschäft.“ Unter dieser Devise
 rufen die Ortsgruppe Leipzig des Verbandes Deutscher Schirm-Spezialgeschäfte die
 Einwohner zu warnen, sich beim Einkauf von Schirmen nur
 an die einzigen, echten Spezialgeschäfte wenden zu wollen. Die enorme Vermehrung
 in der letzten Zeit der einzelnen Unternehmungen führen für eine ungenügende
 und darum im Interesse des Kunden liegende Bedienung. Es sei ausdrücklich auf
 den Hauptteil der heutigen Nummer hingewiesen.

Ein trahendes Alabasterbild wird Ihr Weihnachtsgeschenk sein, wenn Sie
 Ihren Jungen oder Mädchen ein Fahrrad unter den Christbaum stellen. Die Wilsa,
 Mitteldeutsche Fahrradwerke G. m. b. H., Berlin, konnte auf Grund der Erfolge
 ihres Verkaufsplans „Direct ab Fabrik“ erst kürzlich die Preise der Wilsa-Radern
 und Motorräder bedeutend herabsetzen. Schon für 65 Mark vor aber zu Wochen-
 teilen von 2 Mark können Sie jetzt in einer der 200 Wilsa-Verkaufsstellen
 das bekannte hochwertige Radfahren kaufen. Preiswerte Sprechapparate und
 Nähmaschinen können Sie dort ebenfalls erhalten.

Spiel, Sport, Körperpflege

Ein Geschobener

Am Sonnabend, dem 15. Dezember, fand im Volkshaus zu
 Leipzig die Hauptversammlung der IG, Interessengemeinschaft für
 Leichtathletik, des 1. Bezirkes statt. Die Versammlung war nur
 von 10 Vereinen mit 95 Delegierten besucht. Aus dem Geschäfts-
 bericht war die eifrige Arbeit der letzten Zeit zu ersehen.
 Bei den Wahlen wurde die bisherige Leitung einstimmig
 wiedergewählt. — Der frühere Bezirksvorsitzende A. Fischer brachte
 kurz vor Schluß der Versammlung eine Resolution ein, die sich
 gegen die Beschlüsse des Bundesvorstandes in der Spartakiade-
 Angelegenheit wandte. Bekanntlich sind die früheren Sportler
 Jandl und Seidel, Leipzig, wegen Verstoßes der Spartakiade, trotz des
 Verboles der Zentralkommission, nach Moskau gefahren. Durch
 die dauernde Beschimpfung der Bundesleitungen durch die Leitung
 der Roten Sportinternationale (richtiger kommunistische Sport-
 internationale) waren die Verbände gezwungen, den Verkehr ab-
 zubrechen.

Vorgeschlagen Alfred Fischer, der sich Mitglied der So-
 zialdemokratischen Partei nennt, hatte die Rolle über-
 nommen, auch im Leipziger Bezirk den kommunistischen
 Quertreibern die Stange zu halten. Sein politisches ABC reichte
 nicht einmal so weit, zu erkennen, daß die Rote Sportinternationale
 sich zur Aufgabe gemacht hat, genau wie bei den Parteien und Ge-
 werkschaften, die Arbeiter-Turn- und Sportbewe-
 gung unter der Devise „Einheitsfront“ zu zertrümmern.
 Die Rote Sportinternationale hat mit Absicht aus vielen
 Städten Arbeiterportier auf ihre Kosten nach Moskau
 geschickt, um Unfrieden in unseren Reihen zu säen. Wer diese Zer-
 trümmerungspolitik unterstützt, gehört nicht in die Reihen des Ar-
 beiterturn- und Sportbundes, auch dann nicht, wenn man sich als
 Mitglied der SPD ausgibt.

Die SPD sucht aber Dumme aus der SPD, die sie mit Reso-
 lutionen vorführen, um nach außenhin befähigtzugeben, daß auch
 Sozialdemokraten mit der Politik des Bundesvorstandes nicht ein-
 verstanden sind.

Solche politische WC-Schlingen bilden eine Gefahr für den Be-
 zirk, deshalb: Bezirksmitglieder aufgepaßt, daß aus Leipzig kein
 Berlin wird!

Bestleistungen

der polnischen Arbeiter-Leichtathleten.

Die polnischen Arbeiter-Leichtathletenmeisterchaften 1928 stehen
 einen guten Fortschritt in der Beteiligung wie auch in den
 Leistungen erkennen. Zwar sind die Ergebnisse, mit internationalen
 Maßstab gemessen, noch schwach, für den polnischen Arbeiterportier-
 verband jedoch gegen 1927 bedeutend besser. Gegen 150
 Sportler und Sportlerinnen aus vielen Orten Polens starteten in
 Warschau bei den Meisterschaften. Die Ergebnisse sind:
 100-Meter-Lauf: Sule, Krakau, 11,8 Sek.; 200-Meter-Lauf: Kopec,
 Krakau, 24,8 Sek.; 400-Meter-Lauf: Racamarel, Lodz, 59,2 Sek.;
 800-Meter-Lauf: Andrzejewski, Lodz, 2 Min. 12 Sek.; 1500-Meter-
 Lauf: Bofft, Warschau, 4 Min. 26,4 Sek.; 5000-Meter-Lauf: Bofft,
 Warschau, 16 Min. 58 Sek. Die Olympische Stafette (800, 200,
 200, 400 Meter), Krakau 3 Min. 56 Sek.; 4x100 Meter Krakau
 48,1 Sek.; Speerwurf: Kaminski, Warschau, 42,21 Meter; Kugelhoch:
 Jankowski, Warschau, 9,98 Meter; Hochsprung: Weillich, Warschau,
 1,625 Meter. — Frauenkonkurrenzen: 80 Meter: Stepien-
 niewska, Krakau, 8,8 Sek.; 100 Meter: Sierakowna, Krakau,
 14,8 Sek.; 500 Meter: Stepieniewska, 1 Min. 46 Sek.; 4x100 Meter
 Krakau 70,8 Sek. Weitsprung: Sierakowna, Lodz, 4,14 Meter.

Finnland — Berlin im Boyen unentschieden

Die Mannschaft des finnischen Arbeitersportbundes traf in
 ihrem letzten Kampf in Deutschland auf beachtliche Gegner.
 Die Finnen gewannen nach Punkten das Treffen im Federgewicht
 und einen Kampf im Leichtgewicht. Unentschieden endete die Be-
 gegnung im Mittelgewicht. Berlin gewann durch 1. o. im Leicht-
 gewicht und nach Punkten im Weltergewicht. Gesamtergeb-
 nis 5:5.

Die Erfolge der Finnen in ihren vorangegangenen Kämpfen
 in Deutschland sind gegen Pommern 10:0, gegen Sachsen 8:2,
 gegen Nordbayern 9:1.

Wetterbericht der Arbeiter-Turn- und Sportschule

Obermittelel. 8 Grad Ralte, 70 Zentimeter Schneehöhe, gefr. St. und Nebel
 sehr gut.
 Gohlfeld. 11 Grad Ralte, 81 Zentimeter Schneehöhe, gefr. St. und Nebel
 sehr gut.
 Annaberg-Burgberg. 9 Grad Ralte, 64 Zentimeter Schneehöhe, gefr. St. und Nebel
 sehr gut.
 Johannisberg. 7 Grad Ralte, 60 Zentimeter Schneehöhe, gefr. St. und
 Nebel sehr gut.
 Kuesberg. 10 Grad Ralte, 60 Zentimeter Schneehöhe, Pulverschnee. St. und Nebel
 sehr gut.
 Schölk. 9 Grad Ralte, 65 Zentimeter Schneehöhe, verfr. St. St. und Nebel
 sehr gut.
 Mühlberg. 11 Grad Ralte, 65 Zentimeter Schneehöhe, Pulverschnee. St. und Nebel
 ausgefr. St.
 Rippdorf, Wahrenfels. 8 Grad Ralte, 26 Zentimeter Schneehöhe, Pulverschnee. St.
 und Nebel sehr gut.
 Bad Seifritz. 8 Grad Ralte, 20 Zentimeter Schneehöhe, gleichmäßig. St. und
 Nebel sehr gut.
 Döhlen. 10 Grad Ralte, 25 Zentimeter Schneehöhe, Pulverschnee. St. und Nebel
 sehr gut.

Kauft Schirme nur im Spezialgeschäft!

Schirme als Weihnachtsgeschenke sind beliebt!

Der Einkauf im Spezialgeschäft bietet Garantie für
 preiswerte und fachgemäße Bedienung / Wir empfehlen
 Einkauf bei unseren nebenstehenden Mitgliedern, denn:

Schirmkauf ist Vertrauenssache

Verband Deutscher Schirm-Spezialgeschäfte, Ortsgr. Leipzig

Wir empfehlen:

ZENTRUM:

- Richard Altenkirch, Windmühlenstr. Ecke Kurprinzstr. 19
- Clemens Dietze, Kolonnadenstr. 26
- Alb. Frommhold, Peterssteinweg 16
- J. G. Gassmann, Kurprinzstr. 7, Ecke Lepplaystr.
- Erich Hampel, Grimmaische Str. 8
- Gustav Hampel, Hainstr. 31
- Bernhard Hillert, Bayerische Str. 23
- Werner Kauruff, Reichsstr. 14
- Paul Kleemann, Tauchaer Str. 16 und Gundacker Str. 18
- A. Lehmann (Robert Werner), Richard-Wagner-Platz 1, gegenüb. Kaufh. Brühl

C. A. Petschke, Universitätsstr., Ecke Gewandgäßchen 1

Julius Strobel, Petersstr. 19

OSTEN:

- Emil Böhme, Wurzner Str. 13
- Wilh. Matthe, Reitzenhainer Str. 19
- Max Müller, Eisenbahnstr. 36
- Horst Schmidt, Papiermühlstr. 3

WESTEN:

- Fritz Handorf sen., Kuhlurmstr. 4
- Fritz Handorf jr., Karl-Heine-Str. 56

NORDEN:

- Louis Mietantz, Hallische Str. 102
- Georg Tietzschler, Kaiser-Friedrich-Str. 21

Sächsische Angelegenheiten

Das Reichsgericht gegen Sachsen

Von H. Neu, M. d. L.

Als die Landtagsfraktion der SPD, nachdem die Klage des Zentrums und der USPD vor dem Staatsgerichtshof kein sachliches Ergebnis erzielt hatten, ihrerseits Klage beim Staatsgerichtshof erhoben hatte, war es der sächsischen Regierung klar, daß es nunmehr kein Ausweichen mehr gäbe, aber auch, daß der Staatsgerichtshof nach seiner bekannten Rechtsprechung gegen sie entscheiden müsse, soweit die Verfassungswidrigkeit der angefochtenen Bestimmungen des sächsischen Wahlgesetzes in Frage kam. Ihr kam es nunmehr darauf an, den Staatsgerichtshof nach Möglichkeit auszuhalten. Sie machte deshalb ein Verfahren nach Art. 13 Abs. 2 der Reichsverfassung beim Reichsgericht anhängig, der bestimmt:

„Bestehen Zweifel oder Meinungsverschiedenheiten darüber, ob eine landesrechtliche Vorschrift mit dem Reichsrecht vereinbar ist, so kann die zuständige Landeszentralbehörde . . . die Entscheidung eines obersten Gerichtshofes des Reiches (das ist das Reichsgericht) anrufen.“

Der Staatsgerichtshof ist nämlich nur zuständig, „soweit nicht ein anderer Gerichtshof des Reiches zuständig ist“ (Reichsverfassung Art. 10). Durch Verurteilung des Reichsgerichts sollte die Unzuständigkeit des Staatsgerichtshofs herbeigeführt werden. Wie die Staatskanzlei bekanntgibt, hat das Reichsgericht seine Entscheidung gefällt und sie der sächsischen Regierung am 13. Dezember 1928 zugestellt. Wie niemandem außer der sächsischen Regierung zweifelhaft sein konnte, ist die Entscheidung gegen die sächsische Regierung ausgefallen, das heißt, das Reichsgericht hat die angefochtenen Bestimmungen des sächsischen Wahlgesetzes für unvereinbar mit der Reichsverfassung erklärt. Welche Bestimmungen des sächsischen Wahlgesetzes der Begutachtung des Reichsgerichts unterbreitet worden und nunmehr durch die Entscheidung des Gerichts ohne weiteres weggefallen sind, darüber läßt sich die Staatskanzlei nur unklar aus. Es kann aber wohl angenommen werden, daß es die Bestimmungen über die Rautenstellung bisher im Landtage nicht vertrittener Parteien sind, da die Vorlage 65 über den Entwurf eines Gesetzes zur

Änderung des Landeswahlgesetzes,

über den der Landtag am 6. Dezember 1928 verhandelte, diese Bestimmungen zu beseitigen vorsieht. Der Landtag verwies die Vorlage an den Rechtsausschuß. Ihre weitere Behandlung übertrug sich durch die Entscheidung des Reichsgerichts. Denn in dem Reichsgesetz zur Ausführung des Art. 13 Abs. 2 der Reichsverfassung vom 8. April 1920 wird bestimmt (§ 3):

„Die Entscheidung (des Reichsgerichts) erfolgt durch Beschluß. Der Beschluß ist mit Gründen zu versehen und den beteiligten Zentralbehörden von Amts wegen zuzustellen. Die Reichsregierung hat die Entscheidung ohne Begründung im Reichsgesetzblatt zu veröffentlichen. Die Entscheidung hat Gesetzeskraft.“

Es ist deshalb eine

Zerföhrung der Öffentlichkeit

durch die Staatskanzlei, wenn sie am Schluß ihrer Ausführungen schreibt: „Es ist hiernach zu erwarten, daß auch der Landtag alsbald nach seinem Wiederzusammentritt die Aufhebung jener Vorschriften entsprechend der Regierungsvorlage beschließen wird, um auch den Inhalt des sächsischen Gesetzes mit der Rechtslage in Einklang zu bringen.“

Der Landtag hat sich mit der durch die Entscheidung des Reichsgerichts geschaffenen Gesetzes, das mit seiner Verkündung wirksam wird und für alle, nicht nur für die unmittelbaren Streitparteien (sächsische Regierung und Reichsregierung, wenn diese sich an dem Verfahren beteiligte) gilt, überhaupt nicht mehr zu beschäftigen. Das sächsische Wahlgesetz ist nunmehr durch Wegfall der verfassungswidrigen Bestimmungen bereinigt, es ist mit der Rechtslage nicht mehr in Einklang zu bringen, diese Rechtslage ist nunmehr eindeutig und zweifelsfrei

Kraft des Vorstoßes der SPD

gegeben. Wie wirkt sich diese Rechtslage auf die Klage der SPD aus? Ihr Antrag geht dahin:

- 1. § 14 Abs. 8 des Landeswahlgesetzes für den Freistaat Sachsen in der Fassung vom 6. Oktober 1926, sowie § 30 Abs. 2, 36 Absatz 1 Satz 2 der Landeswahlordnung vom 6. Oktober 1928 verstößen gegen Art. 17 der Reichsverfassung.
2. Die am 31. Oktober 1928 stattgefundenen Wahlen des Sächsischen Landtages sind ungültig. Der Landtag besteht in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung zu Unrecht; er wird aufgelöst. Die Regierung des Freistaates Sachsen ist verpflichtet, die Neuwahl des Sächsischen Landtages auf Grund der Bestimmungen

des Landeswahlgesetzes in der Fassung vom 6. Oktober 1926 unter Fortfall des § 14 Abs. 8 herbeizuführen.

Zweifellos hat sich der Antrag 1 durch die Entscheidung des Reichsgerichts erledigt. Der Streit wird nunmehr darum gehen, daß der Staatsgerichtshof die im Antrag 2 verlangte Forderung zieht. Seine Befugnis dazu steht außer Zweifel. In den bisherigen gleichgelagerten Streitfällen hat er abgelehnt, die Ungültigkeit der in Frage kommenden Wahlen auszusprechen, und ausgeführt, solche Forderungen zu ziehen, sei zunächst nicht seine Sache, sondern der dazu berufenen Landesstellen. Erst wenn sich an ihren Maßnahmen erneut Streit anzulösen sollte, könnte ein weiteres Verfahren vor dem Staatsgerichtshof in Frage kommen. Hält der Staatsgerichtshof an dieser Auffassung fest, so müßte, da nach der sächsischen Verfassung die Regierung nicht das Recht hat, den Landtag aufzulösen, dieser als die zuständige Landesstelle zunächst selbst einen Beschluß fassen. Es ist wohl anzunehmen, daß die sozialdemokratische Landtagsfraktion den Spruch des Staatsgerichtshofs nicht erst abwarten wird, sondern den Landtag gleich bei seinem Zusammentritt im Januar 1929 mit Rücksicht auf die Entscheidung des Reichsgerichts, nach der die Grundzüge des Landtages, das Wahlgesetz vom 6. Oktober 1926, in wesentlichen Punkten verfassungswidrig ist, vor die Entscheidung stellen wird, seine Auflösung auszusprechen.

Die Demokraten, deren Presse ständig ausgeführt hat, daß der Landtag zu Unrecht besteht, weil er auf Grund verfassungswidriger Bestimmungen gewählt ist, werden dann Gelegenheit haben, zu zeigen, ob sie mit den Reaktionen weiter Hand in Hand arbeiten und damit ihren letzten Kredit in Sachsen verlieren wollen.

Das Reichsgericht, das wahrscheinlich erst im September 1929 angerufen worden ist, hat in Unkenntnis seiner Geschäftslage schnell gearbeitet, schneller sicher als die sächsische Regierung erwartet hatte. Wenn der Staatsgerichtshof, dem die Entscheidung des Reichsgerichts bei seiner engen Verbindung mit dem Reichsgericht sofort bekanntgeworden ist, bisher keinen Verhandlungstermin auf die Klage der SPD angesetzt hat, so ist wohl anzunehmen, daß er zunächst dem

Landtag das Wort lassen will.

Das Urteil des sächsischen Parteipresse

Die Volkszeitung für das Vogtland:

„Herr Heide und sein Ministerialdirektor Dr. Schulze suchen also die Dinge so darzustellen, als ob die sächsische Regierung von sich aus bereits alles getan habe, um den verfassungswidrigen Zustand in Sachsen zu beseitigen. Daß der Landtag und damit auch die Regierung auf verfassungswidrige Weise zustande gekommen ist, kümmert anscheinend die Herrschaften gar nicht. Noch weniger, daß auf eine gleiche Entscheidung des Staatsgerichtshofes hin

in Hamburg und in Mecklenburg-Strelitz sofort Neuwahlen stattgefunden haben.

Das ist aber gerade der politische Kern der Entscheidung des Reichsgerichts.

Zunächst müssen wir verlangen, daß der genaue Wortlaut der Reichsgerichtsentscheidung sofort von der sächsischen Regierung veröffentlicht wird. Mit dem Verurteilungsspruch des Staatsgerichtshofes vermag die Öffentlichkeit nichts anzufangen. Zum anderen verlangen wir, daß nunmehr der Staatsgerichtshof unverzüglich zu der sozialdemokratischen Klage Stellung nimmt, die bekanntlich vor allem eine Entscheidung darüber verlangt, ob der gegenwärtige Landtag formal zu Recht besteht, oder ob er aufgelöst ist.

Wenn im deutschen Staatsrecht noch irgendwelche Logik bestehen soll, nachdem in Hamburg und in Mecklenburg hat neugewählt werden müssen, dann muß der Staatsgerichtshof auch im Falle Sachsen aussprechen, daß der Landtag zu Unrecht besteht und aufgelöst werden muß. Die sozialdemokratische Partei muß sich auf den Standpunkt stellen, daß die Heide-Regierung mit der Entscheidung des Reichsgerichts

jede Rechtsautorität verloren

hat und darf nicht eher ruhen, bis diese verfassungswidrige Regierung und der auf ungegesetzliche Weise gewählte Landtag beseitigt sind.“

Die Chemnitzer Volksstimme:

„Die Herren um Heide versuchen, und das wird in der Notiz der Staatskanzlei ja offen zum Ausdruck gebracht, die peinliche Angelegenheit dadurch zu erledigen, daß sie die gesetzlichen Bestimmungen „abändern“ lassen (über eine entsprechende Vorlage der Regierung ist an dieser Stelle schon gesprochen worden).

Damit kann der Fall natürlich nicht erledigt sein. Jetzt, nachdem das Reichsgericht entschieden hat, müssen unbedingt Neuwahlen erfolgen. Wenn in dieser Regierung noch ein Funken von eigentlich selbstverständlichem politischen Rechtsbewußtsein steckt, würde sie selbst dem Landtag die Auflösung vorschlagen. Daß diese Regie-

lung aber nicht im mindesten daran denkt, solche Konsequenzen zu ziehen, bescheinigt ihr ja auch das demokratische Leipziger Wort, die Zeitung eines Teils der Koalitionsgenossen . . .

Da die Regierung von sich aus nicht die Konsequenz zieht, muß die Initiative vom Landtag ausgehen. Wir gehen wohl nicht fehl in der Annahme, daß der entsprechende Antrag nicht auf sich warten lassen wird. Dabei geben wir uns natürlich nicht der Hoffnung hin, daß die Demokraten endlich das wahr machen werden, was sie so oft und so lebhaft gefordert haben: Anerkennung des Rechtsstandpunktes. Im Gegenteil werden wir wahrscheinlich erleben, daß die Regierungsfraktion, wie bei allen bisherigen Gelegenheiten, so auch diesmal, ebenso fest zusammenhalten wird, wie die Herren Minister selbst. Es geht um die Macht.“

Die Parteiführer in Meissen und Oschatz:

„Wenn die Heide-Regierung meint, daß mit der Umgestaltung des Wahlgesetzes die Angelegenheit erledigt sei und damit auch die Klage der Sozialdemokratie gegen die Gültigkeit des sächsischen Landeswahlgesetzes abgebaut werden könne, so befindet sie sich im Irrtum.“

Ein erster Erfolg der sozialdemokratischen Klage ist bereits festzustellen, aber die Klage der Sozialdemokratie beim Staatsgerichtshof verlangt bekanntlich vor allem eine Entscheidung über die Frage,

ob der jetzige Landtag noch als zu Recht bestehend zu gelten habe oder ob er aufgelöst sei.

Die sozialdemokratische Fraktion wird weiterhin ihre Anstrengungen darauf richten, schnellstens eine Entscheidung des Staatsgerichtshofes hierüber herbeizuführen.“

Dresden. Verfehlungen eines Schulleiters. Vor dem Gemeinsamen Schöffengericht Dresden hatte sich der 1877 geborene Lehrer undormalige Schulleiter der Gemeinde Görnewitz, Arthur Hermann Winkler, wegen fittlicher Verfehlungen an Schülern in fünf Fällen zu verantworten. Der Angeklagte wurde wegen Verbrechen nach den Paragraphen 176 Ziffer 3 und 174 Ziffer 1 StGB. in zwei Fällen zu neun Monaten Gefängnis verurteilt, in drei Fällen aber mangels ausreichenden Schulbeweises freigesprochen. Die Untersuchungshaft wird mit drei Monaten in Unterbringung gebracht.

Böbau. Verzweiflungstat eines Kriegsveteranen. Einen tragischen Ausgang nahm das Dasein eines Schmerzkriegsbeschädigten in Dürrennersdorf, der infolge seiner schweren Kriegsverletzungen in steigendem Maße von schweren Krampfanfällen heimgesucht wurde. Er versuchte jetzt, seinem unerträglich gewordenen Zustand ein Ende zu machen, indem er sich mit einem Messer an beiden Armen schwer verletzte und sich den Leib aufschnitt. In hoffnungslosem Zustande wurde er in eine Klinik eingeliefert. Der Unglückliche hatte Frau und Kind.

Chemnitz. Immer noch Trinkwassermangel. Die hiesige Stadtwirtschaft erlitt in der Tagespresse einen erneuten Aufruf an die Bevölkerung, sparsam mit dem Wasser umzugehen.

Riesa. Diebereien bei der G. C. G. Anfangsreich und seit Jahren verübten Diebereien ist man in der Großhandels-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine auf die Spur gekommen. Zwei in den verhehlenden Betrieben tätige Hausmeister entwendeten von den ihnen zugänglichen Warenbeständen erhebliche Posten, tauschten diese untereinander aus oder verwerteten sie auf andere Weise. Die unehrlichen Hausmeister wurden sofort strafflos entlassen. Sie dürften mit einem Bauhandwerker, der in diese Diebereien verwickelt ist, noch ein gerichtliches Nachspiel zu gewärtigen haben.

Lohndisziplin. Tod beim Stilauf. Am Abhang des Auersberges wurde ein Stläufer von einem herabstürzenden Ast so schwer am Kopfe verletzt, daß der Tod sofort eintrat. Der Ast war unter der Last des Raupfahrs abgestürzt.

Zwickau. 32 000 Mark eines Sparvereins veruntreut. Die Kassiererin eines Sparvereins, dem zumest ärmere Leute angehören, mußte kürzlich feststellen, daß ihr Kassierer, ein Gewerbetreibender, 32 000 Mark veruntreut hatte. Durch Eingreifen anderer Kassierer konnten die Sparer zunächst befriedigt werden.

Schnelle Heilung

aller Wunden und Verletzungen führt die Vasenol-Wund-u. Brandbinde. Sie wirkt schmerzstillend und verleiht nicht mit den Wunden. In jeden Haushalt Vasenol-Wund-u. gehört deshalb die

Giganten der Landstraße

Ein Rennfahrer-Roman von André Reuge

Autorisierte Uebersetzung von Fred A. Angermayer.

Copyright by Sächsische Gutenberg, Berlin.

In der Ecke sah Labourer und laute wie ein Schulfünge an seinem Federhalter

Der Reger Samba-Lakore erzählte unter großen Westen und Rauchbrühen von seinen geistigen Bemühungen um die höchste Höllesteierlein.

Bouarre, Crouffe, Demouder und Argentero saßen beim Kartenspiel.

Andere rekelten sich in bequemen Schaukelstühlen. Am Eingang stand Le Boyer, hatte die Hände in den Taschen und rief:

„Die Sportzeitungen aus Paris sind da!“

Schon sprang die ganze Meute auf und rief sich gegenseitig die rosa, gelben oder grünen Blätter aus der Hand. Auch die Spezialberichterfasser der Rundfahrt hatten es pöchtig sehr eilig.

Novelle überloß, etwas abseits, seinen Artikel im „Stadion“ und lachte kopfschüttelnd über die vielen Druckfehler, die durch Telegrammverfälschung oder durch falsche Interpunktionen entstanden waren.

„Hallo Le Boyer!“ rief Crouffe, mit unfasslicher Vorstabilitimme. „Hoffnung von gestern und Extraklasse von heute, was gibste aus?“

„Bin ich auch genau in der Klassifizierung angeführt?“ fragte jemand in belgischem Tonfall.

Ein anderer wieder sagte zu einem braungebrannten Bolzer: „Siehst, Kleener, daß du vor Le Tréport 'ne Wade gehabst hast! Da steht's gedruckt in der Zeitung! Mensch, deine Mutta wird scheen medern!“

Wöglich aber schwielen alle. Novelle hob den Kopf.

Eine junge und bildhübsche Dame war ins Bestül getreten. Ihr blondhaar schlen Sonne ins Dämmer der Hotelhalle gezaubert zu haben.

„Mensch, die reinste Parfümpulle!“ sagte Crouffe, als sie an ihm vorbeigeschritten war.

Novelle war sehr überrascht und sah auf Mainaug: „Wissen Sie, wer das ist? . . . Die Filmkassierslerin Ovette Landru, Blanc-Mesnils ehemalige Geliebte!“

Dann schwieg er.

5

Nun hatte Blanc-Mesnil sein Rennrad endlich den Mechanikern übergeben und wollte, um sich etwas auszukaufen, vor dem Mittag-

brot noch spazieren gehen. Die Hände in den Hosentaschen, schlenderte er planlos über den Hahnen-Rai in Haude und beschah sich die alten Holzhäuser, deren Vorbauten und Spitzgiebel ihn an vergangene Zeiten, wo es weder Räder noch Autos gab, gemahnten. Die modernisierten und geschmacklos mit Schwefelgelb oder Grünblau bemalten Erdgeschosse dienten kleinen Reppneuppen als Unterschlupf, die die bezeichnenden Aufschriften „Arlettes Tanzbar“, „Gaby-Bar“ und „Zum Lächeln Duonnes“ trugen.

Beim Vorübergehen konnte man übereinandergestellte Tische, schweigende Grammophone und besenführende nackte Arme sehen.

Die zerzauste Mädchen schüttelten vor den Eingängen eimerweise den süßlichen Schmutz der kleinen Reppneuppen in die Gasse.

Sie hatten speckige Schürzen um, und ihre Strümpfe hingen fortzieherartig auf die breiten Holzpantinen nieder. Eine von ihnen sang:

„Alle laßt das Schönheitspflaster von Ovette, dem blonden Laster . . .“

Englische und skandinavische Seefleute, Negerkaffeeure in Pantoffeln und blauen Arbeitsblusen unterhielten sich pfeiferrauchend über die Geheimnisse der kleinen Tanzsalons.

Auf einem Balkon stand eine Frau im Hemd mit schenkelbilden Armen und säuberte vorläufig ihre Rosenstauden von den weiß gewordenen Blüten. Drüben in der Rue de l'Écu näselte eine Harmonika.

Aus tiefen Bottichen stieg eckelhafter Schlammgeruch, den noch penetranter Heringsduft überlart.

Robert! rief eine helle Frauenstimme.

Blanc-Mesnil drehte sich um. Sofort erkannte er Ovette Landru, und sein Herz begann plötzlich schneller zu schlagen.

„Ah — du bist's! . . .“ sagte er ganz einfach.

Schon stand sie lächelnd neben ihm.

„Ich lachte dich seit dem frühen Morgen, Robert! Im Hotel sagte mir der Portier, du seist ausgegangen! Ganz zufällig traf ich dich nun hier . . .“

„Weshalb lachst du mich denn?“ fragte er, lächelnd harz und küßt. „Du weißt doch, daß zwischen uns alles aus ist! Warum lästst du mir also in Le Haure auf die Bude?“

„In diesem Ton sollst du nicht mit mir sprechen! Du siehst doch, daß ich dir nicht im geringsten böse bin!“

„Nichtsdestoweniger aber kommst du im unrichtigen Augenblick!“

„Ich bin doch nicht etwa hier, um dir, wie du sagst, auf die Bude zu rücken! Meine Gesellschaft hat hier in der Nähe einen Kitz niedert, und da gefahren die Kufen aufnahmen fertig geworden sind, kam ich hierher, um das Ende der ersten Etappe zu erleben! Ich war sicher, dich in der Spitze zu finden.“

„Du hast du eben Recht gehabt! Gewinn' du mal mit vier Reifenscheiben!“

„Als ich dein blaues Trikot sah und dich erkannte, wurde mir

doch sehr sonderbar ums Herz! Es freute mich, daß du so großen Beifall hattest! Dein Gesicht war zwar vor Schmutz fast unkenntlich — aber du warst doch schön! . . . Armer Junge! sagte ich mir und hätte fast gemeint, und war so traurig, abdreien zu müssen, ohne dich wenigstens vorher gesprochen zu haben . . .“

„Run — und was willst du mir sagen?“ fragte er, geschmeichelt und ärgerlich zugleich.

„Daß ich in den letzten acht Monaten sehr oft an dich gedacht habe, Robert!“

„Was — das ist schon acht Monate her?“

„Siehst du, du weißt es nicht einmal! Ich aber habe jeden Tag gedacht und mir gesagt: jetzt sind es drei Wochen, jetzt fünf, jetzt schon ein halbes Jahr! . . . Ah, gib mir doch den Arm, Robert, wenigstens solange das Pfaster so miserabel ist . . . wegen meiner hohen Wäsche! . . .“

Der Ring an ihrer linken Hand war ein Geschenk von ihm.

Er fühlte die Wärme des nackten Armes. Im Gehn streifte sie ihn ab und zu mit den Fingern. Deutlicher als an ihr Klebungsparfüm, das er sofort wiedererkannte, erinnerte er sich an den Duft ihres Körpers. Im Geiste sah er sie halbkreisförmig vor dem venezianischen Spiegel stehen und ihr Haar kämmen.

„Du hast dir ja auch einen Bublikopf schneiden lassen!“ rief er aus.

„Selbstverständlich! . . . Kleidet er mich etwa nicht?“

„Im Gegenteil! Wie ein hochgehnähriges Mädel siehst du jetzt aus!“

„Im stillen dachte er: Sie ist wirklich viel hübscher geworden! Na, da bin ich ja in einer schönen Zwidmühle! . . . Wenn mich die Kameraden mit ihr sehen . . .“

Obgleich sie längst wieder auf spiegelglattem Asphalt schritten, hielt sie immer noch seinen Arm und schmiegte ihren Körper an den seinen.

„Warum bist du eigentlich selnerzeit von mir gegangen, Robert? Ich war doch nett zu dir und zärtlich . . . Ich habe dich doch geliebt! . . . Du konntest mit mir doch nichts Ernsthaftes vorwerfen?“

„Ernsthaftes nicht! Aber du hast eben nicht verstehen wollen, daß ein Rennfahrer, und vor allem einer aus der Extraklasse, nicht daselbe ist wie die anderen Männer! Unferner muß auf alle annehmlichen Seiten des Daseins verzichten, da hilft nun einmal alles nichts! Ich habe selnerzeit dir zuliebe den Strakensport mit der Bahn verläßt, und das war meine erste Dummheit! Weißt du mich einmal am Ziel von Bordeaux — Paris dreißig und verläßt mit ankommen sahst, hast du gleich anerkant, daß der ganze Strakensport ein armeliger Beruf sei. Natürlich steht ein Bahnfahrer im laubesten Selbstentwurf und mit brillantem-schönem Scheitel vielseltig eleganter aus! Aber das sind doch schließlich nur Weiberlaunen!“

(Fortsetzung folgt.)

Possen auf dem Kriegstheater

Valeriu Marcu, der Verfasser des seinerzeit in der VB ausführlich gewürdigten Leninbuches, hat ein neues Werk mit dem Titel „Das große Kommando Scharenhorst, die Geburt einer Militärmacht in Europa erschienen lassen (Paul-List-Verlag, Leipzig). Das Buch zeigt in lebensvoller Darstellung und mit meisterhafter Durchdringung des geschichtlichen Stoffes die Geburt der preussischen Militärmacht aus dem Geist der französischen Revolution. Es ist der gleiche historische Abschnitt, dem Franz Mehring einen großen Teil seiner Lebensarbeit gewidmet hat.

Das folgende Bild schildert, wie die Generale auf beiden Seiten, auf der preussischen wie auf der napoleonischen, ihrem Ehrgeiz und der gegenseitigen Mißgunst jedes Opfer zu bringen bereit sind, sogar das des Sieges.

Wie sich die Widerstandskraft während der Krankheit erprobt, so bewährt sich auch ein System in seinen Fehlern und Verirrungen, trotz aller menschlichen Unzulänglichkeiten. Die napoleonische Generalität, die sich auf billigen, für Untertanen berechneten Delibieren so freundschaftlich zu vertragen scheint, lebte in nicht geringerer Feindschaft als der Stab Friedrich Wilhelms. Waren die preussischen Kommandierenden einander labotierende Kriegsmachtdarsteller; führte das Hauptquartier des Herzogs von Braunschweig ein jähzorniges Regiment Eitelkeit gegen das Hohentahles; verzögerte sich auf geheimnisvoller Weise bei Jena die Hilfeleistung des Generals Kämpel für Hohentahles, so gestalteten sich die Zustände des französischen Kommandos bei Auerstedt, wo Scharnhorst stand, nicht anders. Hinter den Fronten konkurrierten die Generale miteinander, führten ihren persönlichen Krieg, der in keinem Bulletin verzeichnet ist. Die Befehlshaber pönneten den Kollegen keinen Sieg; am liebsten reden sie tönenden Auges am offenen Grabe des feindlichen Landmannes. Die Ausnahmehandlung verfolgt mit ihrem geheimen Sammen jedes Hauptquartier, in dem nicht Angst vor der unbedingten Persönlichkeit des Führers die Schale sich in den Gehirnschichten vertieft hat.

Bei Auerstedt, in der Nacht vor der Entscheidung, will der Marschall Davout seine Kräfte mit denen des Prinzen Bernadotte vereinigen. Bernadotte heißt aber keinen Kollegen. Jetzt endlich ist der Augenblick gekommen, den „Liebertätigen“ nicht nur in den Parier Salons zu schneiden, sondern ihm auch wirklich zu schaden. Leider kann er den „Keim“ nicht mit seinen exorbitanten Scharen angreifen, vermag ihn jedoch zu labotieren. Er wäre bereit, tapfer zu sein, Davouts Armee vor Umzingelung, vor Niederdrückung zu retten, um dadurch die Unfähigkeit des Generals zu beweisen. Dazu muß er Zeit gewinnen, um vom Verlauf der Schlacht zu erfahren. Der Prinz tritt mit seiner Armee am 14. Oktober in josh geschickten Manövern an, daß ihm das Kunststück gelang, weder Franzosen noch Preußen zu erblicken. Er ist wirklich ein Strategie; die Einzige seiner Märlche verdient mehrere Ehrenkreuze; sie offenbaren Intelligenz und Genüßlustkraft. Ein Adjutant Davouts, dessen Truppen erschöpft sind, hat schließlich den Prinzen doch erreicht. Bernadotte empfängt ihn ungnädig, böse, steht sich, bemeine um den Sieg geprellt, drückt den Offizier an: „Kehren Sie zu Ihrem Marschall zurück! Sagen Sie ihm, daß ich da sei und daß er keine Furcht haben soll. Reiten Sie!“ Er ist da, aber dieses Da ist nicht das Schlachtfeld und wird es auch nicht werden.

Im Rücken der Armee Friedrich Wilhelms führt auch ein hoher preussischer Offizier gegen seine Landsleute in der Schlacht Krieg. General Graf Koldreuth. Er passiert mit seiner Armee Auerstedt und sucht auf den Höhen, die den Ort umgeben, für sich und seine Truppen einen guten Platz zum Aufstehen. Der Graf hat 18.000 Mann, ist aber bitterböse mit dem Herzog von Braunschweig. Zwanzig Jahre lang hat Koldreuth in allen Kämpfen gegen ihn gewickelt. So viele Tage kann man nicht an einem einzigen verpassen. Er ist auch gekränkt; denn dank feindlicher Intrigen führt dieser älteste General nur in zweiter Linie die Kefereien. Die Schlacht geht ihn nichts an, er ist mit seinem Kerger beschäftigt, sieht genau den Kampf, betrachtet voll Empörung, wie ungeschickt der Braunschweiger leidet. Das habe ich schon immer vorausgesehen! Kein Wille und kein Fischen längerer Offiziere, den verblutenden Preußen zu helfen, nützt etwas; er bleibt hart, wie es sich für einen Krieger ziemt. Der Graf hätte seine Schmerzen Bernadotte erzählen, mit ihm während der Schlacht Tarod spielen können. Der frisch geborene französische Prinz war nur weniger neugierig als der preussische Graf, er wollte den Feind Davout überhaupt nicht sehen, während Koldreuth interessiert auf den „verfluchten“ Braunschweiger herabschaut.

Selbst eine Schlacht in der 22.000 Menschen zugrunde gehen, hat noch Platz für die grüne Komödie, als ob die Generale nach dem Vorbild griechischer Komöden um eine Helena sich bagten, und nicht uneingeschränkt über Wesen verfügten, die nur eine Portion Leben von der Natur bekommen haben, nur einmal sterben können. Eine Helena rettet auch Bernadotte vor dem Kriegsgericht, vor der Wut Bonapartes, biegt seine Karriere wieder gerade und nach aufwärts bis zum schwedischen Thron. Madame Bernadotte, Prinzessin de Ponte-Corvo, ist nicht nur schön, sondern auch die Schwägerin des kaiserlichen Bruders Joseph. Die Frau war auf der Welt vor jeder Strategie, es ist deshalb auch ihr gutes Recht, jeden Strategen zu besiegen.

Bücher vom Kriege

Die Franzosen waren wohl die ersten, die unter Führung von Henri Barbusse („Das Feuer“ und „Marsch“) den Weltkrieg im Roman darstellten, um mit der wahrhaftigen Wiedergabe des Geschehenen die Abkehr vom Kriege zu beschwören. Von wichtigen fremden Beiträgen zum Kriegroman wurden in Deutschland bekannt der vorzügliche Amerikaner John Dos Passos mit den „Drei Soldaten“ (im Paul-List-Verlag) und der Schweizer, der wohl als Weltkriegsliteratur bestehen wird, weil Häsel sich von der Kriegsmaterie als Laie fast ganz befreite und eine Gestalt schuf, die dem Krieg gegenübergestellt, ihn durch Nachgeben und Einverständnis überwindet und vernichtet.

Die deutschen Literaten wußten zunächst mit dem Kriege nichts anzufangen. Unruh und Bindung verdrängten die Kriegsnovellen, die nur auf einen kleinen Kreis von Menschen wirkten, ein gutes Kriegsbuch von E. E. Kisch wurde fast übersehen. Nur Lebenserinnerungen der Politiker und Generale, Sammlungen amtlicher Dokumente, historisch-wissenschaftliche Abhandlungen erschienen. Gelegentlich ein Buch mit Skizzen und Novellen, die das Entstehen und die Psyche des Krieges unerschrocken beschrieben und die Schuldigen anfangen, wie die Bücher von Bruno Vogel („Es lebe der Krieg“, „Ein Gulisch“) und H. O. Henel („Gros im Stachelbraut“). In ihre Reihe gehört ein Buch von Karl Paul Hiesgen: „Von Verdun bis Stinnes“, das soeben im Paderborger Verlag, Hamburg-Bergedorf, erschienen ist und nur eine Mark kostet. Wer sich Prospekt des Paderborger Verlages kommen läßt, wird darin vornehmlich politische und soziale Literatur finden. Hiesgen schildert in vierzehn Miniaturen; was er erlitten hat im Verwundetenlager, im Gefangenenerlager, an der Front, im Quartier. Er beantwortet das Graußige mit Menschlichkeit und tätiger Nächstenliebe an den Leidensgenossen und mit dem Bewußtsein immerwährendes Hasses und des Sozialismus gegenüber dem Giftflüßler und Nutznießer des Krieges, dem Kapitalismus. Für das beste Stück des Buches habe ich „Die letzte Kriegsantilope“

welcher Stigge die direkte Verbindung von Granate und Kriegsgewinn an einem erschreckend deutlichen Beispiel erhellt wird. Hier fand Hiesgen den Anlaß zu einer neuen nützlichen Form. (Im übrigen schreibt er sehr elastisch und hochpathetisch. Dieleichter lieben das manche. Ich bevorzuge gerade bei Kriegsprosa die Klarheit, Richtigkeit, die man bei überhöhten Bildungskonventionen machen muß, vorzuziehen den Eindruck der Worte. Trotzdem bleibt natürlich Hiesgens Buch eine verdienstliche Arbeit.)

Vor anderthalb Jahren lebte in Deutschland die Verleide der großen Kriegseromane ein, in der wir noch heute stehen. Sie begann mit ihren bedeutendsten Werken, dem kostbaren „Soldat Suhrn“ von Georg von der Brunn, und dem großartig komponierten „Streit um den Berganten Felsch“ von Arnold Zweig. Dazu ist jetzt ein drittes bedeutendes Buch gekommen, bedeutend sowohl durch die Kraft eines jungen Erzählers, als durch das neue Thema; den Krieg nicht an der Front zu schildern, sondern die Kriegsmaterie der Heimat zu spiegeln im Erlebnis eines Kadeten. Das Werk von Ernst Glaeser: „Jahrgang 1902“ (Kiepenheuer-Verlag Potsdam) wäre noch stärker, wenn der Inhalt seines zweiten Teiles auch den ersten füllte. Die harten unentmenschten Entschlüssen aus der Überbärtigkeit sind wir schon gewohnt, und sie sind für die Wirkung des Krieges auf die Kadeten nicht so vorbedingend wie Glaeser anzunehmen scheint. Auch zur Struktur der Vorlesung, die literarisch schon genügend durchschaut wurde kann Glaeser nichts Neues oder Beliebiges beitragen, wenn er sie von dem besten Aufsatzlehrer eines „Kadetenmajors“ bereiten läßt. Zudem sind die Meinungen über den roten Major aus ganz anderer als der literarischen Perspektive geschrieben, die der erste Teil des Buches festhalten bemüht ist. Aber trotz solcher Fehler und kleiner Schwächen ist es ein literarischer Akt — die Glaeser überfälligerweise in einer Vorbemerkung verneint — „Jahrgang 1902“ ein sehr gutes, empfehlenswertes Buch von dokumentarischer und literarischer Wert. Die Episode des Protastierjungen Pfeiffer, das Kapitel vom Schützenfest (als welches sich die Weiblichungstage im „Geist“ von 1914“ abspielen) sind großartige Stücke. Man liebt das Buch sehr langsam, weil es tausch Erinnerungen weckt und durch seine frühreife Resignation mit langem Nachdenken befaßt.

Neuerdings häufen sich die Kriegebücher, die einen einfachen Soldaten chronikhaft durch den Weltkrieg begleiten und auf dem Reifeitrennen stehen: Die Geschichte des unbekannten Soldaten. Um den beliebigen Unbekannten noch unbekannter zu machen, wird der Autor geheimgehalten. Zwei Bücher der Art liegen vor. Das eine, im Kurt-Wolff-Verlag, München, erschienen, hat einen langen Titel: „Schlump. Geschichte und Abenteuer aus dem Leben des unbekannten Mueteters Emil Schlump, genannt Schlump. Von ihm selbst erzählt“. Ein Gemisch von Wahrheit und ungenügender Schablonendichtung, und die Wahrheit selber wird billig frisiert. Ein oberflächliches Buch mit falschen Dingen. Schlump ist ziemlich leicht und stumpf und hat außer dem hübschen Pausieren keine Interessen. Dennoch brennt selbst durch Schlumps matte Wiederhabe und seine vielen süßen Kettens das Grauen des Krieges.

Das andere Buch, bei der Frankfurter Societäts-Druckerei erschienen, 412 Seiten, broschiert 4,50 Mark, heißt nur: „Krieg“. So einfach wie die Lieberknecht ist jede Seite. Der Autor nennt sich Ludwig Renn u. n. und Renn heißt auch die Hauptfigur des Buches, die in jähren erzählt. Aber Ludwig Renn soll ein Weidmann sein und auch die Figur des Buches nicht der Autor selber, sondern eine erfundene Gestalt. Man sagt, der Autor sei ein alter Offizier, und das ist sehr wahrscheinlich. Erstens konnte nur ein Mann, dem militärische Dinge in Feld und Blut übergegangen waren, ein wirklich kriegerischer Mensch, die Wirklichkeit des letzten Krieges so überlegen beschreiben. Zweitens erklären sich daraus fast alle Widersprüche und Schwächen der Gestalt Renns und seines Schicksals: die völlige Verweigerung seines Privatlebens, seine gradlinige Beförderung zum Weiblichungstage, seine verdiente Auszeichnung mit dem Eisernen Kreuz I. Klasse, seine reichliche Aktivität in politischen und sozialen Dingen, seine Verständnislosigkeit vorm Zusammenbruch. Bis zur Mitte las ich in heller Begeisterung, dann regte sich oft der Widerpruch gegen Renns Beurteilung jenseitiger Zustände, also von dem Augenblick an, wo die Postsmellen den Schwandel des Krieges durchschauen mußten. Renn ist nur Soldat, unbedingt gehoramt und wenn er noch so verweigert und harknoll den Krieg betrachtet, er rührt nur an seine Kefereien — er kennt nur militärische Kritik. Aber weil er so militärisch ist und in den Feldaktionen einen Sinn fand, wurde sein Buch so klar und gut. „Krieg“ von Ludwig Renn ist das stärkste der hier besprochenen vier Bücher. Vor seiner Kraft der Schablonendichtung verflucht Barbusse. Renn kennt kein Pathos, keine Effekte. Er spricht nicht von Hölle und Weltuntergang, nicht von Gewitter und Chaos; er nennt nur die Sachen. Aber es ist alles da. Wie die Menschen in den Schützengräben stehen, wie sie abwehren und angreifen, ein unfahbares Leben jenseits unserer Welt führen — das ist mit unheimlicher Sicherheit, Schärfe und Härte gestaltet. Wenn Renn ein Gesicht schildert, geschieht es mit der unbedingten Treue des Films. Ich habe selbst in den vordersten Gräben der Champagne und Flanderns gelesen: in dem Buche fand ich die Tage wieder, mit Scheinwerfern beleuchtet. Ich weiß nicht, wie es auf Menschen wirkt, die nie die Front erleben; aber ich meine, onskaulicher, padender, wahrhaftiger kann das äußere Kriegsgeschehen nicht geschildert werden. Eine hervorragende Beobachtungsgabe, ein genaues Gedächtnis, außerordentliche Sprachkraft und menschliche Trinität haben ein Dokument der Schlachten von 1914 bis 1918 geschaffen, wie es in seiner mannigen Begrenzung auf das Kriegsjahre wohl einzig besteht.

Kleine Chronik

Witka singt. Eine Ausgabe neuer afro-amerikanischer Lyrik hat Anna Rosa um bei J. G. Spindel (Wien und Leipzig) eben herausgegeben. Wir haben hier im Laufe des letzten Jahres schon eine ganze Anzahl der schönen Uebersetzungen amerikanischer Regespreit wiedergegeben, die aus der Feder der Wiener Genossin Rosa stammen. Sie hat für den jetzt erschienenen Band, der auf 176 Seiten mehr als 100 Gedichte mitteilt und in einem Anhang kurze, meist von ihnen selbst verfasste Lebensbeschreibungen der Regespreiter gibt, als Mitarbeiter die Genossin Anna Siemsen und Joseph Luitpold sowie den Schriftsteller Hermann Kesser gewonnen, die jeweils durch ihre Initialen als Uebersetzer einzelner Gedichte kenntlich gemacht sind. Man kann dieses außerordentliche Buch, das zum erstenmal in deutscher Sprache uns eine wirkliche Kenntnis der amerikanischen Regespreiter vermittelt, die in ihren wichtigsten und schönsten Stücken durchaus von dem Rassen- und Klassentumpe unserer schwarzen Ritenmenschen gegen die weiße Herrschaft erfüllt ist, zur Bekürre und zur Anschaffung sehr empfehlen. Daß es in jede deutsche Ausleihbibliothek für Arbeiter gehört, ist selbstverständlich. Es kostet in einem schönen braunen Umschlag, aus dem sich ein Regespreiter abhebt, geheset 4,50 Mark oder 6,80 Mark gebunden in schwarzes Leinen mit einem Rückenband aus goldenen Zickzacklinien, die an Ornamente der Regespreiter erinnern. hgr.

Potemkin und andere Günstlinge. Interessanter als der zur Zeit beliebteste historische Roman und natürlich auch wertvoller für die objektive Geschichtskennntnis sind Werke, die einfach den Extrakt der Quellen wiedergeben, die für eine unbeeinflusste Geschichtsschreibung von Bedeutung sind. Dergleichen liest sich wie

eine kurzweilige Aneldetenammlung und vermittelt doch reichhaltige Kenntnisse. Ein Standardwerk dieser Art ist das kürzlich bei Paul List in Leipzig erschienene Buch über Katarina II. von Rußland, in Frankreich und England längst preisgekrönt, jetzt nun auch sehr gut ins Deutsche übertragen. Ein phantastischer Lebenslauf, wie ihn bedeutendste Kinomache nicht fähner hätte erfinden können. Eine kleine, mißgriechische Prinzessin wird als Brautmaschine für einen russischen Thronfolger nach Rußland gebracht und grober für sich den Jurenhron, den sie von 1702 bis 1708 als absohute Selbstherrscherin bezieht hält. Die Ermordung des Gatten bahnt ihr den Weg. Bieleicht weiß sie nicht darum, aber sie pflückt die Früchte des Mordes. Rußland, das sie angeblich kultivieren wollte, blüht und schmilzt unter ihrem Regiment, unter der Fuchtel der Waffens, der Adligen und von Mitterchen Kaiserin selbst. Und vor allem unter deren Günstlingen. Diese Kaiserin, die sich fromm gibt und bei den Untertanen auf Sittsamkeit hält, kommandiert sich Männer für ihre starke Sinnlichkeit, verbraucht sie, entläßt sie, bezieht neue, und bezahlt freigebig. Mit Millionen, mit den Vändereien Rußlands, mit den „Seelen“ der selbst-eigenen Bauern. Potemkin ist erster Lustbabe, Hundende von anderen werden nebenher verkonsumiert. Das Buch deckt manchen Weg zum neueren und neueren Rußland auf. Bei 304 Seiten Text und 4 Bildtafeln kostet es 8 Mark nebstet.

Wichtig der metrischen Reform in der Sowjetunion. Die Metrische Zentralkommission beim Arbeits- und Verteidigungsrat der Sowjetunion erstlich soeben eine Verordnung, bezugsfolge in allen Zeitungen, Zeitschriften, Büchern, Tabellen und sonstigen Druckschriften die Maße und Gewichte fortan unbedingt nach dem metrischen System anzugeben sind. Diese Verordnung erstreckt sich auch auf familiäre Radio-Übertragungen, Filmtitel u. dgl. Der Gebrauch nichtmetrischer Bezeichnungen ist lediglich für eine bestimmte Kategorie wissenschaftlicher Arbeiten sowie für Werke der schönen Literatur zugelassen, jedoch mit Ausnahme der Kinder- und Jugendschriften.

Revue Berlin

Von Heinz Eisgruber.

Die Berliner Revuen, die bunten, lusternen Fleischschau-gepränge, die Circenles des Cäsar Kapitalismus, jagen neuzuständig nach neuen Parolen: als das Ausgesogenlein nicht weiter zu steigern war, fand ein unermüdlicher Revue-Imperator, das Pitakente sei das Verhüllte, und seine Girls traten nonnenhaft verhält auf, nicht ohne freilich da und dort kleine Unterbrechungen des Verhüllnisses netlich darzubieten. Aber die Konkurrenz schrie in dem Infernettel: „Kast bleibt nackt!“ und „Tausend nackte Frauen!“, und die Hüllenparade blieb im Hintertreffen.

Aber viel wichtiger als diese schlecht saftierten Vorbereitungen der Weltstadt ist deren Revue der Wirklichkeit. Auch sie hat ihre Direktoren, ihre Stars, ihre Kritiken, ihre Folladen, ihre Statisten, Summalummarum vier Millionen Mitwirkende. Die letzten Schauen fanden im Zeichen der Technik und des Verkehrs: „Berlin im Licht“, „Zeppelin-Besuch“, „Autoausstellung“. Aber die Verkehrsunfälle haben sich seitdem nicht gemindert. Die letzte Jahresstatistik vermeldet für Berlin nicht weniger als 14.000 Verkehrsunfälle mit 6000 Verletzten und 1000 Toten. Und die Feuerwehrt gehört zur gefährlichsten Berufstätigkeit, jeden Tag brennt es ein paarmal. Aber man erfährt es gar nicht, Brand ist keine geiragte Sensation. Um einen Brand zu sehen, fährt man in dieser räumlich zweitgrößten Stadt der Welt nicht stundenlang mit der Stadtbahn. Aber man tut es, um die neuen Rolltreppen der U-Bahn und der Stadtbahn zu sehen. Die Rolltreppen auf dem Bahnhof „Ausstellung“ und auf dem U-Bahnhof Hermannplatz haben es den Berlinern angetan, die mit strahlenden Kinderaugen auf der einen Seite herauf- und auf der anderen herunterrollen, und Holz darauf sind, daß durch den Ausstellungs-Bahnhof im Tag 700 Jügel laufen, in drei Etagen übereinander. Technik, Technik heißt das Schlagwort, das den rennenden, gehenden, betriebamen Berliner wie eine Zauberparole berührt, als entspränge aus ihr die Erlösung von allem Uebel. Elektrifizierung der Stadt- und Ringbahn... „Lautsprecher auf dem Bahnhof“... „Lautsprecher in der U-Bahn“... „Wolkenkratzer Karstadt“... „Wolkenkratzer Jonas“... das sind Begriffe, die klingen wie Gold, wie Aufbruch, wie Fortschritt, wie Zukunft, wie Amerika. Hier sieht man doch, daß etwas geschieht, daß die Welt sich weiterentwickelt, daß sie sich „ändert“. Und das wir dem amerikanischen Jdoh näherkommen.

In der „Kamera“, einem modernen Kino, das sich den Luxus leistet, nur gute, alte Filme zu bringen, steht ein hölzerner Paga neben dem Billett; in der Hand hält er ein Schildchen: „Nehmen Sie, was Sie wollen, Zigaretten, Schokolade, und legen Sie dafür eine Mark in den Keller“. Niemand kontrolliert. Und die Berliner jähren sich an der Ehre geküßelt, freuen sich an dem „amerikanischen“ Einfall und bedienen sich und den Keller selbst und ehrlich. Ein anderes Kino der City gibt an jeden Besucher ein Gebet Käffee und Kuchen „gratis“. Für eine Mark Käffee, Käffee und Kuchen.

Die „Amerikanischen Schnellbüßelalons“ und die „Schnellbeholantanten“, in denen man in der Kabine auf den renovierten Anzug, Mantel oder Stiefel warten kann, sind um Reihenlänge geschlagen von der neuesten Einrichtung der City, einem „Totat-Renovierungs-Salon“. Wer vom Scheitel bis zur Sohle aufgerichtet werden will in einigen 20 Minuten, der kann das hier auf das allgeründlichste haben. Man begibt sich in eine Kabine, zieht sich aus bis aufs Hemd inllusoc, schlüpft in einen von der Firma dargebotenen frischen Pyjama und läßt sich je nach Bedarf frisieren, rasieren, ondulieren, massieren, maniküren, pediküren, oder aber man kann sich ausruhen, Käffee trinken, Briefe schreiben. Währenddessen wird der Anzug gereinigt, gefädelt, genäht, gebügelt, die Wäsche elektrisch gewaschen, gestärkt, gebügelt, die Schuhe auf Hochglanz poliert. Und nach einer halben Stunde kann man bis auf die Haut renoviert sich wieder ins Berliner Leben stürzen. „Man“ d. h. der mit money Begabte. Proletariat können sich gemeinhin solche Spähie nicht leisten. Proletariat brauchen ja auch gemeinhin nicht geküßelt und gebügelt zu sein. Vor allem nicht bei der Arbeit. Und außerhalb der Arbeitszeit sind sie nicht in der City, sondern weit draußen im Norden, am Wedding, in Moabit, oder im Osten, in Welthenlee, im Scheunenviertel oder im Südboten, in Neutölln. Und hier gibt es keine Technik, keine Raffinesse, keinen Luxus, keine vertrauensvollen hölzernen Pagen, keinen Filmkäffee mit Kuchen, keine Rolltreppen, keine „Totatenovierungsalons“. Da gibt es im besten Falle „Erstgenussminimum“. Im besten Falle. Es gibt aber auch Obdachlosenalons. Und es gibt die Schlupfhöhlen jener, die vor dem Obdachlosenajnl, vor der Arbeitskolonie, vor der Polizei auf der Flucht sind, seit Jahren ohne Arbeit, völlig heruntergekommen. Nicht weit von einem Verkehrs Brennpunkt des Ostens, nahe beim Scheunenviertel ist der „Banantenkeller“, die von einem Hausabdruck überlagerte Kelleruntermauerung eines früheren Frühstellers. Hier hausen junge arbeitslose Menschen. Auf kalten Steinen, als Kopfunterlage ein wenig weiche Holz-masse, dem Regen, dem Zugwind ausgefetzt von Ratten belästigt, schlafen sie zwischen überfriesendem Gerümpel. Nebenbei, im U-Bahnhof, mattern die Vreklusthämmer. Und in den Reihen der Ausgestoßenen hustet die Schwindelucht.

Uebers-Revue ohne Technik, ohne Aufmachung, ohne Bluff, Wirklichkeit.